Donnerstag, 27. Oktober 1983 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 251 - 43.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. (0 20 54) 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 8,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Geteiltes Echo: Erwartungsgemäß reagieren die Staaten des kommunistischen Machtbereichs mit heftiger Kritik an der gemeinsamen Intervention karibischer Staaten und der USA auf Grenada. Im Westen zeigen sich London und Paris distanziert. Die Bundesregierung erklärt, sie sei nicht vorab informiert worden, hätte allerdings von der Intervention abgeraten.

USA unbeugsam: Die Vereinigten Staaten ließen sich ihre Politik nicht von Terroristen diktieren, erklärt Vizepräsident Bush bei einem Besuch im Hauptquartier der US-Friedenstruppe in Beirut.

Rentenanpassung: Die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und der Altershilfe für Landwirte sollen zum 1. Juli um rund 1,3 Prozent steigen. Ein Gesetzentwurf, mit dem die Kriegsopferrenten um 1,3 Prozent erhöht werden, ist in Vorbereitung.

Unterstützung für NATO: 80 Prozent der Bundesbürger stünden zur westlichen Verteidigung, zur Bundeswehr und zur NATO, sagt Verteidigungsminister Wörner vor dem „Deutschen Strategie-Forum".

Anschlag auf Botschafter: Der jordanische Botschafter in Rom ist bei einem Anschlag von mehreren Schüssen verletzt worden; erst am Vortag war auf den jordanischen Botschafter in Neu-Delhi geschossen worden.

NATO-Vorleistung: In seinem Brief an SED-Chef Honecker unterstreicht Bundeskanzler Kohl, daß die NATO mit ihrer Verhandlungspolitik eine „einseitige Vorleistung in Form eines vierjährigen Moratoriums" bei der Nachrüstung mit Mittelstreckenwaffen erbracht habe.

FDP steht zu Lambsdorff: Der Parteivorsitzende Genscher will auch bei Anklageerhebung im Zusammenhang mit der Spenden-Affäre zum Wirtschaftsminister stehen. (S. 4)

Gewerkschafter an Kohl: Die Vorsitzenden der fünf auf Verkürzung der Lebensarbeitszeit statt 35-Stunden-Woche fixierten DGB-Gewerkschaften fordern den Kanzler in einem „persönlichen" Brief auf, rasch für ein Rahmengesetz zur Vorruhestandsregelung zu sorgen.

Flucht: Unverletzt ist ein 24jähriger lediger Zahnarzt aus der „DDR" an einer nach Erkenntnis der bayerischen Grenzpolizei verminten Stelle über die Demarkationslinie in die Freiheit geflohen.

Heute: Bundesaußenminister Genscher besucht Norwegen. – Aktuelle Stunde im Bundestag zu Grenada. – Pariser Treffen der Außenminister der Staaten der Libanon-Friedenstruppe. – Parteitag der österreichischen Sozialisten in Wien. – Nukleare Planungsgruppe der NATO berät in Ottawa. – Protesttag in Chile.

ZITAT DES TAGES



» Wir müssen uns die verlorene Beschäftigung, wir müssen uns die im internationalen Wettbewerb verlorene Arbeit zurückholen «

Gerhard Prinz, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, in einem Vortrag über die weltwirtschaftliche Verflechtung der deutschen Wirtschaft (S. 7)
FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

Mehrwertsteuer: Eine Senkung der Sozialabgaben um rund elf Prozent und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um vier Prozent hat Ministerpräsident Albrecht ins Gespräch gebracht. Das schaffe Arbeitsplätze, weil es die Unternehmen entlaste.

35-Stunden-Woche: Falls die Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeitverkürzung zum „Angriff" übergingen, würden sie auf schärfsten Widerstand der Arbeitgeber stoßen, warnt Arbeitgeberpräsident Esser.

Bleifreies Benzin: Die Kfz-Abgaswerte sollen ab 1986 mit der Einführung bleifreien Benzins drastisch reduziert werden. Das Bundeskabinett beschloß die Übernahme der niedrigen US-Grenzwerte.

Stahl-Fusion: Die Bundesregierung hat den Stahlunternehmen Thyssen und Krupp ein „allerletztes Angebot" von 5[illegible] Millionen DM gemacht, um eine Fusion doch noch zu ermöglichen. (S. 11)

VEBA: Als ersten Schritt zur Privatisierung von Bundesunternehmen hat das Kabinett den Verkauf von VEBA-Aktien im Nennwert von 232 Millionen DM (erwarteter Erlös 700 Millionen) beschlossen.

Börse: Als Reaktion auf die stark gestiegenen Kurse der vergangenen Tage kam es zu Kursrückgängen durch Gewinnmitnahmen. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 148,7 (149,9). Dollarmittelkurs 2,6131 (2,6027) Mark. Goldpreis pro Feinunze 392,60 (398,00) Dollar.

KULTUR

„Neue Zürcher Zeitung": Chefredakteur Fred Luchsinger wird Ende 1984 aus dem Amt scheiden; er soll in den Verwaltungsrat gewählt werden. Zum Nachfolger bestimmte der Verwaltungsrat Hugo Bütler (39).

Musikpiraten: Eine schärfere Bestrafung von Urheberrechtsverletzungen fordern der Deutsche Musikverleger-Verband und die Tonträgerund Videohersteller. Musik- und Videopiraterie hätten ein unerträgliches Ausmaß erreicht.

SPORT

Fußball: Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) schloß die Jahre 1981 und 1982 mit einem Gesamtüberschuß von über 2,3 Millionen Mark ab. 1982 lag der Überschuß bei 1,35 Millionen Mark. (S. 8)

Tennis: Die auf Nummer zwei gesetzte deutsche Spielerin Sylvia Hanika schied beim internationalen Turnier in Filderstadt in der ersten Runde gegen die Französin Catherine Tanvier aus.

AUS ALLER WELT

Energie aus Vulkanen: Nicht überall sind Vulkane gleichbedeutend mit Tod und Elend. Mittelamerika gelang inzwischen die Zähmung vieler feuerspeiender Berge. El Salvador schöpft schon 40 Prozent seiner Elektrizität aus geothermischer Energie. (S. 18)

Wohlstand wächst: Jeder 25. Bundesbürger lebt mittlerweile in einem Millionärshaushalt; zwei Millionen müssen mit Sozialhilfe auskommen, ergab eine Studie.

Wetter: Heiter bis wolkig und trocken. 9 bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn geht auf Distanz zum US-Eingreifen in Grenada

„Wir hätten bei vorheriger Konsultation abgeraten"

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat Distanz zum amerikanischen Eingreifen auf Grenada erkennen lassen. Regierungssprecher Peter Boenisch sagte, Bonn hätte von einer Intervention abgeraten, wenn es von Washington vorher konsultiert worden wäre. Abschließend wolle sich die Regierung aber noch nicht äußern. Der SPD-Vorsitzende und Präsident der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, hat dagegen die Aktion der USA scharf verurteilt. Der Vorsitzende der Kommission für Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik beim SPD-Parteivorstand, Wischnewski sagte, es sei für die SPD unannehmbar, daß die Vormacht der NATO „in einer Nacht- und-Nebel-Aktion" ein souveränes Land besetze, das zudem Mitglied des Commonwealth und dessen Staatsoberhaupt die britische Königin sei.

Von Zurückhaltung bis zu offener Verurteilung reichten gestern die Reaktionen in den übrigen westeuropäischen Staaten.

Nach Angaben von US-Verteidigungsminister Weinberger haben die USA gestern zusätzliche Truppen auf die Insel entsandt, um den Kampf gegen noch bestehende kubanische Widerstandsnester zu verstärken. Die endgültige Entscheidung zu der militärischen Intervention war nach offiziellen amerikanischen Angaben am Montag gefallen. Der Entscheidungsprozeß hatte am Freitag mit dem informellen Ersuchen anderer karibischer Staaten zu der Invasion begonnen.

Die britische Regierungschefin Margaret Thatcher hatte bereits am Dienstag ernsthafte Zweifel an der „Zweckmäßigkeit" der Intervention auf der Insel angemeldet. Das Londoner Außenministerium erklärte gestern, das Eingreifen der USA habe „tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien offenbart".

Der französische Staatschef François Mitterrand hat die amerikanische Intervention als Verletzung des internationalen Rechts bezeichnet.

SEITE 2:
Der afghanische Vergleich
SEITEN 3 UND 5:
Weitere Beiträge

Auf unterschiedliche Reaktionen ist die Entscheidung Präsident Reagans bei US-Politikern gestoßen. Dabei gab es quer durch beide großen Parteien zustimmende und ablehnende Stimmen. Unbehagen über Ziel, Dauer und Umfang des militärischen Engagements der USA in der Karibik war bei Mitgliedern beider Häuser des amerikanischen Kongresses festzustellen. Der frühere Vizepräsident Walter Mondale, der als einer der aussichtsreichsten Bewerber um die Kandidatur der Demokratischen Partei gilt, nannte die Situation „gefährlich, heikel und ernst".

Die Sowjetunion hat gestern offiziell die „Aggression der Vereinigten Staaten gegen Grenada" verurteilt und den „unverzüglichen Abzug der Besatzer aus den Grenzen dieses souveränen Staates" gefordert. Die amerikanische Begründung für den militärischen Schritt zeige ein „Maximum an Zynismus und Heuchelei" und sei ein „Akt unverhüllten internationalen Banditentums".

Als „flagrante Verletzung der UNO-Charta" hat die Pekinger Regierung den Invasionsakt bezeichnet. Der kubanische Staatschef Fidel Castro hat von den Vereinigten Staaten die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen gefordert. Aus seiner Note geht hervor, daß bereits seit vergangener Woche diplomatische Kontakte zwischen Washington und Havana bestanden haben, um zu einer Lösung der Krise auf Grenada zu gelangen.

Scharfen Angriffen waren die Vereinigten Staaten auch im Weltsicherheitsrat ausgesetzt. Bei der auf Antrag Nicaraguas einberufenen Sondersitzung, die die USA vergeblich zu verhindern versucht hatten, verurteilten auch die Vertreter Mexikos, Nicaraguas, Guayanas, Libyens und Jemens die Intervention als absolut ungerechtfertigt. Guayana legte einen Resolutionsentwurf vor, der die „flagrante Verletzung des Völkerrechts und der Souveränität Grenadas" verurteilt. Es wird damit gerechnet, daß sie an einem Veto Washingtons scheitert.

Die Organisation Ostkaribischer Staaten (OECS), auf deren Verlangen das Eingreifen der Amerikaner gegen Grenada zurückgeht, verteidigte die Invasion.

DER KOMMENTAR

Der Unterschied

HERBERT KREMP

Ausführlich, argumentativ und konziliant hat der Bundeskanzler den Brief Honeckers beantwortet, der für den Fall einer westlichen Nachrüstung eine neue „Eiszeit" in Deutschland nicht ausschließen wollte. Kohls Verbindlichkeit reicht bis zur Grußformel. Während Honecker „mit vorzüglicher Hochachtung" schloß, sagt der Bundeskanzler „freundliche Grüße". Gelassenheit hier, Steifheit dort – das ist auch der Unterschied der Briefinhalte.

Kohl hält sich an die westliche Argumentation, die von dem durch sowjetische Vorrüstungen gestörten militärischen und militärpolitischen Gleichgewicht ausgeht, hebt aber die aktive Rolle der Bundesregierung bei der „Entwicklung der amerikanischen Verhandlungsposition in Genf" hervor. Auf eine vergleichbare Rolle konnte Honecker nicht hinweisen. Sein Brief war ein einziges Zeugnis der Abhängigkeit, ein von Moskau diktiertes und in Ost-Berlin hektographiertes Schriftstück. Deutsch war nur die Staatszugehörigkeit des Boten, der es überbrachte.

Der augenfällige Grad des Souveränitäts-Unterschiedes läßt es beinahe ironisch erscheinen, wenn Kohl jetzt seinen Briefpartner auffordert, seinerseits seinen „ganzen Einfluß" in Moskau geltend zu machen, um den notleidenden Verhandlungen am Genfer See doch noch zu einem Erfolg zu verhelfen.

Wie muß der Mann, der in einer wichtigen strategischen Frage nichts anderes sein kann als ein ausführendes Organ, sich eigentlich vorkommen? Wahrscheinlich wie ein Schiff im Packeis. Vielleicht schöpfte Honecker aus diesem Eindruck seine Eiszeit-Drohung – wie wohl auch diese nur eine geliehene ist.

Der Appell an Honecker, „Einfluß geltend" zu machen, gewinnt mit dem Hinweis Kohls auf die Stationierung sowjetischer taktischer Atomwaffen in der „DDR" Aktualität. Honecker und der Prager Husak sagten nicht die Wahrheit, als sie von Gegenmaßnahmen (zur westlichen Dislozierung) sprachen, mit deren „Vorbereitung" begonnen worden sei. Nein – die Atomrakete SS 21 steht in der „DDR" schon feuerbereit, wie die gefährlichen SS 20 bereits auf den Rampen standen, als Breschnew westliche Gäste und Gastgeber noch in Entspannung wiegte.

Es ist eben immer dasselbe: Der Westen faßt umständlich „Doppelbeschlüsse", um erst zu verhandeln und im Falle vergeblicher, jahrelang währender Konferenzen womöglich nachzurüsten. Der Osten rüstet mittlerweile modern auf, um die andere Seite dann unter Drohungen am Gleichziehen zu hindern. Diese Art des Friedensverständnisses hat Kohl in höflicher Form durchsichtig gemacht.

Kohl: Honecker soll Moskau bremsen

Kanzler weist in Brief auf Raketen in „DDR" hin / „West-Vorschläge nicht verwerfen"

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seinem persönlichen Appell SED-Chef Erich Honecker aufgefordert, Einfluß auf die Sowjetunion zu nehmen, damit bereits in der „DDR" stationierte neue moderne Nuklearraketen „abgebaut und keine zusätzlichen Nuklearwaffen aufgestellt werden". In einem Brief an Honecker vom 5. Oktober, der gestern nach der Übergabe in Ost-Berlin von der Bundesregierung veröffentlicht wurde, schreibt Kohl, damit könne ein „neues Andrehen der Rüstungsspirale vermieden" werden.

In dem sieben Seiten umfassenden Brief weist Kohl darauf hin, daß das – von der Sowjetunion am vergangenen Montag als „Gegenmaßnahme" zu einer NATO-Nachrüstung angekündigte – Rüstungsprogramm Moskaus „bereits überwiegend Realität" geworden sei. Kohl: „Wie Sie wissen, werden seit längerer Zeit nukleare Kurzstreckenraketen des Typs SS 21 in der Deutschen Demokratischen Republik disloziert; SS-20-Raketen werden in der westlichen Sowjetunion aufgestellt und die Dislozierung der SS 23 steht unmittelbar bevor." Damit machte Kohl deutlich, daß er die Drohgebärden der sowjetischen Seite aus den vergangenen Tagen für

SEITE 10:
NATO berät atomare Taktik

Propagandamanöver hält. Die Genfer Verhandlungen könnten auch eine Begrenzung „dieses Potentials bewirken". Es sei noch Zeit für Verhandlungen, um erforderliche Weichenstellungen herbeizuführen. „Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang bitten, Ihren ganzen Einfluß bei der Sowjetunion geltend zu machen, um zu bewirken, daß die konstruktiven westlichen Vorschläge von ihr gründlich geprüft und nicht voreilig verworfen werden."

Ausdrücklich betont Kohl in dem Schreiben die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" für die Sicherung des Friedens. Die Bundesregierung nehme diese Verantwortung sehr ernst. Ihrer Politik liege zugrunde, daß der Einsatz von Waffen und Gewalt „kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele mehr sein darf". Kohl betont aber zugleich: „Das deutsche Volk erwartet aber auch von uns, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem es in freier Selbstbestimmung seine Einheit vollenden kann." Der Frieden in Europa „wird nur in dem Maße sicherer, in dem es gelingt, die Härten der Teilung Deutschlands abzubauen und die Teilung im Rahmen einer europäischen Friedensordnung zu überwinden". In diesem Sinne griff Kohl den

● Fortsetzung Seite 10

Präsidentenwahl: Stoltenberg kandidiert nicht

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) steht nicht für das Amt des Bundespräsidenten zur Verfügung. In der Umgebung von Bundeskanzler Helmut Kohl hieß es gestern, Stoltenberg habe dies den Kanzler in den vergangenen Tagen wissen lassen. Kohl hatte offensichtlich erwogen, den Bundesfinanzminister für das Amt des Staatsoberhauptes vorzuschlagen. Die Wahl dazu findet am 23. Mai 1984 in der Bundesversammlung statt, in der die CDU und CSU die absolute Mehrheit haben. Stoltenberg ist Repräsentant der norddeutschen CDU und zudem Protestant. Dieser konfessionelle Gesichtspunkt spielt eine Rolle, weil Kohl als Kanzler und Rainer Barzel als Bundestagspräsident Katholiken sind.

Mit der Entscheidung Stoltenbergs ergibt sich für Kohl eine neue Lage, denn durch einen „Vorschlag Stoltenberg" wäre der Anspruch von Richard von Weizsäcker am ehesten zu entkräften gewesen. Außerdem wäre damit ein respektables Ministeramt für den CSU-Vorsitzenden Strauß freigeworden.

Neben von Weizsäcker werden jetzt vor allem die Namen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger genannt. Kohl hat zu verstehen gegeben, daß er mit seinem Vorschlag für das Amt des Staatsoberhauptes keine konfessionelle, also keine protestantische Tradition begründen wolle. Dies deutet auf Dregger hin.

Bonn übernimmt Abgas-Grenzwerte aus den USA

E. NITSCHKE, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern entschieden, daß bei der Einführung der neuen Abgasgrenzwerte für Kraftfahrzeuge von 1986 an die niedrigen amerikanischen Werte übernommen werden. Zugleich forderte die Bundesregierung die Automobilindustrie auf, die erforderlichen Umstellungen so rechtzeitig vorzunehmen, daß vom 1. Januar 1986 an – mit der Umstellung auf bleifreies Benzin – das schadstoffarme Auto eingeführt werden kann.

Im Vergleich mit durchschnittlichen Kraftfahrzeugen in der Bundesrepublik Deutschland soll mit der Übernahme der US-Grenzwerte eine Reduzierung der Schafstoffe bis zu 90 Prozent erreicht werden. Konkrete Daten über die Verringerung der Schadstoffe wurden im Beschluß des Bundeskabinetts noch nicht genannt.

Mit diesem Schritt ist das Bundeskabinett einer Bitte von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann nachgekommen, der Mitte Juli dieses Jahres nach Gesprächen mit Repräsentanten der Automobil- und Mineralölindustrie bekanntgegeben hatte, daß vom 1. Januar 1986 an neuzugelassene Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik Deutschland aus Gründen des Umweltschutzes nur noch bleifrei fahren sollten.

Die Bundesrepublik will bei dieser Maßnahme in der EG den „Vorreiter" spielen. Die EG-Kommission in Brüssel wurde aber vom Bundeskabinett ersucht, bis zum 15. April 1984 einen Entscheidungsvorschlag zur EG-weiten Einführung bleifreien Benzins vorzulegen.

Neue Pauschalen im sozialen Wohnungsbau

Mk. Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern neue Pauschalen für Instandhaltungskosten im sozialen Wohnungsbau beschlossen. Nach Ansicht des Bundesbauministeriums wird diese Anhebung zu Mieterhöhungen führen, die sich zwischen 0,25 und 0,35 DM pro Quadratmeter Wohnfläche monatlich bewegen dürften.

Als Instandhaltungskosten dürfen nach dem Vorschlag der Bundesregierung künftig je Quadratmeter und Jahr folgende Beträge eingesetzt werden: Für Wohnungen, die bis zum 31. Dezember 1952 bezugsfertig geworden sind, höchstens 12,50 Mark, bisher 9,40 Mark; für Wohnungen, die bis zum 31. Dezember 1969 bezugsfertig geworden sind, statt 9,00 jetzt 12,00 Mark und für später bezugsfertig gewordene Wohnungen statt 6,90 Mark jetzt 11,00 Mark.

Renten: 1,3 Prozent mehr

Bundesregierung verabschiedet Anpassungsgesetz

HEINZ HECK, Bonn

Die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und der Altershilfe für Landwirte sollen am 1. Juli 1984 um rund 1,3 Prozent steigen. Das sieht der Entwurf des Rentenanpassungsgesetzes 1984 vor, den die Bundesregierung in der gestrigen Kabinettssitzung verabschiedet hat. Auch die Renten der Kriegsopferversorgung und die Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung sollen um 1,3 Prozent erhöht werden.

Nach dem Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 soll sich die Rentenanpassung künftig nach der Lohnentwicklung im Vorjahr richten (Aktualisierung). Der durchschnittliche Lohnanstieg 1983 beträgt nach heutigem Stand der statistischen Ermittlungen 3,4 Prozent. Da jedoch ebenfalls am 1. Juli 1984 die Beteiligung der Rentner an den Beiträgen für ihre Krankenversicherung um weitere zwei auf drei Prozent erhöht wird (berechnet auf der Grundlage der erhöhten Rente), verbleibt effektiv nur eine Erhöhung von rund 1,3 Prozent.

Das Arbeitsministerium erinnert daran, daß die Zunahme der Renteneinkommen im ersten Halbjahr 1984 „noch von der wesentlich stärkeren diesjährigen Rentenerhöhung bestimmt ist, so daß sich im Jahresdurchschnitt 1984 ein Zuwachs der Renteneinkommen um rund 2,9 Prozent ergibt". Damit werde die angestrebte gleichgewichtige Entwicklung von Renten und verfügbaren Arbeitnehmereinkommen „voraussichtlich erreicht".

Im Sozialbeirat wird die aktualisierte und damit geringere Rentenanpassung unterschiedlich bewertet. Ein Teil des Gremiums sieht sie als „gerechtfertigt" an. Die Belastungen seien damit ausgewogen verteilt.

Bund verringert Anteile bei Veba

Demnächst nur noch 30 Prozent / Teil der Bemühungen um breitere Vermögensbildung

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung hat gestern auf Antrag des Finanzministers beschlossen, ihre Beteiligung am Veba-Konzern durch Aktienverkauf von 43,75 auf zunächst 30 Prozent zu verringern. Der Verkaufserlös von mindestens 700 Millionen Mark soll, wie Finanzminister Gerhard Stoltenberg nach der Kabinettsitzung vor Journalisten erklärte, zur weiteren Verringerung der Neuverschuldung des Bundes 1984 verwandt werden.

Stoltenberg sieht in dieser Maßnahme nur einen „ersten Schritt". Zugleich kündigte er für 1984 die Vorlage eines Konzepts über die künftige Beteiligungspolitik des Bundes an. Stoltenberg warnte vor übertriebenen Hoffnungen beim künftigen Verkauf von Bundesunternehmen. Da sich zahlreiche von ihnen in der Verlustzone befänden, sei die Zahl der für eine Privatisierung geeigneten Unternehmen nicht allzu groß.

Beispielhaft erinnerte er an den Salzgitter-Konzern, der das vergangene Jahr mit 630 Millionen Mark Verlust abgeschlossen habe. Es gelte daher zunächst solche Bundesunternehmen, die sich in der Verlustzone befänden, zu reorganisieren und „nachhaltig zu konsolidieren".

Zur Wahrung der energiepolitischen Interessen des Bundes sei eine Beteiligung an der Veba AG von mindestens 25 Prozent als „ausreichend" anzusehen. Da die Hauptversammlung der Veba AG bereits eine Kapitalerhöhung beschlossen habe, wolle man die Bundesbeteiligung „derzeit bei 30 Prozent belassen".

Diese weitere Teilprivatisierung der Veba sei in Verbindung mit dem Regierungsentwurf zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu sehen (siehe Wirtschaftsteil). Die zum Verkauf kommenden Veba-Aktien im Nennbetrag von 232 Millionen Mark werden von einem Bankenkonsortium übernommen und placiert.

Bei der Ausgabe sollen Aktien zunächst vor allem für solche Anleger reserviert werden, die diese nach dem neuen „936-DM-Gesetz" für sechs Jahre festlegen wollen. Die Veba will einen Teilbetrag zur Ausgabe von Belegschaftsaktien übernehmen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Debatte ohne Wenn und Aber?

Von Georg Schröder

Bundeskanzler Kohl will eine Erklärung des Bundestages über die 1979 vereinbarte Aufstellung moderner Mittelstreckenraketen. Die SPD dagegen will eine dreitägige Debatte, um unter einer Flut von Worten möglichst zu verbergen, daß sie zwei Tage zuvor auf ihrem Parteitag in München die Fackel an den in den letzten Wochen und Monaten von ihren Unterorganisationen angehäuften Scheiterhaufen der Sicherheitspolitik Helmut Schmidts gelegt hat. Darum geht es in Wirklichkeit beim gegenwärtigen Streit um Termin und Dauer der geplanten Bundestagsdebatte – wenn nicht sogar Verzögerungstaktik dahintersteckt.

Es ist grotesk, wenn Oppositionsführer Vogel pathetisch versichert, der Bundestag dürfe sich in dieser Frage, die die Bevölkerung zutiefst aufwühle, nicht in eine Feigenblattfunktion bringen lassen. Grotesk deshalb, weil führende sozialdemokratische Politiker einschließlich ihres Parteivorsitzenden doch am Bundestag vorbei auf die Straße und in die Versammlungssäle geeilt sind, um ihren sicherheitspolitischen Kurswechsel lauthals zu verkünden und ihre Entschlüsse mitzuteilen. Was soll also eine Debatte bringen, was wir nicht schon ein dutzendmal zuvor gehört haben?

Vielleicht möchte Hans-Jochen Vogel sie nutzen, um seine Verdrehungen richtig zu stellen. Wir haben noch nicht vergessen, daß er uns im Wahlkampf einzureden suchte, die Entscheidung über die Stationierung falle bei der NATO und bei uns erst im Herbst aufgrund des dann vorliegenden Standes der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen. Nicht vergessen ist auch seine jüngste Verdrehung der Tatsache, wonach man 1978 im Westen ein ungefähres Gleichgewicht für gegeben angesehen habe. Der damalige Justizminister im Kabinett Schmidt kann doch nicht geschlafen haben, als sein Bundeskanzler 1977 aufbrach, um zuerst die Briten und dann die Amerikaner zu bewegen, durch Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen das durch die Sowjets zerstörte Gleichgewicht wiederherzustellen.

Will die SPD wie im März 1958 mit der Redeschlacht eine Psychose verstärken? Die Sozialdemokraten hatten später schwer daran zu tragen, vor allem Schmidt, das Opfer der jetzigen SPD-Politik.

Die Sorgen der SPÖ

Von Carl Gustaf Ströhm

Ratenweise ist das Ende der Ära Kreisky in Österreich herangekommen. Jetzt wird der ehemalige Bundeskanzler, nachdem er bereits sein Parlamentsmandat niederlegte, auf dem heute beginnenden Parteitag der österreichischen Sozialisten auch als Parteivorsitzender zurücktreten. Bruno Kreisky hat die österreichische Sozialdemokratie auf die Höhe der Macht geführt, er hat ihr jahrelang eine absolute Mehrheit gesichert. Kein anderer demokratisch gewählter Politiker seines Landes hat je eine solche Popularität erreicht – kein anderer ist in der weiten Welt so bekannt geworden.

Sein Abgang aus der Tagespolitik ist dennoch von zwei problematischen Entwicklungen überschattet: Von der Wirtschaftskrise, die nun auch für Österreich voll durchschlägt und zu ersten Protesten der um ihre Arbeitsplätze bangenden bisherigen SPÖ-Wähler geführt hat – und vom persönlichen Konflikt des Ex-Kanzlers mit seinem einstigen „Kronprinzen" und ehemaligen Finanzminister Hannes Androsch. Kreisky hat sogar gedroht, am Parteitag nicht teilzunehmen, wenn Androsch dort für den Parteivorstand kandidieren sollte.

Noch ist nicht sicher, ob der jetzige Kanzler Fred Sinowatz, der nun auch den Parteivorsitz der SPÖ übernehmen soll, auf dem Parteitag eine geordnete, würdige „Hofübergabe" erleben wird, oder ob es nicht doch noch zu heftigen Szenen zwischen Kreisky einerseits und den Androsch-Anhängern andererseits kommt. Innerparteilich scheint der Stern des einst sieggewohnten Bruno Kreisky schnell zu verblassen. Schon regt sich die Kritik an jenem Mann, der einst der SPÖ zu unablässigen Wahlsiegen verhalf – und den man jetzt hinter vorgehaltener Hand für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Haushaltsdefizite und auch für den Zustand der eigenen Partei verantwortlich macht.

Sinowatz übernimmt kein leichtes Erbe. Zum ersten Mal hört man in Diskussionen sogar aus dem Munde von treuen Sozialisten, die Partei könne bei den nächsten Wahlen „abgewählt" werden, wenn es ihr nicht gelinge, die Schwierigkeiten zu meistern. Ob dieser Wiener Parteitag für die Sozialisten also nur den Abschied von der Ära Kreisky oder den Beginn des Abschieds von der politischen Macht bedeutet, bleibt eine offene Frage.

Düsteres aus Athen

Von Evangelos Antonaros

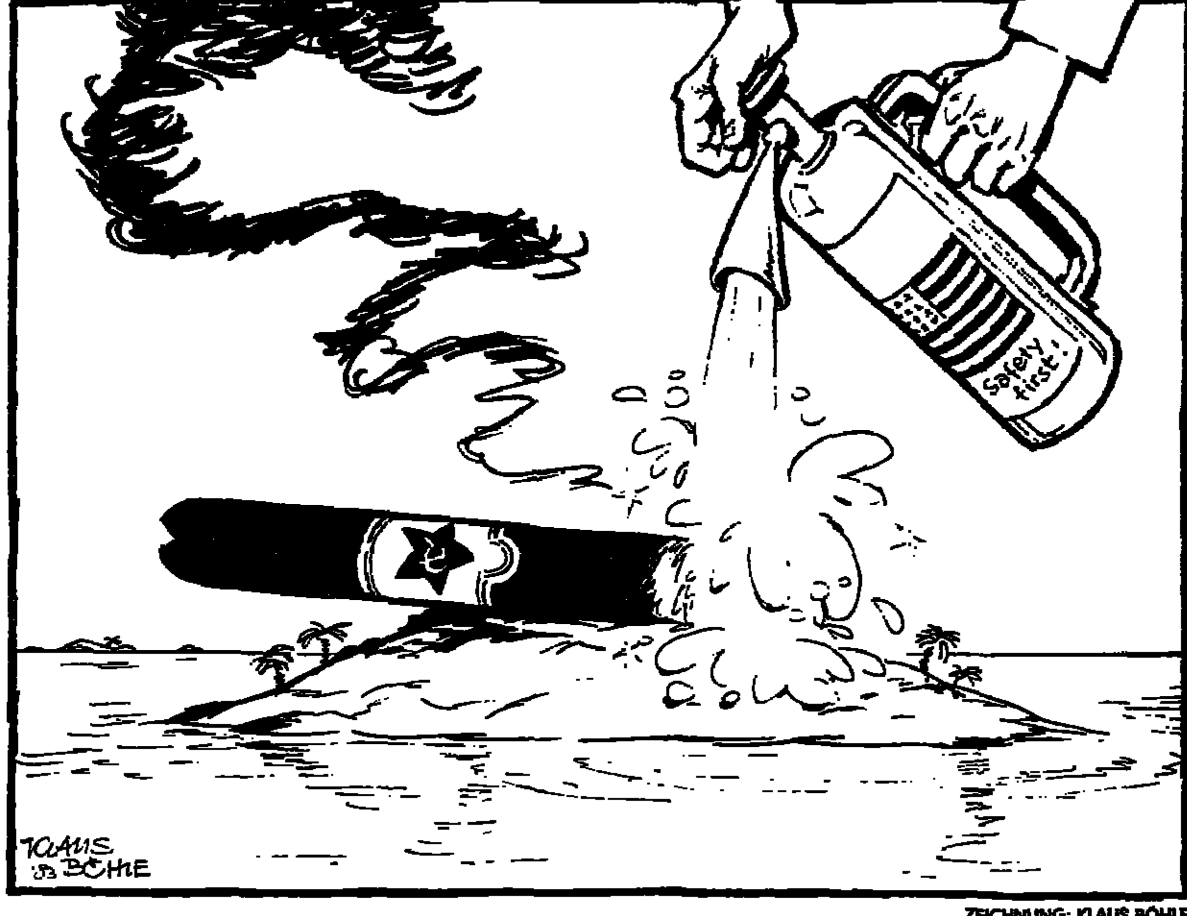
Neu ist es nicht, daß der griechische Ministerpräsident und Sozialistenchef Andreas Papandreou überall „rechte" Feinde sieht. Doch seine jüngste Verschwörungstheorie verdient Beachtung, weil sie einiges über die Taktik dieses zur Demagogie neigenden Politikers verrät.

„Politische Gegner haben im Ausland sehr viel Geld ausgegeben, von hundertzwanzig Millionen Dollar ist die Rede, um ein negatives Klima gegen uns entstehen zu lassen, um das Vertrauen an uns weltweit zu unterminieren." So Papandreou; aber wie immer vermochte er nicht, Einzelheiten oder gar Beweise zu seiner Horrorstory zu nennen.

Papandreous Taktik gehört zum Standardarsenal aller Sozialisten. Sie verheißen bei einem schwungvollen Amtsantritt die Beseitigung aller Probleme, lösen schneller als selbst von Pessimisten erwartet das Chaos aus und geben die Schuld sodann anonymen, aber immer kapitalkräftigen Mächten, die den Sozialisten das Paradies nicht gönnen.

So auch in Griechenland. Seit gut zwei Jahren sind die Pasok-Sozialisten an der Macht, seit zwei Jahren geht es mit der Wirtschaft ständig bergab. Nicht die angeblich im Ausland gegen Papandreou konspirierenden Kapitalisten, sondern die Unerfahrenheit und die Konzeptlosigkeit der Athener Genossen haben die fast aussichtslose Situation verschuldet, für die Papandreou jetzt ein Alibi sucht.

Vor diesem Hintergrund könnte es Papandreous Absicht sein, mit Hilfe seiner Verschwörungstheorie die Griechen auf einen rigorosen Wirtschaftskurs einzustimmen. Mittelfristig mag er mit der Behauptung, reiche Ausländer betrieben seinen Sturz, patriotische Massen zu mobilisieren versuchen. Da die bürgerliche Opposition schläft, kann es durchaus sein, daß der alte Trick neue Erfolge bringt.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der afghanische Vergleich

Von Enno v. Loewenstern

Kritiker haben an Afghanistan erinnert, an Prag 1968 gar, als die UdSSR mit anderen zusammen in einem fremden Land intervenierte. Das amerikanische Vorgehen in Grenada kann in der Tat Irritationen bei den Verbündeten auslösen; es mag Straßendemonstrationen neu beleben, und Willy Brandt mag sich ermutigt fühlen, sein „Großmächte sind nun mal so" als Begründung für sein Streben nach Äquidistanz zu erneuern. Doch sind die Unterschiede augenfällig.

Sie sind es auch dort, wo man die machtpolitische Seite erwägt. Grenada ist nicht nur eine wichtige Zwischenstation für die kubanischen Interventionstruppen in Afrika – daher das gewaltige Flugfeld, das teilweise mit westlichem Geld bezahlt wurde –, es liegt auch an den Tankerrouten, über die annähernd die Hälfte des Öls für die USA befördert wird. Man hat denn auch kubanische und sowjetische „Helfer" in Grenada vorgefunden; die Kubaner zumindest haben offenbar mit der Waffe in der Hand gekämpft. Weder in der CSSR noch in Afghanistan befanden sich amerikanische oder andere westliche Militärs oder einschlägige „Berater", weder da noch dort waren irgendwelche bedrohliche Maßnahmen gegen die UdSSR im Gange oder geplant.

Es ist nicht nur legitim, die rund tausend durch den zweiten Putsch, diesmal der Coard-Leute, gefährdeten US-Amerikaner davor zu bewahren, daß sie etwa nach persischer Manier zu Geiseln genommen werden. Es ist auch legitim, gegenüber offenbaren kriegerischen Vorbereitungen in der Nachbarschaft der USA einzuschreiten. Kuba leugnet weder seine Rolle als Satellit Moskaus noch sein Bemühen um Umsturz in der Karibik, noch seine Schutztruppenfunktion für Sowjetsatelliten in Afrika; es scheint allenfalls zu glauben – und einige seiner Bewunderer im Westen scheinen zu glauben –, daß ein Umsturz, der nicht allein von kubanischen Invasoren, sondern von einigen kubanischen Agenten mit örtlicher Staatsbürgerschaft als Galionsfiguren inszeniert wird, legitimiert sei. Allerdings – und das muß manchen Kritiker der USA nachdenklich machen –: selbst Kuba hat eben noch die Ermordung seines Putschisten Bishop durch seinen Putschisten Coard verurteilt.

Demgegenüber ist es keine Feigenblatt-Frage, sondern eine ernste Sache, daß die Anrainer Grenadas sich durch den Umsturz derart bedroht fühlten, daß sie Washington um Hilfe baten und sich selber mit Truppen beteiligten. Diese Staaten können nun wirklich von der feurigsten Phantasie nicht als Abenteurer oder US-Satelliten dargestellt werden; sie gehen seit Erlangung ihrer Souveränität still und friedlich ihren Weg – wie ihn Grenada ging, bevor die „Jewel"-Leute seinerzeit unter Führung Bishops den Premier Gairy stürzten.

Gairy hatte versäumt, oder richtiger, er hatte die Machtmittel nicht gehabt, der vor seinen Augen aufgebauten kommunistischen Umsturzpartei rechtzeitig entgegenzutreten. Genauso wehrlos fühlen sich die anderen karibischen Staaten, wenn ihnen nicht die USA gegen derartige Entwicklungen zu Hilfe kommen. Das ist wohl etwas anderes, als wenn Ulbricht bei Breschnew darauf drängt, die in Prag aufblühenden Freiheitstendenzen zu zertreten.

Washingtons Verbündete distanzieren sich aus ihren jeweiligen Gründen heraus; London möchte erkennbar den Argentiniern auch nicht im weitesten Sinne eine Rechtfertigung für deren Falkland-Invasion zuspielen, und Paris will sein Tschad-Unternehmen abgrenzen. Aber die Londoner „Times" konnte nicht umhin, nachdem sie „Aggression" und „Verletzung des Völkerrechts und der UN-Charta" gedonnert hatte, hinzuzufügen: „Das Unternehmen kann indessen noch etwas Gutes erbringen, wenn Grenada schnell wieder eine verfassungsmäßige Regierung erhält. Der Umstand, daß die USA ihre Entschlossenheit zur Gewaltanwendung gezeigt haben, obgleich das die Lage verschärfen könnte, stellt vielleicht eine heilsame Warnung für einige Kreise dar."

Die besagten Kreise haben von Kuba bis Nicaragua durch ihre Klagen zu verstehen gegeben, daß sie die Warnung durchaus so aufgefaßt haben. Mag sein, daß die Wirkung der Aktion bis Beirut ausstrahlt. In Moskau, wo man Machtpolitik zu würdigen weiß, kommt sie gewiß an. Endgültig klar aber wird der Unterschied zu Prag 1968 und Afghanistan 1979 freilich durch die Anmerkung, „... wenn Grenada schnell wieder eine verfassungsmäßige Regierung bekommt".

Da liegt natürlich das eigentliche Ziel der Intervention. Sie ist nicht erfolgt, um die Freiheit zu unterdrücken im Namen einer Weltrevolution per brüderlicher Hilfe, sondern sie ist erfolgt, um die Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen von Grenada wiederherzustellen. Die französische Regierung hat dem Wortlaut nach durchaus recht mit ihrem Vorhalt, daß hier nicht auf Ersuchen der legitimen Regierung interveniert worden sei; die war freilich durch die Intervention der Bishop, Coard und anderen vertrieben worden. Aber dem Sinne des Rechts nach ist der legitime Souverän das Volk.

Das Volk von Grenada aber dürfte bald genug Gelegenheit haben, in freier Abstimmung zu erklären, ob es hinter Coard und seinen kubanischen Freunden steht oder ob es wieder die freiheitliche Ordnung haben will, die durch den „Jewel"-Putsch beseitigt worden war. Dann wird es den heutigen Kritikern schwerfallen, die Intervention zu beklagen, die den Menschen von Grenada diese Möglichkeit verschafft hat. Um so mehr Gelegenheit werden sie dann haben, sich noch einmal mit den Vergleichsthemen CSSR und Afghanistan zu beschäftigen.



Die Nachbarn baten um Hilfe: Reagan mit der Ministerpräsidentin von Dominica, Eugenia Charles FOTO: AP

IM GESPRÄCH Florian Siwicki

Jaruzelskis rechte Hand

Von Joachim Georg Görlich

Zu den Personen, die dem engsten Kreis von Armeegeneral Wojciech Jaruzelski angehören, gehört sein langjähriger Freund, der bisherige Vizeverteidigungsminister und Generalstabschef, Waffengeneral Florian Siwicki (geboren 1925). Beide gehören den sogenannten „Janitscharen" an, also Polen aus antikommunistischen Familien, die von den Sowjets umerzogen wurden.

Siwicki ist im Schatten des Doms zu Luck geboren, stammt also auch wie Freund Jaruzelski aus dem ansonsten antisowjetisch eingestellten ehemaligen Ostpolen, das heute von der UdSSR annektiert ist. Vater Siwicki war Berufsunteroffizier und ist wie Jaruzelskis Vater nicht mehr aus der UdSSR zurückgekommen. Beide haben im offiziellen Lebenslauf den Vermerk, daß sie in jungen Jahren als „Arbeiter" in der UdSSR tätig waren, womit Zwangsarbeit gemeint ist. Sie lernten sich 1953 auf dem Offizierslehrgang in der sowjetischen Offiziersschule in Rjasan bei Moskau kennen. Siwicki kam allerdings als Rotarmist dorthin. Beide waren sie Musterschüler. Und: Beide nahmen sie am Kampf „bei der Festigung der Volksmacht" teil, zu deutsch: bei der blutigen Bekämpfung der Opposition und nationaler Minderheiten.

Nach Tätigkeiten im polnischen Verteidigungsministerium absolvierte Siwicki zunächst die sowjetische Generalstabsakademie und wurde – wie vor ihm Jaruzelski – Divisionskommandeur einer „mechanisierten Einheit". Danach war er Militärattaché in Peking und später Generalstabschef des Wehrbereichs Schlesien. Zum Befehlshaber dieses Wehrbereichs avanciert, befehligte er 1968 die polnischen Interventionstruppen in der CSSR. Zwei Jahre später gehörte er zu jenen Generalen, die den Aufstieg des Kattowitzer Parteichefs Edward Gierek zum Ersten Sekretär der polnischen KP förderten. Wiederum drei Jahre später machte ihn der dankbare Gierek zum Generalstabschef und Vizeverteidigungsminister.



Zusammenhalt der Janitscharen: Siwicki FOTO: AP

Mit der Ernennung seines Freundes Jaruzelski zum Ministerpräsidenten und danach zum KP-Chef erhielt Siwicki einen weiteren Machtzuwachs. Er gilt mittlerweile als De-facto-Verteidigungsminister und graue Eminenz. Jaruzelski, der genau wie er erst 1948 der KP beitrat, ebnete ihm schließlich den Weg ins Politbüro. Er ist maßgeblich am Militärputsch vom 13. Dezember 1981 beteiligt und spielt sozusagen die zweite Geige im allmächtigen „Militärrat der nationalen Erneuerung" (WRON). Er ist es schließlich, der der Militärregierung Anerkennung im nichtkommunistischen Ausland verschafft: Er bewegt Libyens Staatschef Khadhafi zur Anerkennung des ersten kommunistischen Militärregimes.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Intervention einer multinationalen Truppe unter Führung der USA auf der Karibikinsel Grenada löste in der westlichen Welt ein gemischtes Echo aus:

LE QUOTIDIEN

Indem er in Grenada zuschlug, dachte Reagan offenkundig an Beirut... In Moskau kann man jetzt nicht mehr ignorieren, daß eine neue Provokation eine neue Reaktion auslösen würde. Es ist gut, daß dem so ist. Dies ist seit langem der erste Faktor von Optimismus für die Zukunft der Demokratien. Man hielt Amerika für schwach, defätistisch und kapitulationsgeneigt. Es hat bewiesen, daß man sich irrte. (Paris)

The Daily Telegraph

Die Karibik ist mit Mittelamerika das Hinterland der Vereinigten Staaten. Allzulange haben die europäischen Länder eine altväterliche Haltung eingenommen, indem sie die amerikanische Sorge um Mittelamerika und die Karibik kritisierten und vernachlässigten. Mit seiner schnellen und entschlossenen Handlung wollte Reagan die Gefahr eines neuen Kuba im Keim ersticken. Natürlich gibt es da militärische und politische Gefahren. Aber Sicherheit kann man nicht durch Nichtstun erreichen, und wenn die Operation erfolgreich ist, bedeutet sie einen Rückschlag für Kuba und den sowjetischen Expansionismus. Das sollten wie alle begrüßen. (London)

THE TIMES

Die Vereinigten Staaten und ihre karibischen Verbündeten haben einen Aggressionsakt gegen Grenada begangen. Sie haben Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen verletzt... Reagan hat keinen Beweis dafür erbracht, daß der sowjetische Einfluß ein Ausmaß erreichte, bei dem die Gefahr bestand, daß Grenada zu einem vollständigen Satelliten werden könnte, dem die Sowjetunion unwiderruflich verpflichtet sein würde... Der Umstand, daß die Vereinigten Staaten ihre Entschlossenheit zur Gewaltanwendung gezeigt haben, obgleich das die Lage verschärfen könnte, stellt vielleicht eine heilsame Warnung für einige Kreise dar. (London)

WASHINGTON POST

Einige Amerikaner werden sich freuen, daß die Vereinigten Staaten endlich eine anscheinend verlorene Fähigkeit zurückgewonnen haben, als militärische Großmacht zu reagieren, und daß sie Nicaragua und anderen sie quälenden Quellen ein Warnsignal gegeben haben. Aber ein solches Signal ist kaum ein angemessener Grund für die Invasion eines kleinen Landes, das sich 1. in Frieden mit den Vereinigten Staaten befindet, das 2. Washington und viele seiner karibischen Nachbarn zwar vor den Kopf gestoßen, aber nichts getan hat, was glaubwürdig als Kriegsakt ausgelegt werden könnte, und dessen Bürger, 3., soweit bekannt ist, keinen amerikanischen oder nachbarlichen karibischen Beistand erbeten haben.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Jede Intervention bleibt ein völkerrechtlich fragwürdiges Instrument, ganz gleich, ob sie wie in Prag dazu diente, die demokratischen Regungen im Volk zu unterdrücken, oder wie nun auf den Grenadinen nach Präsident Reagans Worten das Ziel hat, die Demokratie wiederherzustellen, die es dort allerdings schon seit langem nicht mehr gab. Die USA müßten die halbe Welt besetzen, wenn sie überall eingreifen wollten, wo es keine Demokratie gibt. Ihre Landung auf den Grenadinen ist daher in erster Linie als eine Demonstration der Macht und des Willens zu verstehen, die innerhalb der dort herrschenden Kommunisten ausgebrochenen Auseinandersetzungen zu nutzen, um den Einfluß der Sowjets und Kubaner an dieser Stelle des amerikanischen Hinterhofs zu beseitigen.

Wer die Steuerschraube dreht, braucht eine ruhige Hand

Umverteilung via Mehrwertsteuer wäre der falsche Weg / Von Peter Gillies

Die Steuerschraube scheint eine magische Anziehungskraft auf Politikerhände auszustrahlen. So mancher hätte es besser unterlassen, an ihr herumzuhantieren. Die Erprobung der Belastungsfähigkeit ist heute nicht mehr nötig; sie ist bereits erfolgt. Die Stabilisierungskrise beweist, daß die ständig erhöhten Steuern und Abgaben in nicht geringem Maß die Wirtschafts- und Wachstumskräfte strangulieren halfen.

Steuersenkung bei Lohn- und Einkommensteuer? Rauf mit der Mehrwertsteuer, um die Sozialabgaben zu mildern? Erhöhung von Sozialabgaben, um „das Netz" wieder fester zu knüpfen? Die Vorschläge sind einigermaßen verwirrend.

Es ist nützlich, das Vorrangige vom Nachrangigen, das Konjunkturelle vom Strukturellen zu trennen. An erster Stelle muß folgende Einsicht stehen: Die Belastung mit Lohn- und Einkommensteuern ist zu hoch. Sie bremst die produktiven Kräfte, lähmt die Leistung, ermuntert zur Schattenwirtschaft und höhlt durch Besteuerung von Scheingewinnen die Kraft der Unternehmen aus.

Ziel der Bundesregierung muß deshalb eine Senkung dieser Steuern sein. Allein schon das Zusammenwirken von Inflation und Progression des Steuertarifs führt im ersten Jahrfünft der achtziger Jahre zu „heimlichen" Steuererhöhungen in der Größenordnung von vierzig bis fünfzig Milliarden Mark. Dieser vom Gesetzgeber ungewollte Effekt muß entschärft werden.

Darüber herrscht auch Einigkeit. Aber es fehlt das Geld für eine Milderung des Steuertarifs. Damit die Steuerbürger davon überhaupt etwas spüren, sind Summen zwischen fünfzehn und zwanzig Milliarden Mark eher die Untergrenze. Die Finanzpolitik muß darauf „ansparen". Wenn die Regierung die Eckwerte für die Entlastung 1984 festlegt, muß sie gleichzeitig dafür sorgen, daß die Erwartungen nicht ins Kraut schießen. Ein Inkrafttreten 1985 mag wünschenswert sein, ist aber unrealistisch. Eher käme wohl das Wahljahr 1987 in Frage, was aus wachstumspolitischer Sicht jedoch sehr spät wäre, wahrscheinlich zu spät.

Aber auf so schlechtem Wege ist Minister Stoltenberg nicht. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts macht Fortschritte, die mögliche Reduzierung der Neuverschuldung 1984 zeigt es. Der Prozeß wäre noch beeindruckender, hätte die Regierung nicht im Auftakt ihres Geschäfts verwirrende und falsche Signale bei den Steuern und Abgaben gesetzt. Aber selbst wenn man berücksichtigt, daß außer der Stahlindustrie noch manches Risiko auf die Bundeskasse zukommt, sind die bisherigen Erfolge recht achtbar.

Ministerpräsident Albrecht hat vor einigen Monaten mit gewissen Thesen zur Wirtschaftspolitik für Aufregung gesorgt. Eine umstrittene davon hat er mehrfach konkretisiert: Man solle die Sozialkosten bei den Löhnen kräftig senken und im Gegenzug die Mehrwertsteuer kräftig erhöhen, beispielsweise um vier Prozent oder in Stufen um sechs Prozent.

Das brächte den Unternehmen eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten, den Arbeitnehmern weniger Abgaben. Gleichzeitig belastete die höhere Mehrwertsteuer alle Bürger stärker. Damit entfernte man sich jedoch noch weiter von der Beitrags- und Leistungsbezogenheit und ginge einen Schritt in Richtung Volksversicherung. Beides widerspräche den bisher erklärten Zielen der bürgerlich-liberalen Koalition.

Ein kräftiger Schub der Mehrwertsteuer auf achtzehn oder gar zwanzig Prozent wirkt zudem inflationstreibend. Er ermunterte zu noch mehr Schwarzarbeit, induzierte wohl auch tendenziell Lohnerhöhungen. Da auch Investitionen mit der höheren Steuer belegt würden, also die Anschaffung einer Maschine mit Renten- und Sozialabgaben belastet ist, wäre man den alten SPD-Plänen einer Maschinensteuer bedenklich nahe. Innovation, die so dringend nötig ist, wäre zusätzlich besteuert.

So hilfreich manche Idee aus den Albrecht-Thesen sein mag, diese Umverteilung via Mehrwertsteuer ist es nicht. Sie widerspricht nahezu allen bisherigen ordnungspolitischen Bekenntnissen der Union, weswegen ihre Mehrheitsfähigkeit in dieser Koalition nicht zu erkennen ist.

Für die Koalitionäre wäre es hilfreich, sich untereinander über die Prioritäten der Steuer- und Abgabenpolitik abzustimmen. Allzuleicht kann sich die Verwirrung verselbständigen. Vor allem die Union sollte sich endlich an eine Kernaussage erinnern, die nicht unwesentlich zu ihrem Wahlsieg beitrug: Runter mit den Steuern.



Udo sang im Osten, und das Lied von Pankow blieb im Westen

Seine Fans blieben draußen; die FDJ saß im Saal. Nach acht Jahren des Wartens durfte Rock-Star Udo Lindenberg in Ost-Berlin auftreten. Sein „Sonderzug nach Pankow" mit ironischen Anmerkungen über Honecker blieb ungesungen, dafür stieg er in den „Friedens-Express" eines Anti-NATO-Festivals ein.

Von H. RÜDIGER KARUTZ

Ein Mann mit Schlapphut, schwarzen Lederjeans und Schlenker-Gang aus West-Berlin versetzte Ost-Berlins Regierungsviertel in Aufruhr. Der „kleine Udo" Lindenberg kam, sah und sang. „Jeder, der für diese Sache dabeisein will, ist uns immer gern willkommen", lobte FDJ-Chef Egon Krenz zu nächtlicher Stunde im 800-Millionen-Mark-Bau des „Palastes der Republik" am Lustgarten im Kreis westlicher Journalisten.

Die „Sache" war der Frieden. Draußen vor den ordnerbewehrten Palast-Türen aber ging es höchst unfriedlich zu: Polizisten in Grün und truppweise heranstürmende FDJ-Ordner in roten und blauen Anoraks hielten Udos wahre Fans zurück: „Wir wollen rein, wir wollen rein!", skandierten Hunderte von Ausgeschlossenen – zu Füßen des Marmordenkmals vom Alten Fritz. In seinem Rücken leuchtete das westliche Abendrot über dem Brandenburger Tor.

Die 4000 Sitzkarten für den „Friedens-Abend" im Palast gingen zum „Solidaritäts-Beitrag" (Krenz) von drei Mark an ausgesuchte FDJ-Mitglieder, die nicht unbedingt zu Lindenbergs Fans zählten. Nachfragen junger Ostberliner nach Billetts beschieden FDJ-Betriebsfunktionäre beispielsweise mit dem klassischen Satz: „Die beiden Karten, die wir haben, brauche ich für mich und meinen Stellvertreter!" Um zusätzlich sicherzugehen, daß keine Teenager aus der Lindenberg-Legion in den „Palast" geschmuggelt wurden, waren die Eintrittskarten mit der Personalausweisnummer versehen – für alle Kontrollfälle.

Bei spätherbstlichen Nachttemperaturen sank die Stimmung bei den Hunderten von Aufsehern, Stasi-Bediensteten und FDJ-Gruppen, die den gesamten ehemaligen Lustgarten abgeriegelt hatten, bald auf Null: Denn sie hatten Order, ohne Pardon die attackierenden Udo-Fans am Sturm auf den Republik-Palast zu hindern: „Mörder, Mörder", tönte es zeitweilig aus der Menge, wenn die Vopos allzu heftig reagierten. Feuerwerkskörper detonierten. Ostberliner Punker stimmten ihren bitterbösen Singsang auf den verordneten „DDR"-Optimismus an: „Immer lustig und vergnügt, bis der Arsch im Sarge liegt . . ."

Fünf Stunden lang, bis kurz vor Mitternacht, hallten die Sprechchöre „Udo! Udo! Udo! Wo bleibt Udo?" über den heutigen Marx-Engels-Platz. Am Staatsratsgebäude des Mannes, den Lindenberg in seinem „Pankow"-Song als „Oberindianer" bezeichnete, duckten sich zivile Schutzmänner gegen den kalten Wind hinter eine Hausecke.

Mit einem Pfeifkonzert begrüßten die Fans, die die SED-Führung nicht im Palast haben wollte, die Busse mit rund 100 Journalisten aus Ost und West: Die 200 Meter Fußweg zwischen Pressezentrum und Palast durften nicht zu Fuß zurückgelegt werden. Aber für Minuten brach die Organisation zusammen. Westliche Fernseh-Journalisten leuchteten die Fan-Gruppen in ihrem stummen Clinch mit der Ordnungsmacht aus und fingen die Sprechchöre ein. „Wo sind denn unsere Ordner? Wer hat die denn da hingelassen?", schimpfte ein Funktionsträger bestürzt.

Im Foyer demonstrierte FDJ-Chef Egon Krenz Zufriedenheit: „Also, Sie sehen, das geht alles ganz gut seinen Gang", kopierte er nahezu den „DDR"-Standardsatz über den „sozialistischen Gang". Ob er denn nicht die wartenden Fans noch hereinlassen könne, fragten die Journalisten aus dem Westen: „Ich glaube nicht, das ist ja voll." Als ein ausländischer Kollege nach einer Zensur von Lindenbergs Lied-Vorschlägen fragte, wich Krenz aus: „Wissen Sie, das entscheidende Lied unserer Zeit ist das Lied für den Frieden, und das singt er heute abend."

Sein politisch Lied, das der Sänger unter der stilisierten Friedenstaube anstimmte, klang in Funktionärsaugen eher garstig: Wie Petra Kelly am Samstag von Willy Brandt hatte sich Egon Krenz von seinem Star anscheinend mehr Einseitigkeit erwartet. Lindenberg schlug jedoch nicht alles über den „DDR"-Friedensleisten: „Weg mit dem Raketenschrott in der Bundesrepublik und in der DDR. Nirgends wollen wir auch nur eine Rakete sehen – keine Pershings und keine SS 20. In allen Ländern müssen wir singen und demonstrieren und fordern: Schluß mit diesem Kamikaze-Wahnsinn, dieser Idioten-Aufrüstung . . ."

An der Stelle mit den „SS 20" ertönten milde Pfiffe, und das SED-Blatt „Neues Deutschland" erinnerte sich am nächsten Morgen auch nicht mehr daran. Udo sagte mit seiner heiseren Stimme sogar verpöntes Innerdeutsches ins Ostberliner Mikrofon: „Ich finde das total gut, daß wir jetzt hier sind. Viel mehr Einwirkung, viel mehr Austausch muß stattfinden, denn die Menschen wollen im Westen wie im Osten überall das gleiche: Sie wollen Frieden und keinen heißen Krieg. Aber sie wollen auch keinen kalten Krieg und keine neue deutsch-deutsche Eiszeit."

Diese Wendung zielte vor seinem „verkrampften Publikum" (Lindenberg später wieder im Westen) haarscharf auf Honeckers Ankündigung in seinem Kohl-Brief. Die adretten, netten Milchgesichter auf dem gelben Gestühl reagierten auf Musik und Text des „Panik-Orchester"-Chefs eher verwirrt als zustimmend. Ein einsamer Rufer „Udo!" machte sich in der weiten Halle dennoch nach seinem Auftritt Luft.

In forscher Tonlage hatte zuvor Egon Krenz die Staatsjugend ungefragt verpflichtet: „Wenn die Amerikaner um jeden Preis stationieren wollen, wenn sie schon die Vorbereitungen dafür abgeschlossen haben – die Jugend der DDR hält alles für richtig und wird dahinterstehen, was die Sowjetunion, was die DDR, was die Warschauer Vertragsstaaten für die Sicherung des Friedens für notwendig halten." Seine martialische Ankündigung an der Stätte aller großen „DDR"-Rituale der Funktionärsschicht erntete nur dünnen Beifall.

Musikus Udo schlenzte indessen in seine phongewaltige „Rocker"-Ballade „für die draußen an der Glotze" noch einen Satz, der die Gastgeber nochmals festnageln sollte: „Leute, das freut uns so sehr, die Tournee durch die DDR . . ." Ob es die Gastgeber im kommenden Sommer nicht eher reut? FDJ-Kultursekretär Hartmut König, „hardliner" gegenüber allen liberalistischen Tendenzen, ließ den Vorgang mittags auf einer Pressekonferenz mehr im Nebulösen. Da fuhr Lindenberg auf: „Ich möchte dazu auch etwas sagen. Meine Tournee ist schriftlich fest vereinbart", belehrte er die Genossen.

Seine knappe Privat-Pressekonferenz nach der Hauptprobe am Mittag hielt Lindenberg auf den Palast-Stufen vor Hunderten von Fans ab, die ihn auf die Schultern hoben: „Freunde, ich komme wieder und spiele dann für euch!"

Während Lindenberg auch bei seinem Lied-Quartett eher „cool" blieb, gingen mit Weltstar Harry Belafonte die Emotionen durch. Mit Tränen in den Augen nahm er die Ovationen entgegen. In Grenada sah er US-Marines „Frauen und Kinder töten". Seine Erkennungsmelodie „My Island in the Sun", gemünzt auf seine Heimatinsel Jamaika, widmete er Grenada.

Beim Finale im Palast stellte sich ein Effekt ein, den die Gastgeber gewiß nicht meinten: Die Hymne der christlichen Friedensbewegung in der „DDR" wurde von höchster Stelle salviert – denn auch Egon Krenz und die endlosen Reihen der Blauhemden faßten sich bei den Händen und wiegten sich im Bürgerrechtslied „Deep in my heart I do believe, we shall overcome, some day . . ."

Ihr Herz für Udo wärmte gen Mitternacht noch ein Fähnlein aufrechter Nachwuchs-Punker direkt unter den scharfen Lampen des Grenzübergangs Invalidenstraße: „Wo issa denn jetzt? Kommta ooch noch?" fragten sie mit Inbrunst den Passanten in Richtung Westen. „Schlimm, det wir nich reindurften und nur diese verklemmten Leute."

Der Stachel des öffentlichen Ungeliebtseins sitzt hier vor den Schlagbäumen, die sich Minuten später für Grenzgänger Udo öffnen, tief. Der lockere Typ aus dem Westen trifft ihren Ton. Aber die, die hier auf einer kleinen Gartenmauer im Visier der Wachoffiziere warten, summen nicht einmal „We shall overcome".



Vor einer stilisierten Friedenstaube sang Rockstar Udo Lindenberg im Ostberliner „Palast der Republik" auf dem Festival „Für den Frieden der Welt". Seine Zuhörer: Ausgewählte Mitglieder der FDJ. FOTO: DPA



Die wirklichen „Udo-Fans" blieben draußen. Für sie gab es keine Karten FOTO: AP

Die Präsidentschaft Reagans hat sich verändert

Die Landung in Grenada ist für Amerika mehr als ein militärisches Unternehmen. Thomas Kielinger analysiert die Gründe, die zur Intervention führten, und den Stellenwert für die internationalen Beziehungen.

Von TH. KIELINGER

Ronald Reagan hat seinen Rubikon überschritten. Wenn er heute abend vor die Fernsehkameras der Nation tritt, um die Lage in Libanon und Grenada zu erläutern, dann mag er wirken wie immer: gesammelt, fest und unbeirrt. Aber seine Präsidentschaft ist nicht mehr die alte. Sie hat einen Aspekt hinzugewonnen, der sie in der Substanz verändert: das hohe Wagnis, den direkten Einsatz.

In Aktionen wie dem Landeunternehmen in Grenada tritt eine politische Führung aus dem Schatten der Alltäglichkeit heraus in das harte Licht geschichtsverändernder Tat. Hier werden Gesetzestafeln verrückt und Maßstäbe gesetzt, den einen zur Bewunderung, den anderen zum Abscheu. Der Mann der Tat kann aus beiden keinen Rat schöpfen. Er hat einen Stein ins Rollen gebracht. Nur wenn er mit sich und seinen Zwekken in Frieden ist, übersteht er den Furor, den er entfesselt.

Denn es ist ein Widerspruch zu verzeichnen, den die Reagan-Regierung erklären muß: Es sind Normen der internationalen Beziehungen verletzt worden, unter gleichzeitiger Anrufung anderer Normen, die dem Unternehmen seine Berechtigung geben. Dahinter steht eine Güterabwägung, die genau und glaubhaft erläutert sein will, soll der Schritt in die Entscheidung von einer demokratischen Gesellschaft nachvollzogen werden können.

Es ist bezeichnend, daß die amerikanische Regierung von sich aus alles vermeidet, um in den Konflikt den Ost-West-Gegensatz oder den spezifischen amerikanisch-kubanischen Antagonismus ins Spiel zu bringen. Außenminister Shultz ging in seiner Pressekonferenz so weit, vollkommen abzuleugnen, daß mit der Landung in Grenada an die Adresse Kubas oder Moskaus so etwas wie „ein Signal" geschickt werden sollte.

Kuba steht brennend im Vordergrund

Das hat praktische und geistig-konzeptionelle Gründe. Praktisch gesehen braucht der Gegensatz zu Kuba gar nicht hervorgehoben zu werden: Er steht brennend im Vordergrund. Zum erstenmal seit der Invasion in der Schweinebucht im April 1961 sind amerikanische Soldaten gegen kubanisches Militär im direkten Einsatz. Die auf Grenada stationierten etwa 800 kubanischen „Techniker und Bauarbeiter" sind – so die Amerikaner – dieses nur dem Namen nach, damit ihre Arbeit an dem 3 km langen strategischen Flugfeld, das sie in Point Salinas bauten, getarnt bleiben konnte.

In Wahrheit – und das erklärte der jamaikanische Premierminister Edward Seaga mehrfach am Dienstag – handelt es sich in der Mehrzahl um gut bewaffnete und ausgebildete Truppen, die dem angelandeten amerikanischen Militär heftigeren Widerstand leisteten, als vom Pentagon erwartet worden war. Man bekämpft diese Präsenz nicht mit anti-kubanischer Rhetorik, man bekämpft und besiegt sie und widmet sich der unmittelbar folgenden Aufgabe der Wiederherstellung einer freiheitlichen Ordnung.

Das führt in die geistig-konzeptionelle Argumentation. Kuba hat sich mit Hilfe der Sowjetunion in diesem Teil der Welt verbreitern können, weil eine zu große Gruppe von Staaten – sowohl auf den karibischen Inseln als auch auf dem mittelamerikanischen Isthmus – wehrlos ist gegenüber dem aggressiven Import von Guerrillas und den Waffen des Umsturzes. Die Demokratien dieser Region, wie die Demokratien überall, haben keine Chancen, wenn zu ihrer Verteidigung nichts unternommen werden darf.

Hilferuf der Organisation ostkaribischer Staaten

Wollen die USA hier einschreiten, brauchen sie mehr als den Widerstreit mit Kuba oder Moskau zur Begründung. Diesen Aspekt nehmen die Kommentatoren in aller Welt schon hinreichend wahr. Ein wie auch immer augenfällig begründbares strategisches Interesse reicht nicht aus zur Legitimierung des Unternehmens. Es muß vielmehr aus der Substanz heraus verteidigt werden. Die Beseitigung freiheitlicher Ordnungen, der Raub an dem Recht von Gesellschaften, ohne Unterdrükkung zu leben, kann nicht tatenlos hingenommen werden.

Vom Präsidenten abwärts beruft sich die amerikanische Administration auf den Hilferuf der „Organisation ostkaribischer Staaten" als den unmittelbaren Auslöser der Aktion in Grenada. Die „Organisation ostkaribischer Staaten" (OECS), ein Verbund der aus ehemalig britischer Herrschaft hervorgegangenen Antillen-Inseln, ist 1981 gegründet worden. Niemand hatte bisher so recht von dieser neuen Gruppe Notiz genommen, der Antigua, Dominica, Grenada, Montserrat, St. Lucia, St. Kitts Nevis und St. Vincent angehören. Niemand wußte von dem Artikel 8 des Beistandspakts, der diese Staaten verbindet, und der besagt, daß bei einer Bedrohung der Stabilität in dieser Region dritte Mächte zum Schutz angerufen werden können. Die Rolle dieser dritten Mächte in dem Unternehmen auf Grenada haben Barbados, Jamaika und – natürlich entscheidend – die USA gespielt.

Ein Beistandspakt, der die Intervention in einem Mitgliedsland rechtfertigt, wenn die Stabilität der gesamten Staatengruppe bedroht ist? Das scheint den älteren internationalen Pakten, die die Ordnung in Lateinamerika zu regeln vorgeben, zu widersprechen, vor allem dem 1947 geschlossenen Rio-Vertrag, der wie die UNO-Charta die Unverletzlichkeit und territoriale Integrität der Staaten festlegt.

Hier trifft man auf ein Paradoxon der internationalen Beziehungen, das allzulange unter der legalistischen Tradition, der alle Staaten der UNO Lippenbekenntnisse leisten, verborgen geblieben ist. Das Ende der Kolonialepoche hat eine Anzahl von Staaten unabhängig gemacht, die nicht einmal die erste Voraussetzung dafür mitbringen, was seit altersher Unabhängigkeit schützte: die Fähigkeit, sich zu verteidigen. Keine der in der OECS zusammengeschlossenen Inselrepubliken besitzt eine eigene Armee. Ja, es herrscht sogar eine eingefleischte Abneigung gegen Militärausgaben in diesen Ländern, wo die schmale ökonomische Basis zur Erhaltung der wirtschaftlichen Existenz schon kaum ausreicht.

Worauf sollen sich Staaten dieses Zuschnitts zu ihrem Schutz stützen, wenn nicht auf eine Übereinkunft der Mitgliedsländer, den Status quo der Wehrlosigkeit nicht zu verändern, damit nicht alle durch einen plötzlichen Sprung in die Aufrüstung eines einzelnen Mitgliedes bedroht werden? Es ist diese Überlegung, die dem Artikel 8 der OECS-Charta zugrunde liegt.

Wie Nicaragua auf dem mittelamerikanischen Isthmus, so brach Grenada seit dem Bishop-Putsch 1979 aus diesem für seine Region gültigen Stabilitätspakt aus. Jamaikas Premierminister Seaga zählte am Dienstag noch einmal auf, was die Karibik-Staaten, was die USA seit längerem auf dieser Insel beunruhigte: der Aufbau einer auf 3000 Mann geschätzten Armee, das sind fast 3 Prozent der gesamten Bevölkerung Grenadas; der Bau eines strategischen Flugfeldes, wie geschaffen für militärische Operationen auswärtiger Mächte; die Errichtung eines Senders, dessen Frequenzstärke die gesamte Karibik erreichte, also weit über Grenadas Bedürfnisse hinausging; das Kommen und Gehen „gewisser Personen zu bestimmten Botschaften", ihre Ausbildung in subversiven Tätigkeiten und Guerrillakampftechniken; die Einkerkerung politischer Gefangener in Fort Frederick und schließlich der blutige Umsturz vor zehn Tagen und die Abschaffung der letzten bürgerlichen Freiheiten.

Nur ein kleines Bild weltweiter Kalamität

Aber die Bedrohung, der sich die Karibik-Staaten angesichts der Entwicklungen in Grenada ausgesetzt sahen, ist nur ein Miniaturbild der weltweiten Kalamität, unter der die internationalen Beziehungen leiden. Die hehren Prinzipien der UNO-Charta können dem wehrlosesten Teil des Globus, nämlich der Dritten Welt, keinen ausreichenden Schutz mehr bieten, wo die totalitären Regime unter der Anführung der Sowjetunion sich zum Ziel gesetzt haben, die innere Sicherheit, die Freiheit und die Stabilität dieser Staaten durch die Infiltration von Waffen und geschulten Subversionsexperten zum Einsturz zu bringen.

Was bedeutet die Unverletzlichkeit der Staaten als Prinzip, wenn sie den verteidigungs- und hilfsfähigen Westen immer nur dazu verdammt, zuzusehen, wie Moskau und die ihm hörigen UNO-Mitgliedsländer die Unverletzlichkeit der Staaten geradezu in ihr Gegenteil verkehren? Es ist diese zentrale Frage, die Ronald Reagan durch sein Handeln in Grenada hervorzwingt.

Man kann die Problematik zusammenfassen unter dem Stichwort: der Frieden in der Welt und die Balance der Mittel, ihn zu sichern. Sehr scharf sah das Alexander Haig schon im Januar 1981, als er zu seinem Anhörungsverfahren als Außenminister vor den Kongreß gebeten wurde. „Es hilft unserer Verpflichtung zum Frieden nur wenig", sagte Haig damals, „wenn wir das Recht zum militärischen Eingreifen dem rücksichtslosesten Mitglied der internationalen Gesellschaft überlassen."

Die zwei Gesichter der Alternativen in Hamburg

Wird GAL für Ersatz der Blockade-Schäden herangezogen?

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hamburgs sozialdemokratischer Innensenator Alfons Pawelczyk und sein ebenfalls der SPD angehörender Polizeipräsident Dieter Heering stehen vor einer rechtlich wie politisch gleichermaßen delikaten Frage: Wer soll für den Ersatz der Schäden herangezogen werden, die am vergangenen Sonnabend bei der versuchten Blockade des Verlagshauses Axel Springer *im Verlauf jener gewalttätigen* Auseinandersetzungen entstanden, die zeitweise in eine Straßenschlacht ausarteten? 24 Polizisten waren dabei zum Teil schwer verletzt worden, demolierte Einsatzfahrzeuge, Barrikaden, geplünderte Schaufenster – 3500 Beamte aus drei Bundesländern mußten aufgeboten werden, um den *rund 800 Mann zählenden* „harten Kern" von insgesamt etwa 6000 Blockierern im Zaum zu halten. 26 Gewalttäter wurden festgenommen.

Doppelstrategie der GAL

Pawelczyk und Heering erwägen, die Rechnung für die angerichteten Schäden bei der GAL-Bürgerschaftsfraktion im Hamburger Rathaus abgeben zu lassen. Es gibt handfeste Gründe dafür, die grün-alternative Parlamentsriege in dieser Sache in Anspruch zu nehmen: Nach den Erkenntnissen der Hamburger Sicherheitsbehörden haben die führenden Köpfe der GAL, allen voran Thomas Ebermann, den Blockadeversuch gemeinsam mit den Vertretern autonomer Gruppen, die zur Gewaltanwendung mehr oder weniger entschlossen waren, bis ins *Detail* geplant. Sie haben öffentlich zur Teilnahme aufgerufen und am Sonnabendabend *an* Ort und Stelle die gesamte Demonstration maßgeblich mitgesteuert. Die Ausschreitungen hat die GAL dabei bewußt in Kauf genommen – als Folge einer konsequenten Doppelstrategie.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Hartmut Perschau, stellte in einer Analyse dieser Vorgänge fest: „Einerseits hat die GAL gezündelt und sich andererseits als Friedensstifter aufgespielt, der Schlimmeres verhindert habe.

Wie die Ebermannsche Doppelstrategie prinzipiell aussieht, lehrt ein Blick zurück auf die 16 Monate, in denen die GAL im Landesparlament vertreten ist. Es ist erst ein Jahr vergangen, seit der damals zum Regieren ohne Mehrheit gezwungene Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit Thomas Ebermann und seinen Genossen jene „Tolerierungsgespräche" führte, aus denen Dohnanyi eigener Bekundung zufolge einen bleibenden Schatz an politisch-soziologischen Einsichten mitgenommen hat; *speziell von Thomas Ebermann*, so bekannte der Regierungschef fast schwärmerisch, habe er „viel gelernt". In der Bürgerschaft trat der politische Autodidakt Ebermann als ein rhetorisches Naturtalent mit farbig-unkonventionellen Redebeiträgen auf. Die anderen Mitglieder der GAL-Fraktion produzierten emsig *kleine Anfragen, die sich insbesondere* mit Spezialproblemen von Minderheiten, etwa Homosexuellen und Strafgefangenen, aber auch mit Umweltproblemen befaßten, und boten im übrigen im ehrwürdigen Plenarsaal lohnende Motive für die Fotografen. *Thea* Bock und andere GAL-Damen fertigten während der Sitzungen Pullover und andere Wollwaren, während ihr Kollege Klaus Gärtner unter Zuhilfenahme eines Stopfeis Strümpfe reparierte und auch sonst mit Nadel und Faden tätig war.

Ebermann als Unterhändler

Die andere GAL, ein knallharter politisch-ideologischer Stoßtrupp mit einer gehörigen Portion Skrupellosigkeit in der Wahl der Methoden, wird durch Aussprüche wie dieses Ebermann-Zitat vom April charakterisiert: „Es muß wieder zur Tugend werden, Rechtsbrecher zu werden, *wenn es um Häuserabriß und Raketenaufstellung* geht. Es darf kein Gewaltmonopol des Staates geben."

Folgerichtig hat Ebermann sich am vergangenen Sonnabend auch genauso verhalten. Er agierte als einer der Drahtzieher und, nach dem Scheitern des Blockadeversuchs, schließlich als Unterhändler: Die Polizei hatte ihn inmitten von rund *100* Krawallmachern umzingelt. Da bot der GAL-Wortführer *dem Innensenator* auf dem Funkwege an, bei Zusicherung freien Geleits würden die Auseinandersetzungen beendet. So kam es – die Demonstranten, unter ihnen nicht wenige Gewalttäter, zogen ab zum Rödingsmarkt.

Indiskretionen aus Justiz und von Anwälten

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der jetzt vorgelegte Abschlußbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, den der Düssel*dorfer Landtag zur Aufhellung* der Indiskretionen bei der Parteispende*naffäre und der sogenannten* Flick-Affäre eingesetzt hatte, birgt zwei Überraschungen. Zum einen wurde der Bericht einstimmig, also auch mit den Stimmen der vier SPD-Abgeordneten, die mit dem SPD-Fraktions-Vize Rainer Maedge auch den Vorsitzenden stellte, verabschiedet. Zum anderen stellte der Ausschuß fest, daß die Indiskretionen aus dem Ermittlungsverfahren des Verdachtes der Vorteilsnahme (*Flick-Affäre*) mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem Bereich der Verteidiger *stammen*.

Zweifelsfrei stellten die Parlamentarier fest, schwerwiegende Amtspflichtverletzungen im Justizministerium hätten 1981 zu verschiedenen Presseveröffentlichungen geführt. Als Täter käme nur der in den Ruhe*stand* versetzte Staatssekretär Kurt Wöhler (FDP), dessen Vorzimmerdame, der Leiter der Strafrechtsabteilung, Professor Karl-Heinz Kunert, dessen Gruppenleiter Erhard Starke sowie das Sekretariat der Justizministerin selbst in Frage. Allerdings könne der Ausschuß einen konkreten Verdacht gegen nur eine Person *nicht mit hinreichender Sicherheit* begründen, meinte Maedge.

Zur Flick-Affäre stellte der Ausschuß fest, weder aus der ermittelnden Bonner Staatsanwaltschaft noch aus der vorgesetzten Generalstaatsanwaltschaft Köln oder dem Düsseldorfer Justizministerium seien Informationen rechtswidrig an die Presse *und an das Fernsehen gelangt*. Fast durchweg seien Veröffentlichungen erst dann erschienen, nachdem den Anwälten der Beschuldigten Kopien der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsunterlagen überlassen worden waren. Eine entscheidende Rolle habe offensichtlich der Verteidiger des früheren Wirtschaftsministers Hans Friderichs, heute Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Eberhard Wahle, gespielt. Es sei *aufgefallen*, daß in der Fernsehsendung „Panorama" am 15. Februar 1983 die Seite 17 aus der Schutzschrift für Friderichs gezeigt worden war, die in dieser Form allenfalls in Wahles Büro vorhanden war. Äußerungen Wahles gegenüber dem Ausschuß zu diesem Vorgang nannte Maedge „nicht befriedigend".

Raus Revirement ist eher eine Notlösung denn ein Neubeginn

Von WILM HERLYN

In diesen Tagen ist in der Düsseldorfer Landesregierung großes Stühlerücken angesagt. Doch verdient das Kabinett von Ministerpräsident Johannes Rau kaum das Prädikat „neu". Denn, abgesehen von dem ehemaligen schleswig-holsteinischen Oppositionsführer Klaus Matthiesen, der vor kurzem die Nachfolge von Hans-Otto Bäumer als Landwirtschaftsminister angetreten hat, sieht man nur die vertrauten Gesichter. *Lediglich die Namensschilder* in der Kabinettsrunde werden hin- und hergeschoben.

Das sieht – betrachtet man es positiv – nach Kontinuität aus, ist es aber nicht: Bei genauerer Prüfung scheint das Revirement eher eine Notlösung zu sein denn ein Neuanfang. Dazu kommt, daß Rau jetzt schon ankün*digte*, er werde im Frühjahr eine Mannschaft aufstellen, die den Wahlkampf 1985 führen soll. So haben selbst die Regierungsmitglieder den Eindruck, hinter ihnen steht schon ein Schattenkabinett. Und es fällt natürlich auf, daß Rau noch am Tage der Verkündigung erklärte: „Ich habe keine Absage erhalten bei denen, *um die ich mich persönlich bemüht* habe." Inzwischen ist man schlauer: Sowohl Anke Fuchs als auch Anke Brunn gaben dem Ministerpräsidenten einen Korb, als er aus der nächtlichen Krisensitzung heraus in Bonn und Köln anrief.

Eingebrockt haben sich die Genossen die Suppe selbst. Unruhe, ja Verärgerung hatte die Entscheidung Raus ausgelöst, mit Matthiesen einen „Fremdling" anzuheuern. „Sind wir denn so schlecht", fragten sich da einige Abgeordnete, „daß der Johannes bis nach Kiel gehen muß?" Und als dann gar noch Jürgen Girgensohn amtsmüde das Handtuch warf, gab's kein Halten mehr. Der starke Mann, Fraktionschef *Karl-Josef* Denzer, drängte Rau: Du mußt jetzt entscheiden. Und *das* tat er. Das Ergebnis ist bekannt.

Herausragend bleibt der Abschied von Jürgen Girgensohn. Dreizehn Jahre lang hat er unter dem früheren Ministerpräsidenten Heinz Kühn und jetzt unter Johannes Rau im Kultusministerium gedient. Damit ist er – zusammen mit seinem bayerischen Kollegen Hans Maier – der dienstälteste Landesminister in Deutschland.

Gerade mit dem Namen Girgensohn verbinden sich Programme und Bildungsziele, die bis heute umstritten sind. Als er sein Amt antrat, gab *es neun Gesamtschulen. Unter seiner* Ägide wurden 44 neue Gesamtschulen *geschaffen*. Mit Verve hat er diesen Schultypus gegen vielfachen Widerstand als „gleichberechtigte und unverzichtbare Ergänzung des herkömmlichen dreigegliederten Schulsystems" (Johannes Rau) gestellt. Aber in den vergangenen dreizehn Jahren wurden – und dies wird häufig vergessen – auch 68 Gymnasien neu errichtet, vor allem im ländlichen Bereich.

In einem Gespräch sagte Girgensohn jetzt, die größte Belastung sei für ihn, daß er seinem Nachfolger



Hans Schwier das „Ungelöstsein der Lehrerarbeitslosigkeit" übergeben müsse. Dies sei eine Entwicklung, die „*vorhersehbar war und die wir den*noch nicht haben lösen können".

Als Wissenschaftsminister ist es Schwier gelungen, in die auseinanderlaufenden Hochschulstrukturen ein Raster einzupassen. Für die Rektoren wurde er ein kompetenter und geachteter Gesprächspartner. Schwier, der gestern sein neues Amt antrat, nimmt seinen Staatssekretär Ulrich Kleiner mit; das war eine der *Bedingungen, die Schwier dem Mini*sterpräsidenten gestellt hatte. Kleiner löst Gerhard Konow ab, der ins Wissenschaftsministerium wechselt. Dessen Chef, der bisherige Leiter der Staatskanzlei, Rolf Krumsiek, wurde gestern vor dem Landtag vereidigt.

Diese Personalentscheidung von Rau löste bei Bekanntwerden Verwunderung und Kritik aus. Denn gerade Krumsiek war es beispielsweise, der lange Zeit die von Hans Schwier unterstützte Privatuniversität Herdecke torpedierte. Die Landeskonferenz der Rektoren sprach sich in einer ersten Reaktion gegen diese Berufung aus. Trotz der massiven Kritik hält Rau an seiner Personalentscheidung fest und bat öffentlich um „eine Bewährungsfrist von 100 Tagen". Dabei hofft er – wahrscheinlich zu Recht –, daß Krumsiek auf seinem neuen Posten mehr reüssieren wird als in der Staatskanzlei.

Dorthin holt der Regierungschef den bisherigen Staatssekretär von In*nenminister* Herbert Schnoor, Klaus-Dieter Leister. Der hatte schon im Bundeskanzleramt *gedient* und war erst im vergangenen Jahr nach Düsseldorf gekommen, um Karl-Friedrich Brodeßer abzulösen. Brodeßer gehört zu den drei FDP-Staatssekretären, die nach der Bonner Wende im vergangenen Herbst in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden waren.

Insofern ist Herbert Schnoor der Geschädigte dieses Revirements, denn er muß in dieser Legislaturperiode nun den dritten Chef seines Hauses bestellen. Seine Wahl fiel auf den Bielefelder Oberstadtdirektor Eberhard Munzert. Munzert gilt als einer der profiliertesten nordrhein-westfälischen Kommunalpolitiker und Experte auf dem Gebiet der Gemeindefinanzen.

Damit ist das Kabinetts-Revirement aber noch nicht vorbei. Im Dezember will Rau die Justizministerin Inge Donnepp nach ihrem 65. Geburtstag durch den Minister für Bundesangelegenheiten, Diether Haack, ablösen. Die Interessen des Landes *soll dann der bisherige Parlamentari*sche Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günther Einert, vertreten.

Wiewohl die Kabinettsumbildung erst auf Druck der Fraktion – und dann in nächtlicher Krisensitzung überhastet – erzwungen worden war, regt sich jetzt schon wieder Unmut über Personalentscheidungen. Denn Schnoor möchte gerne den gerade entlassenen Regierungspräsidenten Achim Rohde (FDP) durch einen liberalen Politiker ersetzen. Auch wenn es ihm schwerfällt, einen Nachfolger aus der FDP zu benennen – Schnoor soll schon vier Absagen bekommen haben –, fragt sich die Fraktion, warum nicht einem SPD-Mann dieses Amt zufallen sollte. Dagegen argumentiert die Landesregierung, die Abberufung Rohdes hätte sich nur gegen die Person gerichtet, nicht aber gegen seine Partei. In der Öffentlichkeit müsse der Eindruck eines Kesseltreibens gegen die FDP vermieden werden.

Genscher: „Ich stehe fest zu Lambsdorff"

G. BADING, Bonn

Die FDP will offenbar auch bei einer eventuellen Anklageerhebung gegen *Otto Graf Lambsdorff* im Zusammenhang mit der Parteispenden-Affäre an ihrem Wirtschaftsminister festhalten. Parteichef Genscher wandte sich am Dienstag abend während einer Klausursitzung der Bundestagsfraktion entschieden gegen jede Form der „Vorverurteilung". Die Unschuldsvermutung müsse auch im Fall einer Anklageerhebung gelten, sagte Genscher. Er fügte hinzu: „Ich stehe fest zu Lambsdorff."

Fraktionskreise der FDP bemühten sich gestern, die Information über die Sitzung in Bonn zu verbreiten. Offenbar wollte man neuerlichen Pressemeldungen entgegentreten, daß die Freidemokraten schon auf der Suche nach einem Nachfolger für Lambsdorff seien. Betont wurde auch, daß es „keine Debatte" über Genschers Erklärung zu Graf Lambsdorff gegeben habe. Die Fraktion habe seine Worte mit Beifall quittiert.

Wie vor einigen Tagen der FDP-Bundesvorstand, hat auch die Fraktion die Wirtschaftspolitik von Graf Lambsdorff ausdrücklich gebilligt. In jüngster Zeit war auch in der Union kritisiert worden, daß Lambsdorff die notwendige „Wende" in der Wirtschaftspolitik nicht ausreichend deutlich gemacht habe.

Kampfabstimmung bei Postgewerkschaft

DW. Hannover

Zu einem überraschenden Ergebnis führte auf dem 14. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Hannover gestern eine Kampfabstimmung, bei der für den Posten eines der stellvertretenden Vorsitzenden der 48jährige Emil Bock mit 274 Stimmen die Mehrheit gegen Heinz Spies (169 Stimmen) gewann. Bock war erst Anfang des Monats von einer Gruppe von Gewerkschaftern als Gegenkandidat zu Spies aufgestellt worden. Spies hingegen war der Kandidat des Hauptvorstandes der Gewerkschaft für die Nachfolge des aus Altersgründen ausscheidenden Heinz Esders.

Nach der amerikanisch-karibischen Invasion in Grenada: Unterschiedliche Reaktionen im Westen / Die Bedeutung für Europa

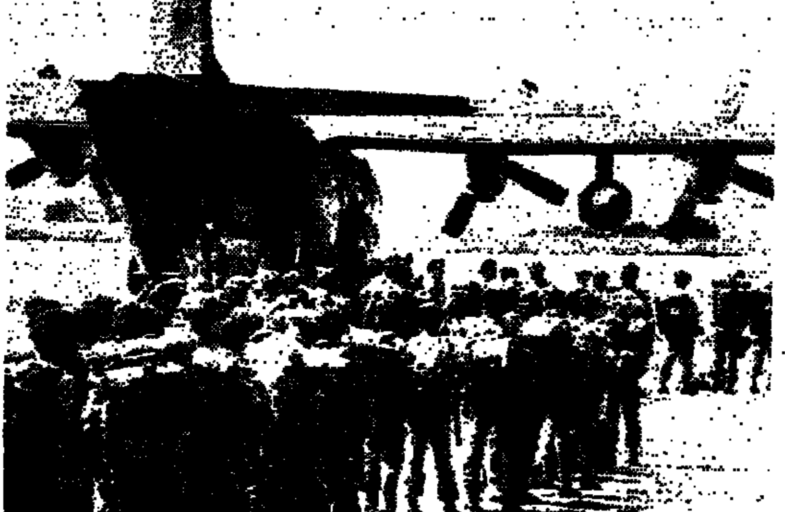
Kubas Star und Moskaus General zogen hier an vielen Fäden

Wie wichtig Grenada den Sowjets und Kubanern war, zeigte bereits das Kaliber ihrer Botschafter auf der kleinen „Insel der Gewürze", die als die schönste in der Karibik gilt: Moskaus Mann war der General Gennadyi Saschenew vom militärischen Geheimdienst GRU, und die für die Unterwanderung der Westlichen Hemisphäre zuständige Amerika-Abteilung im Zentralkomitee der kubanischen KP entsandte ihren Star: Julian Torres Rizo.

Die US-Presse hatte früher einmal Torres als den Spitzenagenten Havanas in den Vereinigten Staaten ausgemacht. Er war es, der die Venceremos-Brigaden amerikanischer Jugendlicher organisierte und zur Zukkerrohr-Ernte und Indoktrination nach Kuba schickte. Er war es auch, der in den USA enge Kontakte mit radikalen Westindern knüpfte, darunter mit Bernard Coard, dem späteren Stellvertreter und Widersacher Maurice Bishops. Coard war auf der „Brandeis University" als Kommilitone der Angela Davis von Herbert Marcuse zum kommunistischen Revolutionär erzogen worden.

Torres, der mit einer Amerikanerin verheiratet ist, hatte 1979 Bishops Handstreich gegen den exzentrischen, aber demokratisch gewählten Premierminister Eric Gairy geplant, wie aus zuverlässigen Quellen sowohl auf Grenada als auch in Washington verlautete. Er dürfte es wohl auch gewesen sein, der den Sturz Bishops einfädelte, als der immerhin in den britischen Rechtstraditionen geschulte Jurist zu weich zu werden schien.

Es war auch Torres, der darauf bestanden hatte, daß praktisch die gesamte demokratische Opposition, soweit sie nicht geflüchtet war, jahrelang im Gefängnis Richmond Hill eingekerkert wurde, ohne daß einem von ihnen je der Prozeß gemacht worden wäre. Sie wurden zwar nicht gefoltert, aber nach Aussagen von Geistlichen und Angehörigen waren sie oft 23 Stunden lang vielfach in dunklen Einzelzellen eingeschlossen, deren einziges Mobiliar auf dem Steinfußboden liegende Schaumgummimatratzen ohne jegliches Bettzeug waren.



Dienstag morgen in Barbados: Soldaten der multinationalen Interventionstruppe besteigen eine amerikanische Transportmaschine. FOTO: AP

Ihre Kost bestand aus einer schlammig-braunen Suppe aus Feigen, Mehl oder Wasser und aus gekochten Fischköpfen. Die Haftanstalt war zeitweise so voll, daß Gewalttäter wie zum Beispiel Totschläger, die von der Polizei ins Gefängnis eingeliefert werden sollten, aus Platzmangel wieder nach Hause geschickt werden mußten – und zwar per Anhalter.

Wieso diese Konzentration düsteren Talents auf einem Eiland, das man beim ersten Blick auf die Landkarte kaum wahrnimmt? Wieso entsandte selbst die „DDR" Ausbilder ihres Staatssicherheitsdienstes auf diese romantische Karibikinsel? Welches Interesse konnte Libyen an Grenada haben? Warum gab das devisenarme Kuba 34 Millionen US-Dollar aus, um dort einen neuen internationalen Flughafen mit einer 3 Kilometer langen Runway zu bauen?

Das Szenarium, das Ende des vergangenen Jahres auf Grenada, in seinen karibischen Nachbarländern und in Washington entwickelt wurde, war von eminenter Bedeutung für Westeuropa: Grenada liegt an einer Schiffahrtsstraße, über die 50 Prozent des karibischen Öls und 56 Prozent des von den USA importierten Öls transportiert werden.

Von 1984 an hätten sowjetische Bomber von diesem neuen Flughafen aus aufsteigen und zusammen mit Kriegsschiffen aus der von der UdSSR angelegten Marinebasis in Egmont Bay diesen Verkehr mühelos unterbrechen können.

Außerdem hätten die kubanischen Truppentransporter auf Grenada auftanken und dann nonstop zu den Krisengebieten im südlichen Afrika weiterfliegen können. Ferner wurde Grenada zum möglichen Sprungbrett für militärische und subversive Operationen in Südamerika vorbereitet: Es bestand ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Moskaus und Havanas Vorgehen auf dieser Insel und dem nächtlichen Blutbad, das das linke Militärregime von Surinam im vergangenen Dezember unter den Oppositionellen dieser ehemaligen niederländischen Kolonie anrichtete. Das Verbrechen war von Kuba inszeniert und mit dem Regime Bishop auf Grenada koordiniert worden. „Bedenkt man ferner", so sagte dem Berichterstatter im vergangenen Jahr ein französischer Stabsoffizier auf Martinique, „daß nun im karibisch-mittelamerikanischen Raum ein revolutionäres Dreieck Nicaragua–Kuba–Grenada besteht, so wird deutlich, was die Russen letztlich bezwecken: Sie wollen die Amerikaner auf ihren eigenen Hinterhof binden, so daß sie Westeuropa vernachlässigen."

Das kommunistische Regime auf der kleinen Insel sei also eine Gefahr nicht nur für seine Nachbarn und die USA gewesen, so meinte der Offizier, sondern vor allem auch für den freien Teil Europas.

Maßvoll stimmte Paris in die Verurteilung ein

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französische Regierung hat sich in ihrer Kritik an der amerikanischen Aktion in der Karibik relativ maßvoll verhalten. Zwar äußert sie ihre Überraschung und stellt fest, daß die Invasion der Insel mit den Grundsätzen von Souveränität und dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung nicht zu vereinbaren sei. Paris vermeidet auch nicht eine direkte Verurteilung der amerikanischen Intervention, „wie es alle Unternehmungen dieser Art verurteilt hat".

Die bisherige Einstellung des sozialistischen Regimes zur amerikanischen Politik in Mittelamerika, die von offener Kritik am „amerikanischen Imperialismus", der Bekräftigung der Solidarität mit den „verfolgten Völkern der Dritten Welt" und Waffenlieferungen an Nicaragua gekennzeichnet war, hätte jedoch ein engagierteres Auftreten erwarten lassen. Offenbar aber wollte Präsident Mitterrand es vermeiden, am Vortage des Treffens der vier Außenminister in Paris, deren Länder sich an der Aufstellung einer Friedenstruppe in Libanon beteiligen und wenige Tage nach dem Doppelattentat von Beirut, das gerade von Amerika und Frankreich hohen Blutzoll forderte, Präsident Reagan zu stark zu brüskieren.

Französische Pressekommentare sind bis auf wenige Ausnahmen, darunter natürlich das kommunistische Parteiorgan „Humanité", sogar ausgesprochen proamerikanisch ausgefallen. Die meisten Blätter stellen einen Zusammenhang zwischen dem Attentat von Beirut und der Invasion auf Grenada her und billigen Reagan das Recht zu, kräftig zurückzuschlagen. Die Sowjetunion habe nach Prag und Afghanistan, so heißt es, wenig Qualifikationen, um auf dem Völkerrecht herumzupochen. In Grenada sei eine Botschaft an Moskau ergangen, den Bogen nicht zu überspannen. Die amerikanische Geduld habe ihre Grenzen erreicht. Reagan habe, schreibt der „Quotidien de Paris", das gute amerikanische Prinzip der „Linkage" angewendet, wonach, laut Kissinger, alle Konflikte in der Welt untereinander verbunden seien und sich auf den Ost-West-Konflikt zurückführen ließen.

Schwarzer Tag für Thatcher und Howe: Verstimmung mit Washington

FRITZ WIRTH, London

„Behandelt man so einen Partner, der sich stolz brüstet, Amerikas engster Verbündeter zu sein?" Denis Healey, der Schatten-Außenminister Labours, stellte lustvoll und sarkastisch diese Frage im Unterhaus und sie traf die Regierung und besonders Frau Thatcher an der empfindlichsten Stelle. Denn Healey wußte und jeder Abgeordnete im Unterhaus spürte es: Die amerikanische Grenada-Invasion hat die bisher von beiden Seiten so sehr auf Hochglanz polierten „besonderen Beziehungen" zwischen den USA und Großbritannien schwer belastet.

Frau Thatcher ist enttäuscht, ja zornig über die Entscheidung Reagans zur Invasion Grenadas vnd über die Art, in der diese Entscheidung herbeigeführt wurde. Ihr Problem jedoch ist: Sie kann und mag diesen Zorn nicht öffentlich zeigen. Diese aus Staatsräson selbstauferlegte Zurückhaltung hatte zur Folge, daß sie und ihr Außenminister Sir Geoffrey Howe am Dienstag im Unterhaus ihren schwersten und demütigendsten Auftritt seit der turbulenten Falkland-Debatte vor 18 Monaten hatten.

Eine Turbulente Nacht

Außenminister Sir Geoffrey Howe wurde in Sprechchören der Rücktritt nahegelegt. Seine Position war durch einen offensichtlichen Mangel an Informationen und Kommunikationen zwischen Washington und London besonders blamabel geworden. Howe hatte am Montag nachmittag dem Unterhaus noch versiohert, daß er keinen Grund zur Annahme habe, daß die amerikanische Regierung beabsichtige, Grenada zu besetzen. Zu diesem Zeitpunkt war in Washington nicht nur bereits die Entscheidung zur Invasion Grenadas gefallen, die amerikanischen Truppen befanden sich bereits auf dem Wege zu dieser Insel.

Vorausgegangen war eine turbulente Nacht. Am Montag abend hatten sich in London die Gerüchte über eine amerikanische Invasion verstärkt. Frau Thatcher versuchte kurz nach Mitternacht noch einmal in einem Telefongespräch, Präsident Reagan von diesen Plänen abzubringen. Es war erfolglos. Das Gespräch war nicht nur kurz (nach vier Minuten hatte man sich nichts mehr zu sagen), es war auch äußerst frostig. Die britische Premierministerin beriet anschließend noch bis um drei Uhr morgens mit Außenminister Sir Geoffrey Howe und drei weiteren Kabinettsmitgliedern und legte die Marschroute in der Grenada-Krise für die nächsten Tage fest: Es sollten in bestimmter Form Bedenken an der amerikanischen Haltung geäußert werden, ohne sie jedoch in öffentliche Schelte ausarten zu lassen.

Diese vorsichtige und zweideutige Haltung führte zwölf Stunden später zum Fiasko im Unterhaus. Die Regierung Thatcher, die immerhin den Ruf und das Image besonderer Härte und Entschlossenheit in Krisensituationen zu verteidigen hatte, wirkte zögernd und unsicher. Die Opposition zerriß den unglücklichen Sir Geoffrey Howe mit Wonne in der Luft und selbst konservative Abgeordnete waren betroffen über die schwache Vorstellung ihrer Regierungsmannschaft und über den nach ihrer Meinung zu selbstherrlichen Alleingang der Amerikaner.

Tatsächlich hätte die britische Regierung als Senior unter den Commonwealthländern und angesichts der Tatsache, daß die britische Königin das Oberhaupt des Commonwealth ist, Anspruch darauf gehabt, in der Sache des Commonwealthmitglieds Grenada nicht nur gehört, sondern auch besser informiert zu werden. Wäre dies der Fall gewesen, hätte London freilich mit Nachdruck alle Pläne einer gewaltsamen Besetzung Grenadas zurückgewiesen

Abgesehen davon fürchtete man in britischen Regierungskreisen, daß ein neues militärisches Engagement 18 Monate nach dem Falkland-Krieg den Briten weltweit den Ruf einbringen könnte, spätkoloniale Probleme nur zu behende mit Waffengewalt zu lösen. Man weist deshalb auch in London mit Nachdruck darauf hin, daß jegliche Parallelen zwischen dem Falkland- und dem Grenada-Konflikt unzutreffend und fragwürdig seien. Bei den Falklands habe es sich um eine britische Insel unter britischer Souveränität gehandelt, Grenada dagegen sei ein unabhängiges Commonwealthland.

Tatsächlich hätte eine britische Invasion Grenadas es für die Briten in Zukunft wesentlich schwerer gemacht, die argentinische Invasion der Falklands zu verurteilen. Allein schon aus diesem Grunde schloß sich jedes militärische Engagement der Briten in Grenada aus.

Der Preis für diese Zurückhaltung ist ein empfindlicher Bruch in den anglo-amerikanischen Beziehungen. Dieses Verhältnis ist ohnehin seit einiger Zeit gespannter als es nach außen hin erscheinen mag. Es trifft zu, daß Frau Thatcher und Präsident Reagan großen Respekt voreinander haben. Das hat jedoch nicht verhindern können, daß es in Sachfragen zwischen beiden Regierungen zuweilen beträchtliche Differenzen gegeben hat. Das wurde zum ersten Mal offenbar während des Falkland-Krieges, als Reagan zunächst zögerte, den Briten volle politische und militärische Unterstützung zu geben. Nach dem Sieg der Briten auf den Falklands wandelte sich diese zunächst zurückhaltende Einstellung Reagans jedoch in volle Bewunderung für Frau Thatcher.

Höhepunkt einer Krise

Auf dieses so problemlos scheinende Verhältnis fielen in den letzten Monaten jedoch einige Schatten, als Reagan sich jedem Druck nach einer Änderung der amerikanischen Hochzinspolitik widersetzte, die den von Frau Thatcher angestrebten wirtschaftlichen Aufschwung zu drosseln drohte.

Die Beziehungen wurden weiter belastet, als die amerikanische Regierung wissen ließ, daß sie ihre Waffenlieferungen an Argentinien nach den nächsten Wahlen in diesem Land wieder aufnehmen wolle. Frau Thatcher ist der Meinung, daß die USA derartige Lieferungen zumindest so lange verzögern sollte, bis Argentinien offiziell ein Ende der Kampfhandlungen im Falkland-Konflikt verkündet habe. Die Briten revanchierten sich daraufhin mit Androhungen, daß sie ihr Truppenkontingent in Belize reduzieren würden, was die politische Lage in Mittelamerika weiter destabilisieren könnte. Die Grenadakrise ist deshalb nicht der Beginn und die Ursache, wohl aber der erste Höhepunkt einer Serie von Verstimmungen hinter dem bisherigen Hochglanzfoto anglo-amerikanischer Harmonie.

Kaunda hat nur Wirtschaftssorgen

Von einer Opposition ist kaum etwas zu sehen / Vorsichtige Hinwendung zum Westen

Von MONIKA GERMANI

An der Wiederwahl von Präsident Kenneth Kaunda von Sambia bei den fünften Wahlen seit der Unabhängigkeit 1964, zweifelt unter politischen Beobachtern in der Hauptstadt Lusaka *niemand*. Es besteht auch kein Grund dazu. Kaunda ist der einzige Kandidat für das Amt des Präsidenten, seine „Vereinigte nationale Unabhängigkeits-Partei" (UNIP), seit 1972 die einzig zugelassene Partei. 2,4 Millionen registrierte Wähler stimmen am 27. Oktober über die Besetzung von 125 Parlamentssitzen ab. Als Maßstab für Kaundas Popularität unter den 6,4 Millionen Sambianern wird die Wahlbeteiligung und die Anzahl der „Ja"-Stimmen angesehen. Bei den letzten Wahlen vor fünf Jahren betrug sie 65 Prozent.

Auch intern hat Kaunda kaum mehr eine Opposition zu befürchten. Seine beiden härtesten Konkurrenten in den letzten Wahlen, der ehemalige *Vizepräsident Simon Kapwepwe* aus dem Volk der Bemba und der Politiker Harry Nkumbula sind gestorben. Sie waren erst beide Mitstreiter des Präsidenten beim politischen *Kampf um die Unabhängigkeit* von Großbritannien, bevor sie sich gegen Kaunda wandten. In einem äußerst geschickten Schachzug hat sich Kaunda auch die Unterstützung der beiden größten unter den 73 Völkern des Landes gesichert, den Bemba und den Lozi, indem er vor zwei Monaten deren Häuptlinge in das Zentralkomitee der UNIP berief.

Ausgesöhnt hat sich Kaunda inzwischen mit dem Vorsitzenden des mächtigen Gewerkschaftsbundes, Frederick Chiluba. Noch 1981 war Chiluba drei Monate in Haft gewesen. Er soll zu einer Serie illegaler Streiks aufgerufen haben. Doch während des Wahlkampfes beschwor er die Zuhörer, für Kaunda zu stimmen. Die ZCTU (Zambia Congress of Trade Unions) hat 300 000 Mitglieder – mehr als Kaundas UNIP. Sie ist zu einem der wichtigsten Verbündeten des *Präsidenten geworden, besonders im* wirtschaftlich wichtigsten Teil des Landes, dem Kupfergürtel. 95 Prozent der Deviseneinnahmen Sambias kommen aus der Kupferproduktion

SAMBIA

und die Wirtschaftslage hat sich seit dem Verfall der Kupferpreise Mitte der siebziger Jahre rapide verschlechtert. Dazu kamen über eine Million Arbeitslose – der höchste Prozentsatz im südlichen Afrika.

Die seit zwei Jahren dauernde Trockenheit im südlichen Afrika hat auch Sambia hart getroffen. Mehr denn je ist das Land auf wirtschaftliche Hilfe von außen angewiesen. Mit jährlich 30 Millionen Dollar tragen die USA den größten Teil der Wirtschaftshilfe. Der Großteil der Devisen wird für den Import von Lebensmitteln benötigt. Auf Anraten des IMF hat die Regierung zu Beginn des Jahres die Währung, den Kwatcha, um 20 Prozent abgewertet, Lohnerhöhungen auf unter 10 Prozent beschränkt.

So geschickt wie sich Kaunda in den 19 Jahren als Präsident in der Innenpolitik erwiesen hat, so geschickt *hat er den Balanceakt* zwischen Ost und West in seiner Außenpolitik durchgehalten. Noch 1964 galt er als Verbündeter des Westens und Anhänger der Aussöhnung mit Südafrika. Nach 1968 setzte er auf die radikale chinesische Karte, er unterstützte die kommunistische Frelimo in ihrem Kampf gegen die Portugiesen *in Mosambik*. Die Chinesen bauten ihm die Tansania-Sambia-Eisenbahnlinie nach Daressalam.

1974 spielte Kaunda Détente und traf sich sogar mit Südafrikas Premierminister John Vorster. Der sowjetische Erfolg im angolanischen Bürgerkrieg 1976/77 veranlaßte ihn zu einem erneuten Frontwechsel. Im Rhodesien-Krieg gewährte er den Truppen seines Freundes Joshua Nkomo militärische Stützpunkte, was ihm prompt Vergeltungsschläge der rhodesischen Armee auf die Zapu-Lager bei Lusaka eintrug. Seit dem Treffen zwischen Kaunda und dem derzeitigen südafrikanischen Premier Pieter Botha im Mai vergangenen Jahres, hat er wieder vorsichtig die Hand zum Westen ausgestreckt. Inzwischen pochen die Sowjets auf Bezahlung der vor zwei Jahren gelieferten 50 MiG-Flugzeuge.

Geschickt sind auf den Stimmzetteln auch die beiden Symbole für die „Ja"- und „Nein"-Stimmen: das Wappentier des Landes, der Adler und sein Opfer, der Frosch. Womit sich die Sambianer heute identifizieren werden *ist nicht schwer zu erraten*, niemand läßt sich gerne auffressen.

Appell Walesas an Träger des Nobelpreises

KNA. **Warschau**

Lech Walesa, der Friedensnobelpreisträger '83 und Führer der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarnosc", hat die übrigen Träger *dieser Auszeichnung* gebeten, in einem gemeinsamen Appell von Warschau die Freilassung der politischen Gefangenen und die Eröffnung eines wirklichen öffentlichen Dialoges zu fordern. Eine entsprechende Botschaft richtete Walesa an die Teilnehmer der zur Zeit in Paris stattfindenden internationalen Konferenz über das Thema „Wissenschaft und Frieden – Die Antwort von Nobel".

In seiner Botschaft erklärte Walesa, daß es „keine wichtigere Aufgabe für die Welt gibt, als die, einen gerechten *Frieden*, der *die Rechte des Einzelnen*, der gesellschaftlichen Gruppen und der Völker" zu verwirklichen. Walesa, der seine Botschaft telefonisch der westlichen Presse übermittelte, *wies darauf hin, daß die Postbe*diensteten in Danzig die Beförderung eines entsprechenden Telegramms verweigert hätten. Am Montag war der Arbeiterführer in Warschau mit Spitzenvertretern der katholischen Kirche zusammengetroffen. Dem Vernehmen nach sollen dabei Fragen im Zusammenhang mit der Verleihung des Friedensnobelpreises gestanden haben.

Jerusalem: Kollek wiedergewählt

SAD, **Jerusalem**

Die Kommunalwahlen in Israel haben keinen neuen Trend hervorgebracht. *Jede der beiden großen Par*teiengruppen – der regierende Likud und die oppositionelle Arbeiterpartei – haben Erfolge erzielt, weil die Bevölkerung ihre Bürgermeister und Gemeinderäte aufgrund lokaler und persönlicher Erwägungen wählte und parteipolitische Gründe fast völlig ignorierte. So wurde in Jerusalem, mit seiner Likud-Wählerschaft, das langjährige Mitglied der Arbeiterpartei Teddy Kollek mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Zum ersten Mal wurde er 1965 gewählt, so daß er in anderthalb Jahren sein 20. Amtsjubiläum feiern kann.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Fluchtversuch im Kugelhagel gescheitert

Unsichtbare Sperranlagen an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze

AP/DW. **München**

Der Fluchtversuch von zwei Männern aus der Tschechoslowakei in die Bundesrepublik Deutschland ist im Kugelhagel von tschechoslowakischen Grenzsoldaten gescheitert. Das teilte das Grenzschutzkommando Süd in München mit. Der Fluchtversuch habe sich bereits am vergangenen Freitag ereignet, wie es in München *heißt. Zwei in Zivil gekleidete* junge Männer waren im Bereich des ehemaligen Grenzübergangs Höll-Haselbach im auf das Bundesgebiet zugelaufen. Etwa 80 Meter vor der Grenze sei der eine plötzlich stehengeblieben und habe die Hände erhoben, während der zweite weitergelaufen sei. Unmittelbar danach seien mehrere Feuerstöße zu hören gewesen. Die weiterlaufende Person sei zu Boden gestürzt. Soldaten der tschechoslowakischen Grenzwache hätten den ersten Mann abgeführt und den zweiten auf einer Trage weggebracht.

Die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei – 356 Kilometer – ist auf weite Strecken hin mit Natur verkleidet und erweckt einen harmlosen Eindruck.

„Man *sollte* sich *nicht* täuschen: Das friedliche Bild trügt. Zwar verzichtet die Tschechoslowakei auf Todesautomaten und Minen. Doch die Sperranlagen im Hinterland sind ebenso effizient wie die der DDR", erklärt der Sprecher des Bundesgrenzschutzkommandos Süd, Klaus Papenfuß, in München. Die Prager Behörden verlegen zur Zeit die Sperranlagen und Unterkünfte ihrer rund 10 000 Mann umfassenden „Grenzwache" weit zurück ins Land, nachdem die eigentlichen Sperranlagen beinahe an der gesamten Grenze rund fünf Kilometer von der Grenzlinie entfernt aufgebaut wurden.

Passiert dennoch ein Flüchtling Richtung Westen die Sperranlage, muß er bis zur Grenzlinie meist eine Strecke von fünf Kilometern überwinden. Da er längst Alarm ausgelöst hat, sind inzwischen die Grenzsoldaten des Abschnittes vorne ausgerückt, haben ihre Alarmstände bezogen und *erwarten den Flüchtling* mit schußbereiten Gewehren. Tatsächlich gelang zwischen 1976 und 1982 jährlich nur zwischen sieben und 19 Personen die Flucht nach Bayern.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die alte Litanei

„Der Dienst am unbekannten Gott"; WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,

man sollte nicht für möglich halten, daß immer wieder von heute maßgeblichen Historikern die alte Litanei vorgebracht wird, Friedrich der Große sei kein guter Deutscher gewesen. Friedrich hat (getreu dem Programm *seines Urgroßvaters) den deutschen* Schwerpunkt nach Norden verlegt und nicht von ungefähr ein Jahr vor seinem Tode einen deutschen Fürstenbund gegründet (als erster deutscher Staat auch ein Abkommen mit den USA getroffen). Das alte Deutsche Reich war kein Nationalstaat wie Frankreich und England. Beim Westfälischen Frieden hatte sich am deutlichsten gezeigt, daß das Heilige Römische Reich deutscher Nation vom Hause Habsburg eben nicht politisch geführt wurde und nur noch auf dem Papier stand. (Der Prinz Eugen bildete die einzige Ausnahme davon.) Was war also deutsch zur Zeit Friedrichs? Gerade die preußische Erhebung gegen Napoleon, also für Deutschland, zehrte vom noch nicht toten friederizianischen Geist, Österreich dagegen hatte sich vom übrigen Deutschland feierlich losgesagt und trat erst nach Preußen der antinapoleonischen Koalition bei. Also war Bismarcks Deutschland seit Friedrich vorgeprägt.

Schließlich muß gesagt werden: Friedrich *diente* keinem unbekannten, sondern einem Gott der höheren Gerechtigkeit (wenn er es auch nicht sagte), und wir heute können uns in die unbewußte Religiosität damaliger Menschen überhaupt nicht mehr hineinversetzen.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang R. Thorwirth, Gummersbach 1

Ewige Mitschwimmer

„Die SPD-Führung tabuisiert die Bedrohung durch die Sowjetunion"; WELT vom 14. Oktober

Sollten sich da in der „zweiten Reihe" der SPD noch Parteimitglieder, wie Frau Professor Schwan befinden, denen der NATO-Doppelbeschluß nicht nur und ausschließlich die amerikanischen Waffen in den Sinn treibt, sondern die sich trotz *Parteilinie noch Raum lassen für eine nüch*terne, sich an den Tatsachen und Notwendigkeiten orientierende politische Betrachtung.

Es wäre erfreulich, wenn die SPD den NATO-Doppelbeschluß nicht nur erfunden hätte, sondern sie auch Mitglieder hätte, die an der Nachrüstung festhielten und wie im vorliegenden Fall es auszusprechen wagen, wie wichtig uns allen die Erhaltung der Freiheit des Westens sein sollte, gleich welchem Lager wir in der Politik angehören.

Meine Solidarität als Konservativen sei hier einer SPD-Dame ausgesprochen, die keineswegs an einer sicherheitspolitischen Naivität leidet. Wer auf die Wichtigkeit unserer Freiheit mutig hinweist, der hat keinen Grund mit „Anstand zu überwintern", sondern der wird gebraucht.

Heute ist es leider schon so, daß die ewig mitredenden Mitschwimmer Parteiämter erhalten, aber die Friedenssicherung dürfen wir diesen nicht überlassen.

Wer trotz Parteilinie nicht stets alles neu durchdenkt, ergänzt und abweichende Meinungen zuläßt, der kann nicht im Einklang mit unserer Zeit leben.

Geschichte ist kein Zustand, sondern ein Prozeß, den wir dank unserer Demokratien alle mitbestimmen können, und *wir sollten das ohne* Beachtung der gegenwärtigen Parteiaussage – gemeinsam – tun: Unser Ziel wäre der Frieden.

Mit freundlichen Grüßen
Claudia Sabine Liebing, Hannover 1

Nötiges Vorbild

„Wenn der blaue Dunst ..."; WELT vom 12. Oktober; „Ein Silberstreif... Drogenszene"; Welt vom 12. Oktober: „Polizei ... Kokain-Szene"; WELT vom 15. Oktober

Zigaretten sind oft Einstiegsdroge für hartes Rauschgift! Die Rauschgiftsucht in Deutschland wächst. Politiker schlagen Alarm, da die Rauschgiftsucht „noch" nicht salon*fähig ist, wie etwa das Rauchen*. Rauschgifthändler werden zu recht verfolgt, doch lächelt man milde, wenn Hunderttausende durch das Rauchen erkranken und sterben.

Immer mehr Menschen – leider auch schon viele Jugendliche und sogar Kinder – werden süchtig; es sind Rauchwaren wie Zigaretten, weiter Alkohol, Drogen und Tabletten.

Zur Lösung des Raucher- und Rauschgiftproblems ist das Vorbild die wichtigste Maßnahme. Wenn jedoch Eltern jedes Mißbehagen mit Schmerzmitteln, jede Müdigkeit mit Aufputschmitteln, jeden Ärger mit einer Beruhigungstablette, Alkohol und Nikotin vom Leibe halten wollen, braucht sich niemand zu wundern, wenn auch schon Kinder und Jugendliche zu erhältlichen Drogen (Zigarettenautomaten) greifen, um mit ihren Problemen fertig zu werden. Deshalb ist es wichtig, den Kindern und Jugendlichen einen Verzicht vorzuleben.

Karl-Hermann Timmermann, Schwarzenborn

Und die Alten?

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein herzliches Dankeschön Herrn Bundestagspräsident Rainer Barzel, der uns so schnell und 10 Wochen vor Weihnachten, die finanziellen Sorgen für unsere so finanzschwachen und notleidenden Politiker abgenommen hat. Ausgerechnet, wo diese doch die *höchstbezahlten auf der Welt sein sol*len! Aber das ist sicher wieder auch nur ein Gerücht!

Wie gut haben es da doch die Rentner und Witwen. Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, woher sie die Weihnachtsgeschenke nehmen müssen. Ist doch am 1. 1. 84 die Rentenerhöhung fällig, die den Sozialschwachen nach Abzug der Krankenkassenbeiträge sogar den Beitrag für eine frische Brezel übrig läßt. Da kann man doch übermütig werden!

Ein Herz für Kinder und ein Herz für Tiere kann man an vielen Autos lesen. Ein Herz für unsere vergessenen Alten klebt keiner an seinen Wagen. Und dabei sind es gerade unsere Alten, die nach dem Zusammenbruch mit ihrer Hände Arbeit den Wiederaufbau mit ermöglichten. Wer war von den Bonner Damen und Herren *denn noch dabei* und *könnte* mitreden?

Wenn schon eine Erhöhung, dann bitte erst zum Fasching oder dem 1. April. Aber vor dem Weihnachtsfest, wo vielen nicht nur der Weihnachtsbraten, oft auch ein warmes Zimmer fehlt? Nein danke!

Irmgard Sauer, Ludwigsburg

Furcht vor Lücke

„Die Furcht des Kanzlers vor der Lücke in Berlin"; WELT vom 17. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,

der kalte Schauer läuft einem aufrechten Demokraten über den Rükken, wenn man sehr aufmerksam (auch zwischen den Zeilen) diesen Artikel liest. Wo bleibt die politische „Ehrlichkeit"? Sind denn die Politiker nur noch Werkzeuge geworden, *die man* einfach einsetzt, wohin auch immer und an welche Stelle?

Die CDU scheint in Not zu sein mit der Besetzung des Bundespräsidenten-Stuhles. Herr Professor Carl Carstens ist jetzt hier und an dieser Stelle gefordert. Er kann doch ohne weiteres sich zum zweiten Mal wählen lassen. Herr Richard von Weizsäcker kann schon deshalb nicht Bundespräsident werden, weil er durch seine aufrechte, ehrliche und charaktervolle Art sich selbst Berlin „verschrieben" hat. Er hat eindeutig erklärt, daß seine politische Heimat in Zukunft Berlin sein wird, und nur hier hat er seine politische Zukunft. Herr von Weizsäcker kann einfach nicht mit einer, auch wenn es sich um eine politische Lüge handelt, Bundespräsident werden. So schwer wie es ihn trifft, weil er selbst weiß, daß er ein würdiger Kandidat ist, sein Platz ist und bleibt Berlin.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph A. Weidlich, Berlin 15

Manipulation

Sehr geehrte Redaktion,

die Abhandlung eines Ihrer Redakteure zu dem vom bayerischen GEW-Vorsitzenden Kurz herausgegebenen Arbeitsheft *aus der Reihe* „Demokratischer Unterricht" muß ich nach Lektüre dieses Heftes leider voll bestätigen. Das Heft zielt voll auf Manipulation der Schüler ab. Die GEW hat hiermit dem Bildungsauftrag *in* einem demokratischen Staatswesen – die Schüler ohne Einseitigkeit zu verantwortlichen und gebildeten Staatsbürgern zu erziehen – endgültig entsagt. Vorstufen zu dieser einseitigen, beängstigenden Politisierung in den Schulen waren schon der Aufruf zum Schülerstreik am 5. Oktober unter dem Motto „Fünf vor Zwölf" und die Forderung nach Unterrichtsbefreiung für „friedensaktive" Schüler und Lehrer. Mit diesen Aktionen stellt sich die GEW immer mehr mit Lehrerverbänden *in totalitären Staaten*, wie der „DDR", auf eine Stufe.

Die entsprechenden Stellen in den Kultusministerien und die Schulleitungen sollten im Interesse aller Schüler gegen die das Neutralitätsgebot nach dem Beamtenrecht brechenden Lehrer die Grenzen ihres Handelns – notfalls durch Disziplinarmaßnahmen – aufzeigen.

Klaus-Hubert Fugger, Würzburg

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

» In der Stimme des Gewissens wird mit einem Male alles Fließende und Relative fest und absolut. Der Inhalt dessen, was es dem einzelnen Menschen sagt, wird in vieler Hinsicht individuell und zeitgebunden sein müssen. Aber jede Selbstprüfung weiß es, daß das Gewissen zugleich genaue Schranken gegenüber bloßer Subjektivität, Willkür und noch schlimmeren Versuchern jedesmal zieht. «

Friedrich Meinecke, dt. Historiker (1866–1954)

Personalien

ERNENNUNGEN

Auf politischer Ebene sind in Bonn in den letzten Tagen eine Reihe von Personalentscheidungen gefallen. Der Bundespersonalausschuß hat der Ernennung von Abteilungsleiter **Norbert Schäfer**, (49), im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zum Ministerialdirektor zugestimmt. Schäfer, langjähriger Pressesprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, hatte nach dem Regierungswechsel vor einem Jahr die Nachrichtenabteilung im Bundespresseamt übernommen. Das Bundeskabinett beschloß gestern die Ernennung des im Bundeskanzleramt arbeitenden Ministerialdirektors **Eduard Ackermann** zum „Beamten auf Lebenszeit". Ackermann gehört zu den engsten Vertrauten von Bundeskanzler **Helmut Kohl**. Das Kabinett stimmte außerdem dem Vorschlag von Bundesinnenminister **Friedrich Zimmermann** zu, **Rudolf von Hoegen** zum Ersten Direktor beim Bundeskriminalamt, BKA, zu ernennen. Von Hoegen ist bisher Leiter der Spionageabwehr beim Bundesamt für Verfassungsschutz, BfV, in Köln. Beim Bundeskriminalamt wird er Nachfolger von Dr. **Gerhard Boeden**, der als Vizepräsident in die Amtsspitze aufgerückt ist. Über die Neubesetzung der Leitung der Spionageabwehr beim Verfassungsschutz ist noch nicht entschieden. Die CSU-Landesgruppe im Bundestag hat, wie ihr Vorsitzender **Theo Waigel** mitteilte, Frau **Ida Aschenbrenner** mit der Leitung der Pressestelle beauftragt. Frau Aschenbrenner ist seit 1965 Mitarbeiterin in der CSU-Pressestelle. Sie genießt in der CSU-Führung hohes Ansehen.

*

Dr. **Jochen F. Kirchhoff**, (56), ist zum neuen Präsidenten der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens und zum Präsidenten des Verbandes der Metallindustrie des Landes gewählt worden. Der Inhaber eines Familienunternehmens gehört dem Vorstand der Metallindustrie in Nordrhein-Westfalen schon seit 1972 an. Er ist auch Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

VERANSTALTUNG

Wenige Stunden nach der letzten Pressekonferenz des scheidenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, **Berndt von Staden**, gab der italienische Botschafter **Luigi Vittorio Ferraris** in seiner Residenz für den Staatssekretär ein Abschiedsessen. Aus Brüssel war eigens der deutsche NATO-Botschafter **Hans-Georg Wieck** angereist, um gemeinsam mit anderen Amtskollegen, darunter US-Botschafter **Arthur F. Burns** und dem früheren Bonner Botschafter **Sigismund von Braun** von Staden vor Antritt seines Ruhestands zu ehren. Botschafter Ferraris rühmte von Stadens in langen Jahren erprobte diplomatische Fähigkeiten. Der Staatssekretär bedankte sich mit einer in heiterem Ton vorgetragenen Rede, in der er darauf verwies, daß er seinerzeit beim Antrittsbesuch von Botschafter Ferraris darauf verzichtet habe, ihm gute Ratschläge zu geben, weil der Botschafter ohnedies schon bestens informiert gewesen sei.

WÜRDIGUNG

Arbeitsminister **Norbert Blüm** würdigte am Mittwoch die Persönlichkeit von Frau Dr. **Elfriede Kaiser-Nebgen**, die im Alter von 93 Jahren starb. Die Gattin des ersten Vorsitzenden der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, des ehemaligen Bundesministers **Jakob Kaiser**, stand ein Leben lang im Dienst der Arbeiterbewegung. „Ihr Leitgedanke in der politischen Tätigkeit war die Selbstbestimmung der Arbeiterschaft auf der Grundlage der qualifizierten Bildung und Ausbildung", so Blüm. Mit ihrem Mann Jakob Kaiser gehörte sie im Dritten Reich dem Widerstand gegen Hitler an.

Daimler-Benz-Chef Prinz über die Konkurrenz aus Japan:

„Wir müssen leistungsbewußter, fleißiger und engagierter werden"

Gerhard Prinz, Vorsitzender des Vorstands der Daimler-Benz AG, hat gestern in Berlin vor der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft über weltwirtschaftliche Verflechtungen der deutschen Wirtschaft gesprochen. Die WELT veröffentlicht den Teil der Rede, der sich mit den Konkurrenten Deutschland und Japan auf dem Automobilmarkt der USA befaßt:



Gerhard Prinz, Chef der Daimler-Benz AG
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Bedeutend kritischer zeigt sich die internationale Wettbewerbskonstellation für die deutsche Wirtschaft, wenn wir in den Vergleich mit dem Fernen Osten – und hier insbesondere Japan – eintreten. Um dies für die Automobilindustrie zu tun, möchte ich auf dem nordamerikanischen Markt verharren, denn hier begegnen sich im Wettbewerbskampf die japanische und die deutsche Automobilindustrie auf einem Drittmarkt, also sozusagen auf neutralem Boden, ohne daß der eine oder der andere die Vorteile des heimischen Marktes genießen könnte.

Auf dem amerikanischen Markt stellen wir nun aber leider enorme Verschiebungen in den Marktanteilen zugunsten der japanischen Wettbewerber und zu Lasten der amerikanischen und auch der deutschen Automobilhersteller der Großserienfertigung fest. Hierzu ein kurzer Rückblick: 1973 erzielte die deutsche Automobilindustrie mit ihren Exporten in den USA einen Marktanteil von 7 Prozent, im Jahre 1982 waren es nur noch 3 Prozent. Der Marktanteil der japanischen Automobilindustrie hingegen lag 1973 bei nur 6 Prozent. Im Jahre 1982 waren es sage und schreibe 23 Prozent oder etwa 80 Prozent aller in die USA eingeführten Automobile.

Anders ausgedrückt: Die deutschen Automobilhersteller haben einen sehr beträchtlichen Marktanteilsverlust hinnehmen müssen; sie haben schon gar nicht die Marktchancen, die ihnen bei der Aufrechterhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit im Laufe der letzten 10 Jahre in den USA offengestanden hätten, wahrnehmen können. Die japanischen Automobilhersteller hingegen haben Marktpotentiale ausnützen können, die den deutschen Herstellern verlorengegangen sind. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie ist im Verhältnis zur japanischen gesunken.

Noch in den 60er Jahren war die deutsche Automobilindustrie auf gutem Wege, ihre Marktanteile in den USA weiter und weiter zu erhöhen. In den 70er Jahren wurden diese Chancen mehr und mehr zugeschüttet. Wenn ich nun hinzufüge, daß es sich dabei um Größenordnungen zwischen ein und zwei Millionen Fahrzeugeinheiten jährlich handelt, wird klar, in welchem Maße der deutschen Automobilindustrie Wachstums- und Beschäftigungschancen entgangen sind.

Mag sein, daß die japanische Automobilindustrie durch eine lange strukturelle Unterbewertung des Yen begünstigt gewesen ist.

Die eigentlichen Ursachen für das relativ so enorme Erstarken der japanischen Automobilindustrie würden damit aber nicht erfaßt sein. Wo sind sie zu suchen? Sicherlich nicht in der Fahrzeugtechnik; hier ist die deutsche Pkw-Industrie nach wie vor gleichwertig, meist sogar überlegen – in der Gesamtkonzeption, in der Harmonie und Ausgewogenheit der Durchführung. Auch nicht in der Produktionstechnologie; hier gibt es – trotz vieler Veröffentlichungen, die das Gegenteil behaupten – keine erheblichen strukturellen Unterschiede.

Die Vorteile der Japaner liegen nun einmal ganz eindeutig in den niedrigeren Kosten, insbesondere in den niedrigeren Personalkosten. Personalkosten je geleistete Arbeitsstunde in der Automobilindustrie lagen 1982 in Deutschland mit 30,23 DM um rund 35 Prozent höher als in Japan mit 22,21 DM (Umrechnungskurs 100 Yen = 1,10 DM).

Weltwirtschaftlicher Eroberungswille

Dabei gehe ich einmal von dem heutigen Umrechnungskurs aus. Für die vergangenen Jahre ergaben sich bei einem deutlich schwächer bewerteten Yen noch viel größere Diskrepanzen. Auch werden in der japanischen Automobilindustrie 24 Prozent mehr Arbeitsstunden pro Jahr geleistet als in der deutschen: Deutschland 1600 Stunden, Japan 1990 Stunden. Dies ermöglicht einen höheren Ausnutzungsgrad der Anlagen und führt zu einem geringeren Kapitaldienst je Einheit.

Daraus ergeben sich erhebliche Vorteile der Japaner bei den Herstellkosten. Weitere Vorteile der Japaner, die überwiegend mentalitätsbedingt sind, aber wahrscheinlich noch mehr in die Waagschale fallen:

1. Hohes Engagement
2. Große persönliche Bescheidenheit
3. Großer Fleiß
4. Hohe Leistung
5. Betonung der Gemeinsamkeit
6. Weltwirtschaftlicher Eroberungswille.

Ich kann nicht sagen, daß das, was für die Pkw-Industrie insgesamt abzuleiten ist, ausnahmslos gilt, und auch nicht, daß es für die gesamte deutsche Industrie etwa Gültigkeit besäße.

Aber mir scheint, es gilt doch für weitgehende Bereiche der deutschen Industrie.

Und wir kommen wohl nicht an der Feststellung vorbei, daß sich die Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und Wirtschaft auf die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit im Verhältnis zur japanischen Industrie zuspitzt. Während wir im Hinblick auf unsere Konkurrenzfähigkeit innerhalb Europas und auch im Hinblick auf diejenige zu Nordamerika schlußfolgern dürfen, daß wir einem Vergleich durchaus standhalten, ist uns diese beruhigende Feststellung im Verhältnis zu Japan nicht möglich. Und da sich der Konkurrenzkampf mit der japanischen Wirtschaft nicht etwa nur im Fernen Osten und in Südostasien abspielt, sondern – wie am Beispiel USA dargelegt – in der gesamten Welt, dürfen wir uns der Einsicht nicht verschließen, daß unsere Wettbewerbsfähigkeit im Weltmaßstab in den letzten zehn Jahren erheblich nachgelassen hat.

Verlorene Beschäftigung zurückholen

Darunter hat – dies steht für mich außer Zweifel – das Wachstum der deutschen Industrie schwer gelitten. Wir haben Beschäftigung verloren, insbesondere an die Japaner. Und mit dieser Erkenntnis ist unsere Aufgabe vorgeschrieben: Wir müssen uns die verlorene Beschäftigung, wir müssen uns die im internationalen Wettbewerb verlorene Arbeit zurückholen. Die Notwendigkeit, unsere Wettbewerbsfähigkeit wieder zu verbessern, stellt sich dringender denn je. Was können wir zu diesem Zweck tun? Wir dürfen nicht über ein vermeintlich unabänderliches „Ende unseres Wachstums" in Resignation verfallen. Denn es gibt keine Grenzen des Wachstums und schon gar nicht des qualitativen Wachstums. Es gibt auch keine Grenzen des Wachstums im Hinblick auf die unendlich vielen Bedürfnisse der Dritten Welt. Aber offensichtlich ist es uns zur Zeit in der Bundesrepublik nicht möglich, Wachstum zu verwirklichen. Das mag zum Teil daran liegen, daß das weltwirtschaftliche Wachstum gegenwärtig recht begrenzt ist. Aber auch in dieser weltweiten Gesamtsituation gibt es durchaus Länder, die Wachstum erzielen.

Um das für die Bundesrepublik aber „fertigzubringen", brauchen wir eine Reformation im Denken und Handeln! Das gilt für alle Bereiche der deutschen Industrie und Wirtschaft – für Unternehmen und Unternehmer ebenso wie für die Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter. Wir müssen unsere eigene Leistungsfähigkeit und unsere eigene Leistung steigern. Dies setzt vor allem voraus, daß wir leistungsbewußter, fleißiger und engagierter werden.

Wir müssen uns auf die menschlichen Eigenschaften besinnen, die uns unseren großen Aufstieg in den fünfziger und sechziger Jahren ermöglicht haben, die aber heute in weitgehendem Maße in Vergessenheit geraten sind. Wir müssen vor allem auch unsere eigene Leistung im Verhältnis zu den Kosten, also den Personalkosten, verbessern.

Wir müssen erkennen, daß wir mit den Mängeln in unserer Leistung auch Teile unserer Beschäftigungsmöglichkeiten verloren haben, deutlicher noch: Wir haben viele, viele Arbeitsplätze verloren. Daher kann die Lösung des Arbeitslosenproblems, das uns alle betroffen macht, nicht lauten, wie die – fälschlicherweise als fixe Größe betrachtete – vorhandene Arbeit anders zu verteilen ist, sondern allein, wie wir wieder mehr Beschäftigung und damit mehr Arbeit und Arbeitsplätze für unsere Volkswirtschaft gewinnen können.

Beschäftigung und Arbeit sind im Weltmaßstab des Wettbewerbs nicht ein für allemal konstante, etwa stagnierende Größenordnungen; sie sind kein vorgegebenes fixes Quantum, sondern sie verändern sich mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Weltweit gesehen ist für die deutsche Industrie mehr an Beschäftigungs- und Arbeitspotential vorhanden, als wir auf der Basis unserer derzeitigen Voraussetzungen wahrnehmen und wahrnehmen können.

Eine Arbeitszeitverkürzung, die mit steigendem Entgelt für die gleiche Einheit Arbeit verbunden ist, würde noch verstärken, was unser Handikap im weltweiten Wettbewerb ist, nämlich die im Vergleich zu wichtigen Konkurrenten zu hohen Kosten. Sie würde die für uns erreichbare Arbeit vermindern, zusätzlich auch noch die vorhandenen Arbeitsplätze gefährden und damit unweigerlich zu noch mehr Arbeitslosen führen! Bei Fortsetzung dieser Reise laufen wir in eine immer engere Sackgasse, an deren Ende nur eine große unüberwindliche Mauer stehen kann.

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung ist daher die falsche und damit keine Therapie; sie verschlimmert unser Leiden. Abhilfe können wir nur durch gezielte „Langzeitbehandlung" schaffen. Zu diesem Zweck dürfen wir das Verhältnis von Leistung und Entgelt nicht noch weiter verschlechtern, sondern müssen es wesentlich verbessern und – damit heute anfangen, nicht morgen. Arbeitszeitverkürzung bedeutet gleichzeitig Verschlechterung der Anlagennutzung; das führt zu höherem Kapitaldienst je Einheit und damit zur Erhöhung der Stückkosten.

Da die kapitalmäßige Ausstattung eines jeden Arbeitsplatzes immer teurer wird, fällt der Mangel in der Anlagennutzung in steigendem Umfang ins Gewicht. So stiegen die durchschnittlichen Investitionskosten für die Errichtung eines neuen Arbeitsplatzes in der deutschen Automobilindustrie in den letzten fünf Jahren um fast 50 Prozent auf rund 20 000 DM. Das mag nicht ausschließen, zur Linderung der aktuellen Arbeitsmarktprobleme und damit zur Behandlung der Krankheitssymptome Maßnahmen wie Teilzeitarbeit, Vorruhestandsregelung oder Job-Sharing ins Auge zu fassen.

Solche Maßnahmen sind geeignet, momentane soziale Spannungen zu lindern, und sie sollten deshalb nicht außerhalb der Erwägung fallen. Auf keinen Fall jedoch darf man sich der Illusion hingeben, damit sei der eigentlichen Krankheit zu Leibe gerückt. Ihre Symptome mögen für einen Augenblick weniger ins Auge stechen, weniger bedrängend erscheinen; der eigentliche Krankheitsbefund wird dadurch nicht angegangen. Ihm jedoch muß unsere Aufmerksamkeit und Behandlung gelten!

Es geht allein um die Volkswirtschaft

Bei der Auseinandersetzung um die – wie mir scheint – schicksalhafte Frage geht es nicht etwa um die Abschöpfung höherer Differentialrenten für den Arbeitgeber, sondern es geht einzig und allein um unser volkswirtschaftliches Wohlergehen, auf das wir alle in Deutschland angewiesen sind, Unternehmen, Unternehmer und Arbeitnehmer.

Eine weitere Einschränkung unserer effektiven Leistung fördert nicht das Wohl unserer breiten Bevölkerung und unserer Arbeitnehmer, sondern schadet ihm. Gerade die soziale Verantwortung der Unternehmen erfordert es, eine solche weitere Beeinträchtigung unserer weltweiten Wettbewerbsfähigkeit nicht zuzulassen.

Ich möchte keinen Zweifel daran lassen, daß ich eine weitgehende soziale Verantwortung der Unternehmen und der Unternehmer für ein völlig unverzichtbares Element unserer freien Marktwirtschaft ansehe. Wir können ihr aber nur auf solidem Leistungsfundament nachkommen. Alles andere ist Utopie, und für die Verfolgung von Utopien hat man in dieser Welt immer noch einen unerschwinglich hohen Preis bezahlen müssen!

Wir müssen uns aber wohl auch intensiver auf unsere unternehmerischen Tugenden zurückbesinnen, auf
- persönlichen Einsatz
- Eigendynamik
- zielbewußten Innovationswillen
- fleißige Kreativität
- abgewogene Risikobereitschaft und
- zukunftsgerichtete Flexibilität.

Sie alle sind in gleicher Weise unentbehrliche motorische Voraussetzungen für die Wiedererstarkung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Wir müssen neuen Mut schöpfen und dürfen uns durch alle Hindernisse, die uns noch im Wege stehen, nicht „verdrießen" lassen.

TENNIS / Deutsche Niederlagen in Filderstadt

Sylvia Hanika: In nur 66 Minuten alles vorbei

DIETER LUDWIG, Filderstadt

Gedacht war alles anders, nämlich so: Ein Finale zwischen Martina Navratilova aus den USA und der Neu-Berlinerin aus Bayern, Sylvia Hanika. Daraus wird nun nichts mehr beim 150 000-Dollar-Tennis-Turnier in Filderstadt. Sylvia Hanika, bei diesem Turnier als Nummer zwei eingestuft, schlich bereits in der ersten Runde geschlagen davon. Die kesse Französin Catherine Tanvier hatte die 24jährige aus Ottendichl bei München mit 6:3, 6:2 abgefertigt. Das ganze dauerte nur 66 Minuten.

Anschließend meinte Sylvia Hanika, an der eigentlich nur die schöne Bräune auffiel, sie hätte es wieder im Kreuz gespürt und in der Schulter. Und so hätte sie nicht den Schläger wie gewohnt schwingen können. Sie werde jetzt erst mal 14 Tage Pause machen.

Als Dreingabe deutscher Niederlagen gab's wenig später ein 3:6, 4:6 von Claudia Kohde aus Saarbrücken gegen die Engländerin Anne Hobbs. Wenigstens Eva Pfaff aus Königstein hatte gewonnen (6:4, 6:4 über Catherine Suire aus Frankreich), was sicherlich den Veranstalter freut. Im Nachhinein besonders, denn ohne deutsche Beteiligung lassen sich auch in Filderstadt keine Zuschauer locken, zumal die Eintrittspreise schön gepfeffert sind. Da paßt es denn auch gut, daß gerade Eva Pfaff zur Zeit besonders von Martina Navratilova gelobt wird. Die absolute Nummer eins in der Welt meint, Eva sei die „talentierteste Nachwuchsspielerin überhaupt". Vielleicht hat sie gerade deshalb mehr Erfolg als ihre immer noch höher eingestufte Kollegin Sylvia Hanika, weil sie von sich behaupten kann: „Ich organisiere alles selbständig, ich bin mein eigener Manager. Mir redet niemand hinein, was ich zu tun habe."

Und noch ein deutsches Talent, acht Jahre jünger als Eva Pfaff, ist noch im Wettbewerb: Stefanie („Steffi") Graf aus Brühl bei Mannheim. Sie hat gegen die Jugoslawin Renata Sasak gewonnen (6:1, 6:3), aber vor allem demonstriert, daß sie eines Tages möglicherweise zur Weltspitze zählen kann, wenn sie nicht schon vorher von außen allzusehr hochgejubelt wird. Täglich, so sagt die 14 Jahre alte Steffi, trainiere sie etwa zwei bis drei Stunden, am liebsten mit dem Vater. Nach dem Turnier in Filderstadt reist sie weiter nach Australien, um auf der Leiter der Weltrangliste (bisher steht sie auf Platz 121) höher zu klettern.

Für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul, wo auch im Tennis Medaillen statt Prämien gereicht werden, ist Steffi Graf sicherlich ein möglicher *Medaillentip. Ihr Vater hat nach längerem* Zögern das Abkommen seiner Tochter mit dem Deutschen Tennis-Bund unterzeichnet. Danach nämlich dürfen alle Geldgeschäfte nur über den Verband abgewickelt werden. An diesem Punkt war der Vater von Steffi zunächst ins Zögern geraten. *Er hatte, so war vom Verband einmal* zu hören, den Tennis-Bund noch ein bißchen stärker melken wollen. So aber gehen die Gelder auf ein Sperrkonto, verteilt nach einem bestimmten Schlüssel. Dem Druck der Firmen hat zum Beispiel Michael Westphal nicht mehr standgehalten. Er *hat bei einer großen Werbefirma* unterzeichnet und kann nicht mehr Olympia-Amateur sein.

FUSSBALL / Demonstration am Vorabend des Länderspiels gegen die Türkei in Berlin – Junioren siegten 7:0

Familiäre Atmosphäre Polizisten zogen ab

DIETER DOSE, Berlin

Die Zeremonie war wie bei den A-Nationalmannschaften: Polizeikapelle, Nationalhymnen. 7:0 (3:0) *schlugen die DFB-Junioren dann einen* Tag vor dem großen Länderspiel (das Ergebnis stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest) die Türkei und stellten damit die Weichen zum Gruppensieg. Allerdings ist dafür im letzten Spiel noch ein Sieg über die mit 9:1 Punkten führenden Albaner *notwendig.*

Schauplatz des Sieges war das Berliner Mommsenstadion. In der Arena ohne Flutlicht erfolgte der Anstoß schon nachmittags. Bei allenfalls 6000 Zuschauern, darunter etwa 500 Türken, entfaltete sich eine fast familiäre Atmosphäre. Die rund 300 Polizisten, die Staatsanwälte und die Sicherheitsexperten blieben Staffage. Es gab keinen Grund zum Eingreifen. *Der Sicherheitseinsatz beschränkte* sich an den Eingängen auf Taschenkontrollen und Leibesvisitationen.

War das die Probe für den Ernstfall? „Wir haben zwar alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen, aber uns war vorher klar, daß bei diesem Spiel kaum etwas passieren wird", sagte Oberstaatsanwalt Mathias Priestoph. Einer seiner Mitarbeiter hatte sich unter die Fans gemischt. Die kamen aus Schalke und fragten sich: „Was machen wir nach dem Spiel? Fahren wir nach Kreuzberg?" Dafür war keiner zu begeistern. „Bier trinken, ja, aber nicht in Kreuzberg." Der Vorschlag wurde abgelehnt.

So verlief das Juniorenspiel ohne Mißklänge. Eine Viertelstunde vor *Schluß verließen nicht nur die A-Na*tionalspieler beider Länder das Stadion, auch das Gros der Polizeikräfte wurde abgezogen.

Selbst eine Reihe von Fouls der spielerisch deutlich unterlegenen Türken brachte niemand auf den Rängen in Rage. Frühzeitig hatte die *auf totale Offensive eingestellte* deutsche Mannschaft für klare Verhältnisse gesorgt und die Sprechchöre der türkischen Fans zum Verstummen gebracht. 2:0 stand es schon nach 13 Minuten, 3:0 bei Halbzeit. Auch zwei nicht vorher geplante Auswechslungen blieben ohne Folgen: Der Leverkusener Herbert Waas mußte mit einer Schädelprellung ausscheiden, und Michael Rummenigge blieb deshalb zur zweiten Halbzeit in der Kabine, weil ihn Jupp Derwall nachträglich ins A-Aufgebot berufen hat. Schon vor dem Junioren-Spiel war Michael Rummenigge in das Quartier der A-Nationalmannschaft umgezogen.

Als kurz vor Spielende ein türkischer Mittelfeldspieler wegen Nachtretens gegen Reichert vom Platz mußte, gab es auf den Zuschauerrängen kaum Reaktionen. Die meisten befanden *sich ohnehin schon auf* dem Heimweg und hatten das Stadion bereits verlassen.

Beim höchsten Sieg einer deutschen Junioren-Nationalmannschaft waren der Uerdinger Libero Herget, *der Nürnberger Brunner und der* Münchner Mathy die überragenden Spieler. „Von meinen Spielern kann jeder den Sprung in die A-Nationalmannschaft schaffen", sagte Trainer Berti Vogts. Und: „Ich bin sicher, daß wir Gruppensieger werden." Über seine eigene Zukunft denkt der frühere Nationalspieler gerade nach: Der DFB hat ihm einen neuen Vertrag bis zum Jahre 1989 angeboten.

Linke Gruppen bildeten mobile Eingreiftrupps

WALTER H. RUEB, Berlin

Bei einer Kundgebung von Alternativer Liste, Jungsozialisten, Autonomen sowie mehreren türkischen Gruppen auf dem Oranienplatz in Kreuzberg, wo Tausende von türkischen Gastarbeitern mit ihren Familien wohnen, wurde am Vorabend des Fußball-Länderspiels gegen die Türkei die Stimmung angeheizt. Allerdings nicht mit der Bekanntgabe, daß auch Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen mit dem türkischen Botschafter auf der Ehrentribüne des Olympiastadions sitzen werde, sondern mit Ansprachen, Transparenten und Gesängen.

Zwar verlief die Demonstration ohne Zwischenfälle, brauchte das im Hintergrund bereitgehaltene Polizeiaufgebot *nicht einzugreifen*, doch war unverkennbar, daß sich Berlins linke Gruppen zur Abwehr der angekündigten neo-nazistischen Aktionen gegen die türkischen Bewohner Berlins berufen fühlen und versuchen, politisches Kapital daraus zu schlagen.

In Flugblättern wurde behauptet, der Staat ziehe bei der Mobilmachung der Neo-Nazis die Fäden, er sei der Drahtzieher des faschistischen Terrors, und die neo-nazistischen Terrorbanden seien ein Instrument *der Herrschenden gegen die Linken.* Auf einem Transparent wurde gefordert: „Die Faschisten verjagen, den Staat zerschlagen." Die Türken wurden bei der Kundgebung in ihrer Sprache zu verstärkter Aktivität gegen den Faschismus aufgefordert. Berlins Polizei hielt deshalb politische Demonstrationen linker türkischer Gruppen anläßlich des Fußballspiels gegen das Militärregime in Ankara nicht für ausgeschlossen.

Das Länderspiel wurde durch 6000 Polizeibeamte geschützt. Nach der jüngsten Entwicklung nicht zuletzt, um Überreaktionen linker Gruppen im Keim zu ersticken. In Berlin seien mobile Eingreiftrupps der Linken gebildet worden, die tätliche Auseinandersetzungen mit den Neo-Nazis suchten, hieß es. In Bremen, Karlsruhe und Hannover hätten sich linke Gewalttäter zur Verstärkung ihrer Gesinnungsfreunde auf den Weg nach Berlin gemacht.

Auf der anderen Seite kündigte der wegen rechtsextremistischer Aktivitäten mehrfach verurteilte Neo-Nazi Michael Kühnen am Dienstag in Berlin an, er werde die von seinen Freunden beabsichtigten ausländerfeindlichen Aktionen unterstützen. Kühnen blieb jedoch der angekündigten Pressekonferenz der „Nationalen Aktivisten Großberlins" fern, sprach aber telefonisch und über eine Verstärkeranlage zu den in großer Zahl erschienenen Journalisten und Fernsehteams.

Kühnen teilte mit, daß in Berlin eine „Aktion Ausländerrückführung" gegründet worden sei, die sich möglichst bald an Wahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligen wolle. In Mainz sei die Gruppe im Juni 1983 gegründet und vom Bundeswahlleiter als politische Partei anerkannt worden.

Der Neo-Nazi behauptete, in Berlin zu sein, der Leiter des Staatsschutzes aber erklärte, daß Kühnen nach polizeilichen Erkenntnissen bewußt auf eine Reise nach Berlin verzichtet habe. Haftbefehl gegen ihn liege zur Zeit nicht vor.

Ein Sprecher des Staatsschutzes sagte, daß nach Beobachtungen der Polizei die Bereitschaft rechtsextremistischer Kreise in Berlin zu Gewalttätigkeiten aus Anlaß des Länderspiels gegen die Türkei abgenommen *habe. Der Staatsschutz wies da*für auf die erkannte starke Mobilisierung innerhalb der linken Gruppen hin. In Berlin habe sich ein bedeutendes Potential militanter Autonomer versammelt. Die Stimmung sei aufgeheizt – so stark, daß eine Verselbständigung befürchtet werden müsse.

Der AStA der TU Berlin hatte noch am Dienstag zu einem „Freundschafts-Spaziergang" zum Länderspiel aufgerufen. Der SPD-Landesvorstand unterstützte den Aufruf und bat die Berliner, deutlich zu zeigen, daß die Stadt weiterhin zu ihrer Tradition von Gastfreundschaft und Offenheit steht. Die SPD erinnerte auch daran, daß der ehemalige Regierende Bürgermeister Ernst Reuter in der Nazi-Zeit in der Türkei *gastliche* Aufnahme und Arbeit gefunden habe. Ausgangspunkt des gemeinsamen Marsches von deutschen und türkischen Zuschauern zum Länderspiel war der Theodor-Heuss-Platz. Dem Zug wollten sich auch Mitglieder der IG Metall und der GEW anschließen.

Die Finanzen des Fußball-Bundes sind in Ordnung

sid, Düsseldorf

Das Gesündeste am deutschen Fußball sind immer noch die DFB-Finanzen. Wie der Bericht des Schatzmeisters Egidius Braun ausweist, schloß er die Rechnungsjahre 1981 und 1982 mit einem Gesamtüberschuß von über 2,3 Millionen Mark ab. Für 1981 lag der Gewinn bei Einnahmen von 12,365 Millionen und Ausgaben von 11,414 Millionen bei 951 000 Mark. Im WM-Jahr 1982 stieg der Überschuß sogar auf 1,35 Millionen Mark (Einnahmen 11,3 Millionen und Ausgaben 9,95 Millionen Mark).

„Ich bin Unternehmer und denke auch in meinem DFB-Amt unternehmerisch. Ich habe nie rote Zahlen geschrieben und werde das auch als Schatzmeister des DFB nicht tun", erklärte Braun.

Obwohl im Jahr 1982 durch Streichung eines Heim-Länderspiels und den geringen Besuch gegen Belgien zunächst ein Loch von rund einer Million Mark aufgerissen wurde, gab es ein dickes Plus. Der gesonderte Etat für die WM in Spanien war mit der WM-Ausschüttung von 3,1 Millionen Mark ausgeglichen.

Die Förster-Brüder und die Werbung

Sie lächeln so schön brav und unschuldig von den Werbefotos, die blonden Brüder Karlheinz und Bernd Förster. Schaffe, schaffe, Häusle baue...

Die Försters wissen, wie man am besten mit einer schwäbischen Bausparkasse zum Hauseigentümer wird. Zwei Nationalspieler als Werbeträger. Daran ist nichts Ungewöhnliches. Rummenigge und Schumacher machen das auch. Nur Jupp Derwall hat den beiden Schwaben und der Bausparkasse einen Strich durch die Rechnung gemacht – er befand die Leistungen des Bernd Förster nicht mehr für so gut und machte aus ihm einen Ex-Nationalspieler nach seinem schwachen Spiel in Ungarn.

Gestern aber war Bernd Förster doch wieder im Kreis der Nationalmannschaft, die gegen die Türkei spielte. Nicht etwa, weil er plötzlich wieder seine Form gefunden hätte. Es waren die Werbe-Umstände, die das „Ex" vor dem Nationalspieler wieder verschwinden ließen. Dreimal hat Bundestrainer Jupp Derwall Bernd Förster schon aus dem Nationalteam verabschiedet. Für jeden anderen Spieler wäre das ein Grund, auf Derwall sauer zu sein. Nicht so Bernd Förster. Er kann es sich nicht erlauben, so böse zu reagieren wie sein Stuttgarter Kollege Allgöwer

STAND PUNKT

zum Beispiel – des Geldes wegen, das er aus der Anzeigenkampagne erhält.

Bernd hätte selbst längst das Handtuch geworfen und offiziell seinen *Rücktritt erklärt, doch als Ex-Natio*nalspieler läßt er sich in der Werbung schlechter verkaufen. Das hat Hans-Peter Bauer von der „JBW-Werbung" gesagt, die die Interessen der Försters vertritt. Also mußte Bernd wieder Nationalspieler werden.

Beim letzten Länderspiel in Gelsenkirchen hatte Bruder Karlheinz bei Derwall schon mal vorgefühlt. Am Sonntag präsentierte Karlheinz urplötzlich eine schwere Gehirnerschütterung und mußte das Länderspiel absagen. Derwall wählte sofort die Telefonnummer von Bernd, und schon gab es bei der Bausparkasse wieder fröhliche Gesichter. Ist das *alles wirklich nur Zufall, oder steckt* doch Methode dahinter?

Wie es *aussieht, muß der Bundes*trainer inzwischen nicht nur die sportlichen Belange, sondern auch die geschäftlichen und familiären Interessen seiner Spieler berücksichtigen. Die Försters gibt es nämlich nur im Paket zu kaufen. Wer Karlheinz will, muß auch den Bernd nehmen. Wenn das nicht klappt, kann der jüngere Bruder, der Vorstopper, schon mal plötzlich unpäßlich sein.

ULRICH DOST

SPORT-NACHRICHTEN

Ohne Wunderlich

Barcelona (sid) – Die deutsche Handball-Nationalmannschaft wird *ihr letztes Spiel im Supercup am 6.* November ohne Erhard Wunderlich bestreiten müssen. Wunderlichs Verein FC Barcelona verweigert eine Freigabe, weil er an diesem Tag in der spanischen Meisterschaft gegen Caja Madrid spielt.

Reiten: Zweiter Platz

Washington (sid) – Die deutsche Equipe der Springreiter belegte beim *Preis der Nationen* in Washington hinter den fehlerlosen Amerikanern Platz zwei. Iris Bayer (mit Pandur), Jürgen Ernst (Lustig), Rainer Supan (Kemmenate) und Michael Fervers (Gaylord) kamen insgesamt auf zwölf Fehlerpunkte.

Mikkola führt

Yamoussouko (sid) – Hannu Mikkola aus Finnland und sein schwedischer Beifahrer Arne Hertz führen nach der ersten von fünf Etappen der WM-Rallye Elfenbeinküste. Mit ihrem Audi Quattro liegen sie nach 578 km der insgesamt über 4682 Kilometer führenden Rallye vor den Schweden Waldegaard/Thorszelius auf Toyota Celica.

Zweiter Sechstage-Sieg

***Dortmund** (sid) – Die Australier* Danny Clark und Anthony Doyle scheinen zum beherrschenden Team der Sechstagerenn-Saison 1983/84 zu werden. Nach ihrem Sieg in Berlin waren sie jetzt auch in Dortmund erfolgreich. Die Dänen Frank/Oersted wurden Zweite vor dem deutschen Paar Thurau/Schütz.

Berchtesgaden will Daume

Berchtesgaden (sid) – Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland, soll, wie 1972 in München, Präsident des Organisationskomitees für die 16. Olympischen Winterspiele 1992 werden, falls die Bewerbung der Region angenommen wird.

Nandino in Mailand

Bonn (kgö) – Nandino aus dem Gestüt Etzean, Sieger im klassischen *Henckel-Rennen und Zweiter* im deutschen Derby, startet am Sonntag mit dem Engländer Bruce Raymond im Sattel in Mailand beim „Premio Chiusura".

Watford ausgeschieden

London (sid) – Der FC Watford, im UEFA-Pokal Sieger über den 1. FC Kaiserslautern, ist im englischen Liga-Pokal ausgeschieden. Der Fußball-Klub des Pop-Sängers Elton John erreichte gegen Zweitligaverein Huddersfield nach einer 1:2-Niederlage im Heimspiel nur ein 2:2.

Schiedsrichter gesperrt

Bern (sid) – Bruno Galler ist vom Schiedsrichter-Ausschuß des Schweizerischen Fußball-Verbandes für drei Monate gesperrt worden. Dem FIFA-Schiedsrichter wird „fehlende Konsequenz" beim Amateurliga-Spiel zwischen Küssnacht und Dübendorf vorgeworfen. Der Ausschuß ist der Meinung, Galler hätte das Spiel sofort abbrechen müssen, nachdem er von einem Spieler, dem er die Rote Karte gezeigt hatte, mit dem Ball beworfen worden war.

Kunz Weltmeister

Moskau (sid) – Die Gewichtheber aus der „DDR" gewannen bei der Weltmeisterschaft in Moskau ihre ersten Goldmedaillen. Im Zweikampf des Leichtgewichtes gewann Joachim Kunz aus Karl-Marx-Stadt mit 340 kg. Kunz gewann auch das Stoßen mit 195 kg.

Klug nicht mehr Trainer

Nürnberg (sid) – Der 1. FC Nürnberg hat einen neuen Trainer. Der abstiegsbedrohte Fußball-Bundesligaklub verpflichtete den arbeitslosen Rudi Kröner, der in der letzten Saison von Kaiserslautern entlassen worden war. Sein Vorgänger, Udo Klug, erst am Sonntag als Manager beurlaubt, kehrt auf den Posten des Managers zurück.

Gold und Weltrekord

Caracas (sid) – Gisela Linz (Dortmund), Hanni Hoplitschek (Mannheim) und Christel Heussler (Berlin) gewannen bei den Bowling-Weltmeisterschaften in Caracas die erste Goldmedaille für Deutschland. Mit 3532 Pins stellten sie gleichzeitig einen Weltrekord in der Trio-Wertung auf. Zuvor hatten Norbert Giesert (Berlin) und Bernd Bauhofer (Berchtesgaden) hinter Australien und Schweden den dritten Platz im Herren-Doppel belegt.

ZAHLEN

BASKETBALL

Europacup der Landesmeister: Saturn Köln – AS Monaco 108:83, Korac-Pokal: Giants Osnabrück – Crystal Palace 78:101.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 5. Spieltag: Heusenstamm – Saarbrücken 2:9, Altena – Bad Hamm 9:3, Grenzau – Reutlingen 9:7, Jülich – Düsseldorf 7:9.

RADSPORT

42. Dortmunder Sechstagerennen, Endstand: 1. Clark/Doyle (Australien/Großbritannien) 462 Punkte, 2. Frank/Oersted (Dänemark) 292, eine Runde zurück: 3. Thurau/Schütz (Deutschland) 398, zwei Runden zurück: 4. Freuler/Känel (Schweiz) 315, drei Runden zurück: 5. Kristen/Wiggins (Deutschland/Australien) 342, vier Runden zurück: 6. Braun/Rinklin (Deutschland) 263.

GEWICHTHEBEN

Weltmeisterschaft in Moskau, Leichtgewicht (bis 67,5 kg), Zweikampf: 1. Kunz („DDR") 340 kg, 2. Rusev (Bulgarien) 337,5, 3. Behm („DDR") 337,5. – Reißen: 1. Rusev 145 kg, 2. Behm 145, 3. Kunz 145 kg. – Stoßen: 1. Kunz 195 kg, 2. Rusev 192,5, 3. Behm 192,5.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Köln, Herreneinzel, erste Runde: Beutel (Deutschland) – Kirmayr (Brasilien) 6:7, 6:3, 6:4, Mitton (Südafrika) – Becka (Deutschland) 6:3, 6:4, Korita (USA) – Hocevar (Brasilien) 6:3, 5:7, 6:4, Slozil (CSSR) – Fromm (USA) 6:4, 6:4, Motta (Brasilien) – Purcell (USA) 7:5, 6:3, Segarceanu (Rumänien) – Elter (Deutschland) 0:6, 6:2, 6:2, Smith – Gottfried (beide USA) 6:3, 7:6.
Grand-Prix-Turnier der Damen in Filderstadt, Einzel, erste Runde: Walpole (Großbritannien) – Teeguarden (USA) 6:4, 6:3, Graf (Deutschland) – Sasak (Jugoslawien) 6:1, 6:3, Tanvier (Frankreich) – Hanika (Deutschland) 6:3, 6:2, Pfaff (Deutschland) – Suire (Frankreich) 6:4, 6:4, Mandlikova (CSSR) – Skronska (CSSR) 6:4, 6:4, Ruzici (Rumänien) – Delhees (Schweiz) 6:3, 7:5, Sukova (CSSR) – Amiache (Frankreich) 6:3, 6:1, Hobbs (England) – Kohde (Deutschland) 6:3, 6:4.

KUNSTTURN-WM / Weltmeisterin schon besiegt – Comeback der Maxi Gnauck

Achter Rang für die deutsche Riege, da wollte der Trainer protestieren

M. RUHRROTH, Budapest

Ein bißchen Verärgerung mischte sich in die Freude über den achten Platz der deutschen Kunstturnerinnen nach dem Pflichtprogramm bei den 22. Weltmeisterschaften in Budapest. Cheftrainer Vladimir Prorok aus Prag, der vor zwei Jahren die deutsche Riege bei den Titelkämpfen in Moskau auf den neunten Platz geführt hatte, schimpfte in Budapest über die Kampfrichterinnen: „Das ist doch eine Schweinerei, wie hier gewertet wird. Wer eine gute Lobby hat, bekommt auch gute Punkte. Was nützt mir denn ein Protest, die nehmen doch gar keinen an."

Sicher, die deutsche Riege ist diesmal im Gegensatz zu anderen Mannschaften sehr streng bewertet worden. Aber das war auch eine Folge des vorhergegangenen Länderkampfsieges über die USA in Berlin. Wer das schafft, so dachten sich wohl die internationalen Kampfrichterinnen, muß hervorragend turnen können. Also war man obendrein nicht bereit, der deutschen Riege mit allzu guten Noten zum Aufschwung zu verhelfen.

Aber sei's drum, die 191,15 Punkte, die erreicht wurden, zeigten zwei Dinge auf: Erstens war es trotz der strengen Wertung das beste Ergebnis, das je eine Riege des Deutschen Turnerbundes (DTB) erzielte, zum anderen hielten die deutschen Mädchen damit vor rund 5000 ungarischen Zuschauern die ungarische Riege in Schach, die vor der entscheidenden Kür heute abend auf dem neunten Platz liegt.

Noch etwas war erstaunlich, nämlich die Leistungen der deutschen Turnerinnen am Schwebebalken. Einst sprach man im Deutschen Turner-Bund nur vom „Zitterbalken", und vorzeitige Abgänge an diesem Gerät waren an der Tagesordnung. In Budapest gab es für die deutschen Turnerinnen am Schwebebalken dreimal die Note 9,60, zweimal 9,50 und einmal – für die Berlinerin Yvonne Haug – sogar 9,70. Die 15jährige Schülerin Elke Heine lieferte mit 9,50 Punkten gar die Streichwertung. Daß es ausgerechnet an diesem Gerät aufwärts gegangen ist, gilt als großes Verdienst der tschechoslowakischen Trainerin Alena Prorok, die mit speziellem Training Standfestigkeit, Gleichgewichtsgefühl, Rhythmusfähigkeit und Präzision schulte. Als die deutsche Riege an diesem Gerät hervorragende 48,00 Punkte erhalten hatte, sagte sie: „Das war in den letzten Monaten eine ungeheuer schwere Arbeit. Aber jetzt weiß ich, wofür ich das alles getan habe."

Also trotz der strengen Notengebung Freude bei der deutschen Mannschaft. Bundessportwart Hans-Jürgen Zacharias: „Ich bin jetzt schon sehr glücklich." Kunstturnwartin Ursula Hinz: „Wenn wir am



Schon nicht mehr Weltmeisterin: Olga Bitscherowa. FOTO: AP

Ende wirklich Achte geworden sind, tanze ich in Budapest öffentlich Csárdás." Die Amerikanerinnen jedenfalls wollen die deutschen Mädchen noch vom siebenten Platz verdrängen ...

Die deutsche Riege auf Platz acht, die Sowjetunion auf dem ersten Rang – das ist die Ausgangslage vor dem entscheidenden Kürkampf heute abend. 195,90 Punkte erhielten die sowjetischen Turnerinnen, doch das war eine überhöhte Wertung. Beim Pferdsprung, wo trotz der Unsicherheiten die Noten im Schnitt viel zu hoch lagen, war das am deutlichsten zu beobachten.

Was sagte doch der Sowjetrusse Jurij Titow, der Präsident des Internationalen Turnerbundes (FIG), vor den Wettkämpfen? Wenn ein Kampfrichter subjektiv oder nationalistisch werten würde, wolle man ihn von den Titelkämpfen ausschließen? Man wird in den nächsten Tagen sehen, ob das nur ein Lippenbekenntnis war.

Olga Bitscherowa, die Titelverteidigerin aus Moskau, feierte am Mittwoch abend ihren 17. Geburtstag voller Bitternis. In Budapest kann sie nicht wieder Weltmeisterin werden und auch kaum an einem Gerätefinale teilnehmen können. Nach der Pflicht rangiert sie nur an zehnter Stelle und war damit die absolut schwächste Turnerin in der sowjetischen Riege. Beim Sprung fehlte es ihr an Standfestigkeit, bei den anderen Übungen, die sie völlig überhastet turnte, an Kondition. Am Balken erhielt die Weltmeisterin gar nur 9,65 Punkte. Sie war damit schwächer als Yvonne Haug aus Berlin.

Die sowjetische Mannschaftsführung, ansonsten bei Welt- und Europameisterschaften erfolgsverwöhnt und deshalb stets zu Gesprächen bereit, verließ schweigend die Halle. Über den Niedergang ihrer Weltmeisterin mochten die Sowjets nicht reden.

Wohl auch deshalb nicht, weil in der Einzelwertung die Ost-Berlinerin Maxi Gnauck führt. 16 Monate lang pausierte die dreimalige Ex-Weltmeisterin wegen einer Fuß- und Ellbogenverletzung. Noch im vorigen Jahr, als sie Ende August in Ost-Berlin am Alexander-Platz eine Autogrammstunde gab, befürchtete sie, ihre turnerische Karriere hänge am seidenen Faden. Nur zu zehn Prozent sei es möglich, daß sie jemals wieder turnen könne, sagte sie damals.

Um so überraschter war die Fachwelt, als die 18jährige Oberschülerin (letzer Zeugnisdurchschnitt: 1,7) nun ein fabelhaftes Comeback feierte. An drei Geräten erhielt „Mini Maxi", wie die Mannschaftskameradinnen das 1,56 m kleine Energiebündel nennen, die Note 9,90. Dennoch sieht sie sich nicht als Favoritin. „Abwarten", sagt sie, „das war erst die Pflicht, und es gibt sehr starke Kür-Spezialistinnen." Was Maxi Gnauck verschweigt: Sie, eine der besten Kürturnerinnen aller Zeiten, wartet gerade bei Weltmeisterschaften stets mit atemberaubenden Weltneuheiten auf.

Ehrenpreis des WDR an Willy Millowitsch

Kölner Lücken-Füller

Mir wird eine Trophäe überreicht, eine Ehrentrophäe, die in Zukunft alle zwei Jahre ein Künstler bekommen soll." So kommentiert Willy Millowitsch die heutige Verleihung des Ehrenpreises für Fernsehunterhaltung durch den Westdeutschen Rundfunk. Anlaß ist ein 30jähriges Jubiläum: denn am 27. Oktober 1953 wurde erstmals eine Aufführung aus der – unweit vom Kölner Ring in der Aachener Straße gelegenen – Heimatbühne übertragen: Das Volksstück „D'r Etappenhas'" mit Willy, aber auch mit Schwester Lucy und Onkel Wilhelm Millowitsch. Trauben von Zuschauern bildeten sich vor den 4500 TV-Geräten, die damals angemeldet waren. Bei einem so großen Erfolg mußte das Stück mehrmals wiederholt werden.

Doch Willy Millowitsch stand auch außerhalb seines Theaters seinen Tele-Mann – so bereits im März 1953 zusammen mit Hans-Joachim Kulenkampff. Millowitsch heute: „Ich war der Mann aus dem Volke, der immer blöde Antworten gab." Elf weitere Sendungen mit Millowitsch folgten auf der Stelle: „Ich habe damals 100 Mark pro Sendung verdient und mir davon im Juni 1953 den ersten Fernsehapparat gekauft."

Offen gesteht er, daß die TV-Übertragung aus der Heimatbühne eine mit Vehemenz vertretene Millowitsch-Idee war: „Ich bin denen vom Fernsehen ja nachgelaufen. Sie wollten erst gar nicht." Natürlich hat Millowitsch dem Fernsehen manches zu verdanken: „Die Popularität bestand schon zu Zeiten meines Vaters und meines Großvaters. Aber sie blieb auf Köln und das Rheinland beschränkt. Daß Millowitsch – ähnlich wie der Dom und 4711 – als ein Markenzeichen für Köln in ganz Europa bekannt wurde, ist ein Verdienst des Fernsehens."

Und das Fernsehen half manchmal aus der finanziellen Klemme heraus. Denn die Kölner Kulturveranstalter zeigten sich desinteressiert an der Millowitsch-Volksschauspieler-Dynastie, die – wie eine nun in Buchform erscheinende theaterwissenschaftliche Dissertation nachweist – bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts zurückreicht.

Zwar hatte sich Kölns erster Nachkriegs-Oberbürgermeister Konrad Adenauer 1945 recht kulant bei der Materialzuteilung gezeigt und gegenüber Millowitsch geäußert: „Fangen Sie gleich an, denn die Leute wollen was zum Lachen haben." Doch später flossen niemals städtische Subventionen in die Heimatbühnen-Kasse. So konnte es nichts schaden, wenn das Fernsehen mal die Saalmiete und das Proben bezahlte. Und aus seinen Gagen für mittlerweile 300 bis 400 Fernsehauftritte hatte der Prinzipal gelegentlich eine fünfstellige Summe ins eigene Haus gesteckt.

Aber vor allem verdankt das Fernsehen viel dem Willy Millowitsch. Wenn die Stücke aus dem Heimattheater kamen –früher bis zu achtmal, seit einiger Zeit im Schnitt zweimal pro Jahr –, dann schnellte die Einschaltquote ganz schön in die Höhe. Heute liegt sie noch bei 30 bis 35 Prozent. Manchmal mußte Millowitsch mit seinem Theater aus der TV-Verlegenheit helfen: „Ende Oktober 1954 fiel das Eishockey-Länderspiel UdSSR – Deutschland aus politischen Gründen aus. Da erhielt ich am Montag einen Anruf und sollte für Samstag ein Stück auf die Beine stellen. Ich war aber nicht ein Lückenbüßer, wie mich eine Zeitung nannte, sondern ein Lücken-Füller."



Der frisch gekürte Preisträger: Willy Millowitsch ZEICHNUNG KLAUS BÖHLE

Bis Ende 1966 wurden alle Aufführungen direkt übertragen. Dann gab es Studio-Aufzeichnungen aus dem Volkstheater, die Tage, Wochen später im TV-Programm liefen. Aber am 7. Januar 1984 soll es wieder eine Millowitsch-Premiere mit direkter TV-Übertragung geben. Dann steht Willy Millowitsch – der am 8. Januar 75 Jahre alt wird – gemeinsam mit Sohn Peter, den Töchtern Katharina, Susanne und Mariele und der Schwiegertochter Barby drei Monate lang auf der Heimatbühne.

GISELHER SCHMIDT

KRITIK

Das Problem mit dem Blinklicht

Das Unterhaltende an dem **Verkehrsgericht** (ZDF) jedenfalls war gut serviert, vor allem die Pointe mit dem Blinklicht (das der hinter dem Unfallwagen fahrende Zeuge ebenso wahrheitsgemäß als nichtblinkend bekundete, wie der Augenzeuge vor dem Unfallwagen als blinkend). Auch manche Ratschläge wurden sicher gern gehört: daß der Krankenbesuch beim Verletzten kein Schuldgeständnis ist, und daß Nichtangurten den Verletzten sehr teuer zu stehen kommen kann.

Das Belehrende an diesem ersten Stück einer größeren Dokumentarsendereihe dürfte aber kaum allzu tief eingedrungen sein ins Bewußtsein. Autor und Regisseur Ruprecht Essberger („Das Fernsehgericht tagt" und „Ehen von Gericht") hat hier viel zuviel auf einmal anbringen wollen. Das gilt vor allem für die zwischen die anschaulichen Strafprozeßphasen gequetschte Berechnung der zivilrechtlichen Ansprüche. Diese war durch Petra Schürmanns Moderation nur optisch aufgehellt, inhaltlich für den Zuschauer jedoch nicht nachvollziehbar. Dabei stimmte manches nicht ganz: Schmerzensgeld z. B. gibt es nur bei Verschulden, und das lag bei diesem Angeklagten ausweislich des Urteils in puncto Körperverletzung nicht vor.

Eine Anmerkung noch zu den teuren Studionachbauten: Die Gerichtssäle hätte man gleich bei der Justiz selbst billiger mieten können.

OTTO GRITSCHNEDER

Heftchen, die die Seele trösten

Der brave Saul Ascher hatte 1815 sein Diktum vom Volk der „Dichter und Denker" wohlweislich auf das 18. Jahrhundert beschränkt und nicht in die Zukunft projiziert, sonst ständen wir heute betroffen da angesichts der 150 Millionen Lore-Romane, die eben dieses Volk konsumiert. Auch Claus Bienfait, Autor der Sendung **Die Traumfabrik** (ZDF), zeigte sich von der Woge der Trivial-Literatur beunruhigt, indes half ihm der Professor Waldmann, Experte in Sachen Heftchenromane, mit einem gescheiten Vortrag.

Bienfait hatte versucht, durch Interviews mit den Lore-Machern und durch Filmausschnitte das Thema aufzulockern. Doch wollte es ihm nicht so recht gelingen. Man ist versucht anzunehmen, der Trivialkunst sei mit einem Trivial-Medium nicht beizukommen. Unausgesprochen und wahrscheinlich kaum erahnt stand die Frage hinter dem bunten Schirm, ob wohl das Fernsehen eine Fortsetzung des Lore-Romans mit anderen Mitteln sei, oder ob die 150 Millionen Seelenheftchen auf der Tageswelle des elektronischen Gemütsverteilers daherschwimmen.

Unter den Lesern der Hefte befinden sich laut Befragung zahlreiche „Ärzte, Lehrer und Dentisten" (Zitat einer Verkäuferin), also gerade so wie beim Fernsehen, im Blauen Bock etwa.

VALENTIN POLCUCH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Luzie, der Schrecken der Straße
10.00 heute
10.03 Fußball-Europameisterschafts-Qualifikationsspiel Bundesrepublik Deutschland – Türkei
11.40 Bilder aus der Wissenschaft
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Wendepunkte
So änderte sich mein Leben
Zweiter Bericht über Frauen, deren Leben sich entscheidend verändert hat
17.00 Matt und Jenny
17.25 Wie geht's?
Spaß für Mitdenker
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Im Brennpunkt
Grenada – Libanon: Die Krisenherde in der Karibik und in Nahost
Moderation: Rudolf Mühlfenzl
21.00 Souvenirs, Souvenirs
Ausgesucht von Chris Howland
21.30 Das Gesicht auf der Wand
Eine wahre Geschichte nach einem Motiv von E. V. Lucas
Der Mann: Manfred Günther
Regie: Dieter Finnern
Ein regnerischer Abend im Herbst. Draußen heult der Wind, gemütlich sitzt die Stammtischrunde im alten Weinlokal beim heißen Punsch. Plötzlich beginnt man, sich gegenseitig Geschichten zu erzählen. Unheimliche Geschichten, Begebenheiten, die eigentlich nicht wahr sein können und doch wahr gewesen sein sollen. Außer den dreien am Stammtisch und der Wirtin befindet sich nur noch ein Gast im Lokal. Er selbst macht einen merkwürdigen Eindruck.
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
24.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Es begann vor zwei Millionen Jahren
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Flohmarkt
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Der Paragraphenwirt
Verirrte Akten
19.00 heute
19.30 Die Super-Hitparade
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Udo Lindenberg in Ost-Berlin / Fußball-Länderspiel Deutschland – Türkei als Politikum / Die CDU diskutiert Doppelbeschluß / Die Mutter des angeklagten Berliner Journalisten Benny Härlin – Wie sich das Bild von Justiz und alternativer Szene bei der Mutter des Angeklagten verändert hat
Moderation: Joachim Jauer
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Crescendo
Regie: Rocky Greenberg
Der aus Chicago stammende, meist in New York tätige Videokünstler Rocky Greenberg konzipierte das Video „Crescendo" in der Schweiz. Nicht nur in den USA, auch in Europa hat sich die Kommunikationsweise zwischen Menschen in den letzten Jahren stark verändert. Immer mehr Zeit seines Lebens verbringt der heutige Mensch mit Geräten.
22.45 Theaterwerkstatt
00.15 heute



Anjte Weisgerber und Ivan Desny in der Stammtischrunde, in der Geistergeschichten erzählt werden. (Das Gesicht an der Wand – ARD, 21.30 Uhr) FOTO: A. WEISH

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die unglaubliche Geschichte des Mister C.
Amerik. Spielfilm, 1957
Regie: Jack Arnold
21.30 Jack Arnold erzählt (1)
Informationen zum Film „Die unglaubliche Geschichte des Mister C.", 1957
21.45 Erfolgreich um jeden Preis
US-Firmen auf dem deutschen Markt
22.15 Gefangen in der „DDR"
Dt. Protokoll aufgezeichnet von Ralph Giordano
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 Arbeitsmarkt
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Die amerikanische Nacht -
Franz.-Ital. Spielfilm, 1982
Regie: François Truffaut
22.05 Bücherjournal
22.50 Jazz Fest Berlin 1982 .
Richie Cole's „Alto Madness"
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN

19.00 Vier fröhliche Frechdachse
19.10 Berlin-Film
19.15 Die ersten Menschen (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Die unvergeßliche Nacht
US-Spielfilm, 1940
21.45 Drei aktuell
22.00 Kulturkalender
22.30 Allerlei Theater
23.30 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Edward II
Nur für Baden-Württemberg
22.00 Treffpunkt Fernsehturm
Nur für Großraum Mannheim
22.00 Treffpunkt Alte ...
Nur für Rheinland-Pfalz
22.00 Fragezeichen
Nur für das Saarland
22.00 TV-Club Saar 3

BAYERN

19.00 Z. E. N.
Auf dem schwarzen Wald
19.05 Damals Tagesgespräch
Unser Herr Vater
Lustspiel von Marc-Gilbert Sauvajon
20.45 Rundschau
21.00 Pop Stop
21.45 Werkbesuch im Ausbesserungswerk
22.30 Sperrfrist
23.15 Rundschau

Kohl: Honecker soll Moskau bremsen

■ Fortsetzung von Seite 1

von Honecker gewählten Begriff einer „Koalition der Vernunft" auf.

Unmißverständlich beschreibt der Kanzler aber auch die Verantwortung der Sowjetunion für die gegenwärtige Lage. Die „legitimen Sicherheitsinteressen" aller Staaten müßten gewahrt bleiben. „Deshalb ist es für die Bundesregierung von fundamentaler Wichtigkeit auszuschließen, daß Westeuropa und damit auch die Bundesrepublik Deutschland im Schatten des sowjetischen nuklearen Mittelstreckenpotentials zu einer Zone minderer Sicherheit mit allen politischen und strategischen Konsequenzen der Instabilität werden". Das Gleichgewicht, so schreibt Kohl an Honecker, „ist heute gestört, weil die Sowjetunion seit über einem Jahrzehnt mit großer Kräfteanstrengung das militärische Kräfteverhältnis durch Ausbau und Verbesserung ihrer Waffen sowohl im nuklearen Bereich als auch im konventionellen Bereich einschließlich der Rüstung zur See zu ihren Gunsten zu verändern sucht".

Die NATO habe darauf mit einer „Politik der Verhandlungsbereitschaft" reagiert und eine „einseitige Vorleistung in Form eines vierjährigen Moratoriums erbracht". Sie habe überdies 1980 tausend nukleare Gefechtsköpfe abgezogen. Sie werde „in Kürze" noch einmal eine Anzahl von nuklearen Gefechtsköpfen abziehen, „die größer sein wird als der Abzug von 1980", und zwar unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen.

Moskau sei in Genf auf die amerikanische Kompromißbereitschaft nicht eingegangen. „Nach meiner Auffassung liegen nunmehr alle Elemente für ein faires und ausgewogenes Abkommen auf dem Tisch", erklärt Kohl. Bei entsprechendem Willen der Sowjetunion wäre es „jetzt binnen kurzer Zeit" möglich, ein Verhandlungsergebnis zu erzielen. „Es liegt nun ausschließlich an der Sowjetunion, den Weg für ein Ergebnis freizumachen, indem sie ihre starre, in der Sache nicht gerechtfertigte und von ihr früher anders beurteilte Haltung zur Einbeziehung der britischen und französischen Systeme in die INF-Verhandlungen in Genf aufgibt."

Esser warnt Gewerkschaften vor Macht um jeden Preis

Auch Blüm befürchtet eine negative Entwicklung

DW/dpa, Bonn

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände, Otto Esser, hat die Gewerkschaften davor gewarnt, „ihren Machtanspruch zu überdrehen". In einem Interview der „Neuen Presse" (Hannover) sagte Esser: „Wenn es die Gewerkschaften am liebsten sehen würden, daß sie allein über das Kampfmittel Streik verfügen können, die Wirtschaft aber nicht zum Kampfmittel Aussperrung greifen soll, dann ist dies nicht nur eine Verschiebung der pluralistischen Gesellschaftsordnung."

Angesichts der wirtschaftlichen Krise und der hohen Arbeitslosigkeit bezeichnete es Esser als „dringend erforderlich", daß alle Kräfte – Unternehmer, Gewerkschaften und Politiker – zusammenarbeiten. Allerdings wollten die Gewerkschaften bei der Frage der Arbeitszeitverkürzung „ganz offensichtlich den Angriff" – und zwar „mit allen Mitteln". Dies werde jedoch „auf den schärfsten Widerstand" der Arbeitgeber treffen.

Zugleich erklärte Esser, daß die Unternehmer zu einer Diskussion über den sogenannten „Tabu-Katalog" der Arbeitgeber bereit wären. Es gebe „selbstverständlich ein grundsätzliches Ja zu Überlegungen, ob wir eine wirtschafts-sozialpolitische Gesprächsrunde, ich sage absichtlich nicht Konzertierte Aktion, zustande bringen können". Ein solcher Meinungsaustausch sei gerade in Zeiten der Krise „eine zwingende Notwendigkeit".

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hält die deutschen Gewerkschaften im internationalen Vergleich für „vernünftig", befürchtet aber eine negative Entwicklung. In einem Interview mit der Illustrierten „Bunte" sagte Blüm: „Ich befürchte bei den Gewerkschaften eine Entwicklung, daß jene, die sie heute verteufeln, sich eines Tages noch nach den Loderers zurücksehnen. Sie werden noch Altärchen bauen, Kerzen anzünden und Wallfahrten unternehmen zu den Denkmälern der Loderers und Vetters. Als Weihrauchschwinger stelle ich mich dann gerne zur Verfügung."

„Persönlicher Brief" an Kohl

Gewerkschafter für Initiative zur Vorruhestandsregelung

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Vorsitzenden von fünf DGB-Einzelgewerkschaften haben in einem als „persönlich" deklarierten Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl Regierungsinitiativen für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch eine Vorruhestandsregelung gefordert. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist in dem Briefiben nicht enthalten. Dieses Gesetz müsse „noch in den nächsten Wochen in die parlamentarische Beratung gebracht werden". Das Schreiben ist von den Vorsitzenden Konrad Carl (Bau, Steine, Erden), Hermann Rappe (Chemie, Papier, Keramik), Adolf Schmidt (Bergbau und Energie), Günter Döding (Nahrung, Genuß, Gaststätten) und Berthold Keller (Textil, Bekleidung) unterzeichnet.

„Spürbare Arbeitszeitverkürzungen", seien eine „unentbehrliche Ergänzung der erforderlichen Maßnahmen, mit denen die Arbeitslosigkeit bekämpft werden müsse". Ein „angemessenes qualitatives Wachstum" sei notwendig, aber jeder Sachkenner wisse, „daß durch Wachstum allein die Beschäftigungsprobleme nicht wirksam genug bewältigt werden können".

Für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch eine Vorruhestandsregelung sei die Beteiligung des Gesetzgebers erforderlich. „Die Tarifparteien brauchen ein entsprechendes Rahmengesetz, das die Einbeziehung von ausreichenden Leistungen der öffentlichen Hand garantiert. Ein solches Gesetz muß einen Leistungsrahmen enthalten, der es den Tarifparteien möglich macht, auf der Grundlage akzeptabler Bedingungen ergänzende Tarifverträge abzuschließen", heißt es in dem Brief. Die Regierung, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften müßten aus „Solidarität" mit den Arbeitslosen unverzüglich handeln.

NATO berät atomare Taktik der Zukunft

General Rogers warnt nukleare Planungsgruppe in Ottawa vor Verminderung der Kernwaffen in Europa

C. GRAF BROCKDORFF, Ottawa

Die heute auf Schloß Montebello bei Ottawa beginnende Tagung der nuklearen Planungsgruppe der NATO, in der inzwischen alle Verteidigungsminister der Allianz vertreten sind, verspricht politisch wichtiger zu werden als frühere Sitzungen in der 16jährigen Geschichte dieses Gremiums. Es wird erwartet, daß der Oberste alliierte Befehlshaber in Europa, US-General Bernard Rogers, die Minister entschieden davor warnen wird, bei der Verminderung von Atomwaffen in Europa ein zu hohes Risiko für die Abschreckung einzugehen. Man glaubt, General Rogers werde das ganze Gewicht seiner Stellung einsetzen, um den Ministern seinen Standpunkt klarzumachen.

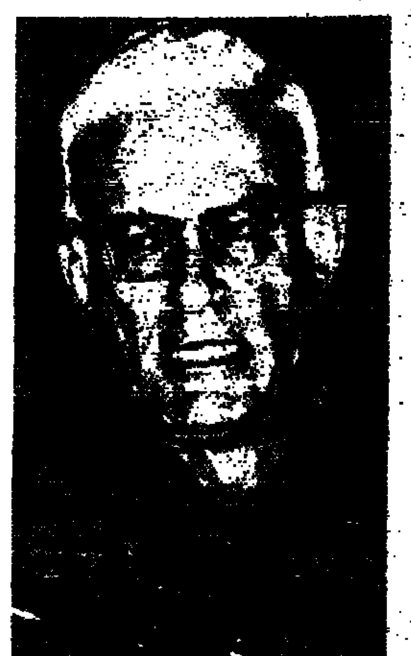
Es geht um die Frage, wie die atomare Abschreckung im Rahmen der Strategie der „flexiblen Reaktion" im einzelnen aussehen muß. Die Minister hatten ein besonderes Gremium, die sogenannte High Level Group, damit beauftragt, im Licht der zu erwartenden Modernisierung der NATO-Mittelstreckenwaffen (Pershing 2 und Cruise-Missile) zu untersuchen, wie viele atomare Gefechtsfeldwaffen zur Ausfüllung der bestehenden Strategie notwendig seien. Die High Level Group ist ein aus Zivilisten und Militärs zusammengewürfeltes Gremium von Experten aus den Verteidigungsministerien. Den Vorsitz führt der Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Richard Perle, ein Mann, dem eine harte Haltung gegenüber der Sowjetunion nachgesagt wird. Über den Bericht dieser Experten wollen die Minister entscheiden.

Bei der Untersuchung der Frage, mit wievielen Atomwaffen der Abschreckung in Europa am besten gedient wäre, ist die High Level Group dem Vernehmen nach zu dem Ergebnis gekommen, es könnte bis zu einem Drittel der vorhandenen 6000 Gefechtsköpfe abgezogen werden. Für die Gruppe war ganz im Gegensatz zu bereits veröffentlichten Darstellungen allein maßgeblich, ob die Zahl der Atomwaffen mit der Strategie übereinstimmt. Daran sollte sie sich orientieren. Tatsächlich aber ist die Behandlung der komplizierten Frage mehr und mehr in den Sog der Nachrüstungsdebatte geraten. Nicht die Mitglieder der High Level Group ließen sich davon beeinflussen, wohl aber die Autoren der Berichte und Kommentare über die Arbeit des Gremiums. Danach wurden bereits Zahlen zwischen 1500 und 2000 Atomwaffen genannt, die zusätzlich zu bereits entfernten 1000 Gefechtsköpfen zurückgezogen werden sollten. Verbunden mit dem Slogan „Frieden schaffen, mit immer weniger Waffen", ist daraus eine Erwartungshaltung entstanden, die es den Ministern schwermachen wird, in sachlicher Form dem Problem gerecht zu werden. Das Gefühl herrscht vor, die Tagung von Montebello müsse der erhitzten Öffentlichkeit Europas ein Atomwaffenopfer darbringen.

In dieser Lage nun tritt General Rogers auf den Plan. Mit dem ganzen Prestige seiner Stellung wird er vermutlich heftige Kritik an einem Zahlenspiel äußern, das zumindest in der Theorie sogar vom US-Verteidigungsministerium und dem Gremium der amerikanischen Stabschefs gebilligt worden ist. Aber Rogers hat eine Stellung „sui generis", die vom vollen Vertrauen des Präsidenten der Vereinigten Staaten getragen ist. Rogers sagte gerne mit Betonung: „Ich bin verantwortlich für die Verteidigung Europas."

Es entspräche einem abgegriffenen Klischee anzunehmen, der General sei natürlich ein Befürworter von Atomwaffen und deshalb wolle er keine abgeben. Die Wahrheit ist, daß Rogers ein unermüdlicher Warner vor der Nutzung der Atomwaffen ist, die er durch die Einführung weitreichender moderner konventioneller Waffen quasi in den letzten Schrank einsperren möchte. Rogers emphatisches Eintreten für die Verbesserung der konventionellen Abschreckung der Allianz – das Vorhaben ist unter der Bezeichnung „Rogers Plan" geläufig –, hat ihm schon Gegner im Bündnis geschaffen. Sie warfen ihm vor, er wolle praktisch die atomare Abschreckung aufgeben.

Weil sie den Mann zuwenig kannten, hatten sich bisher alle Kritiker in ihm getäuscht. Rogers will dem potentiellen Gegner die Waffen der Allianz sichtbar machen, um ihm das unkalkulierbare Risiko eines Krieges vor Augen zu führen. Bei seinem Konflikt mit der High Level Group geht es letztlich um die Beantwortung der Frage: „Was ist Abschreckung?" Seine Kritik setzt schon an der High Level Group an, die seiner Meinung nach gar nicht ausreichend qualifiziert ist, eine so ernste Frage wie die Überprüfung der Nuklearbewaffnung im Licht der Strategie zu bearbeiten. Die Gruppe verfüge nicht einmal über einen ausreichenden Stab. Diese Kritik gilt bei allen Eingeweihten als berechtigt. Nur Rogers hat einen speziellen Stab, der in alle Elemente der nuklearen Abschreckung eingearbeitet ist.



General Bernard W. Rogers, Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Rogers argumentiert, für ein niedriges Kriegsrisiko sei eine entsprechend hohe Zahl Atomwaffen notwendig, bei einem hohen Risiko entsprechend weniger. Das letztere lehnt er ab. Bei der Festlegung der Zahl muß nach Ansicht Eingeweihter die ganze Länge einer möglichen Front in Europa vom Nordkap bis an die persische Grenze in mehr als 6000 Kilometer Länge bedacht werden. Rogers Stab hat errechnet, daß ein Krieg in zwölf verschiedene Schauplätze zerfallen könnte. Es müßten ausreichend Atomwaffen für den ersten selektiven Einsatz zur „Wiederherstellung der Abschreckung" nach Kriegsbeginn sowie zur Wiederholung dieses Einsatzes bereitstehen. Schließlich müßten weitere Waffen für den „general nuclear war" – den allgemeinen Atomkrieg – vorhanden sein. Beim letzteren Wort stockt den Soldaten der Atem. Niemand will eine Atomwaffe benutzen. Abschreckend aber wirke letztlich nur das Potential – in richtiger Größe und Dosierung.

Um die Lösung dieser Frage wird es gehen. Die Minister stehen vor dem Dilemma, daß sie der wartenden Öffentlichkeit etwas bieten und der Abschreckung gerecht werden müssen. Rogers steht vor der Frage, wie hart er den Ministern gegenübertreten soll. Wenn es nach seinem Herzen ginge, würde er ihnen einen Vortrag halten, in dem er sie nachdrücklich an die Aufgabe erinnert, die sie ihm übertragen haben.

Am Ende werden die Minister gar nicht anders können, als eine Zahl von Atomwaffen zu nennen, die über einen längeren Zeitraum abgezogen werden sollen. Ganz verschwinden könnten die Gefechtsköpfe der Luftabwehrrakete „Nike Hercules", die nach und nach abgelöst wird. Man will sie durch das System „Patriot" ersetzen, das nur konventionelle Sprengköpfe verschießt. Allerdings steht noch immer nicht fest, ob die Bundesrepublik Deutschland sich an der Beschaffung von „Patriot" beteiligt. Verteidigungsminister Manfred Wörner ist dem Vernehmen nach entschlossen, die Zusage für „Patriot" davon abhängig zu machen, daß die Vereinigten Staaten für die Verteidigung von Flugplätzen in Europa das deutsche System „Roland" beschaffen.

Rogers wird sich auch gegen den vollständigen Abzug der sogenannten Atomminen – nuklearer Sprengladungen zur Geländesperrung – aussprechen. Er weiß, daß diese Waffe in der Bundesrepublik Deutschland nicht eingesetzt werden kann. Doch sie stärke die Abschreckung, weil letztlich der Gegner im ungewissen bleibe. Schließlich wird man allgemein an eine Verdünnung gewisser Kategorien von Atomwaffen denken, aber nirgendwo an deren gänzliche Abschaffung. Der Ausgang von Montebello scheint programmiert, ebenso der Konflikt mit dem Mann, auf dessen Schultern im Ernstfall die alleinige Verantwortung für den Verlauf der Verteidigung Europas liegen würde. (SAD)



Sorgenkind Binnenmarkt

Ha. (Luxemburg) – Dem Bohren dicker Bretter gleichen die Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes. Der auf Initiative des deutschen EG-Kommissars Karlheinz Narjes geschaffene Sonderministerrat jedenfalls hat auch gestern wieder nur recht bescheidene Ergebnisse gebracht.

Narjes' Idee war es gewesen, den jahrelangen Stillstand der Expertenberatungen über eine Reihe von Richtlinienentwürfen durch eine „Politisierung" der Diskussion zu überwinden. Dahinter stand die Überlegung, daß sich die Wiederentdeckung des Binnenmarktes als Katalysator für ein stärkeres Wirtschaftswachstum und realitätsbezogenen Strukturwandel in der Gemeinschaft erweisen würde. Ganz offensichtlich hat Narjes jedoch den politischen Willen der Regierungen überschätzt, sich über die Schwerfälligkeit der nationalen Bürokratien hinwegzusetzen. Zwar haben sich die Regierungschefs mehrfach selbst des Themas angenommen. Dies hat aber nichts daran ändern können, daß sich die Beratungen schnell wieder im Dickicht technischer Detailfragen verstrickten.

Wie die Dinge laufen können, wenn es am Mut zu politischen Entscheidungen fehlt, zeigt die Diskussion über die Schaffung eines sogenannten Einheitsdokuments für die Warenabfertigung. Zweck dieser Neuerung sollte es sein, alle sonstigen Papiere beim Grenzübertritt überflüssig zu machen. Jetzt wird das Formular so viele Angaben erfordern, daß von einer Vereinfachung kaum noch die Rede sein kann. Man stelle sich vor, was geschehen würde, wenn die Regierungen heute darangehen müßten, die Römischen Verträge auszuarbeiten.

Ranglisten

uls – Rangfolgen sind ein klassischer Bestandteil der Leistungsgesellschaft, wenngleich sie nicht immer etwas über Leistungsfähigkeit aussagen und teilweise auch gar keinen Sinn ergeben. Aber mit den Rangplätzen läßt sich eben vortrefflich werben, vorausgesetzt man ist weit genug oben angesiedelt. So kann sich zum Beispiel das Handwerk rühmen, unter den verschiedenen Wirtschaftszweigen der pünktlichste Zahler zu sein. Also nicht nur der goldene Boden macht uns dieses Metier so sympathisch, sondern auch seine zahlungswilligen Betreiber. Stolze 64,4 Prozent aller Handwerksbetriebe haben ihre Rechnungen im dritten Quartal pünktlich bezahlt, das sind mehr als bei Einzelhandel und Industrie. Da aber auch schon die Dienstleistungsbetriebe als Schlußlicht auf 61 Prozent kommen, erscheint die ganze Rangfolge, die von der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng ermittelt wurde, fraglich. Es wäre auch verwunderlich gewesen, wenn sich die Zahlungsmoral nach derartigen Kriterien gerichtet hätte. Ein Schuster begleicht seine Rechnungen doch nicht lieber als ein Schuhputzer.

Schweres Erbe

Von EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die tragischen Ereignisse im benachbarten Libanon und die Kommunalwahlen im eigenen Land haben die wirtschaftlichen Probleme in den letzten Tagen aus den Schlagzeilen der israelischen Zeitungen verdrängt. Dies bedeutet aber nicht, daß die Besorgnisse im Finanzministerium nachgelassen hätten. Der neue Finanzminister Yigal Cohen-Orgad arbeitet seit Beginn der Woche an einem Sanierungsplan. Sein Grundsatz, daß die Verringerung des 4,5-Milliarden-Dollar-Defizits in der Zahlungsbilanz unbedingten Vorrang vor der Bekämpfung der Inflation hat, ist von allen Seiten begrüßt worden. Darin liegt eigentlich der Hauptunterschied zwischen Cohen-Orgad und seinem glücklosen Vorgänger Yoram Aridor.

Cohen-Orgad hat ausdrücklich erklärt, es sei im Bereich des Möglichen, das Defizit innerhalb von zwei Jahren zu halbieren. Sollte ihm das Vorhaben gelingen, so würde er damit dem regierenden „Likud" die Wiederwahl sichern, die in etwas mehr als zwei Jahren anstehen.

Die Meinung, daß eine Defizithalbierung möglich sei, wird allgemein geteilt. Es wird darauf hingewiesen, daß es Yigal Hurwitz in seiner Amtszeit als Finanzminister von Ende 1979 bis Anfang 1981 gelang, durch harte Maßnahmen das Defizit um eine Milliarde Dollar zu verringern, und das, obwohl gleichzeitig die Erdöleinfuhren um eine Milliarde Dollar teurer wurden. Tatsächlich wurde das Defizit also um zwei Milliarden Dollar verringert.

Die erste Maßnahme, die Cohen-Orgad ergreifen will, ist die Kürzung der Staatsausgaben im laufenden Jahr von veranschlagten 21 Milliarden auf 19 Milliarden Dollar. Bei den laufenden Beratungen geht es um die Frage, wo gekürzt werden soll.

Als erstes gestrichen werden vermutlich die Subventionen für Nahrungsmittel, den öffentlichen Verkehr und Unterricht. Cohen-Orgad findet es absurd, daß das Brot um zwei Drittel unter den Herstellungskosten verkauft wird: Statt die Waren zu verbilligen, würde er lieber die Bedürftigen für den Entgang der Subventionen direkt entschädigen. Fachleute im Finanzministerium haben errechnet, daß dies der öffentlichen Hand 75 Prozent der Subventionsgelder ersparen würde.

Das große Problem ist die Stornierung staatlicher Projekte, die unweigerlich eine gewisse Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird. Hier steht Cohen-Orgad unter politischen Pressionen; er muß auf die Wahlchancen seiner Partei Rücksicht nehmen.

Wahrscheinlich das wichtigste Mittel zur Minderung des Defizits ist die Exportförderung durch Gewährung eines günstigen Wechselkurses für den Shekel. Aridor hielt den Shekel künstlich hoch – in der irrigen Annahme, daß er dadurch die Inflation bändigen – und damit auch das Defizit herabsetzen könne. Diese Politik ist begraben. Noch vor Aridors unfreiwilligem Rücktritt verpflichtete sich Premier Itzhak Shamir in seiner Antrittsrede in der Knesset, daß die Regierung „eine realistische Politik bei der Bestimmung des Shekelkurses" verfolgen werde.

Dies wird, zumindest im Verlaufe der nächsten zwölf Monate, zu einer Fortsetzung der Inflation führen. Für Oktober allein wird ein Anstieg des Lebenshaltungskostenindex um 16 Prozent erwartet – das wäre ein neuer Rekord. Dies ist Folge der Shekelabwertung um 23 Prozent, die Aridor in seinen letzten Tagen dekretierte, um das drohende Unheil abzuwenden.

Die Börse hat sich mittlerweile beruhigt, allerdings erst, nachdem die enttäuschten Besitzer der Bankaktien einen Kursverlust von 30 bis 40 Prozent hinnehmen mußten. Den Aktionären machte Cohen-Orgad aber ein großzügiges Angebot: Wer seine jetzt abgewerteten Bankaktien fünf Jahre lang behält, bekommt eine staatliche Garantie, daß er sie zu dem Kurs verkaufen kann, der vor dem Börsenkrach notiert wurde.

Rund eine halbe Million israelischer Haushalte sind in Bankaktien engagiert, angelockt von den scheinbar sicheren Kursgewinnen. Aber die Hausse der Bankaktien entsprach nicht den Marktkräften, sondern war durch massive Stützungskäufe der Geldinstitute wenn nicht ausgelöst, so doch lange Zeit verstärkt worden. Es hat nicht an Mahnungen gegen diese Bankenpraxis gefehlt, von der auch der frühere Finanzminister Aridor wußte. Doch Affären dieser Art soll es von nun an nicht mehr geben können. Ein Gesetz ist in Vorbereitung, das es jeder Aktiengesellschaft verbietet, ihre eigenen Aktien zu kaufen.

STAHLKRISE / Erklärungsfrist für Krupp und Thyssen bis 2. November

Bundeskabinett beschließt „allerletztes Angebot" von 500 Millionen Mark

H. J. MAHNKE/W. GEHLHOFF, Bonn/Düsseldorf

Die Bundesregierung hat den Stahlunternehmen Thyssen und Krupp ein „allerletztes Angebot" von 500 Millionen Mark unterbreitet, um die Fusion dieser beiden Firmen doch noch zu ermöglichen. Zur Annahme wurde den Unternehmen eine Frist von einer Woche bis zum 2. November gesetzt. Dieses Angebot müsse, wie Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in Bonn erklärte, auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die beiden Stahlfirmen rund 1,5 Milliarden Mark an Hilfen der öffentlichen Hände aus früher beschlossenen Programmen erhalten werden.

Das Bundeskabinett hat sich gestern eingehend mit der Lage der Stahlindustrie, vor allem mit dem jüngsten Fusionskonzept von Thyssen und Krupp, beschäftigt, das auf eine über den bisherigen Rahmen hinausgehende Hilfe der öffentlichen Hände von 600 Millionen Mark an Zuschüssen und 600 Millionen Mark an Schuldbuchforderungen gegenüber dem Bund hinauslief.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff bezeichnete diese Forderung als haushaltspolitisch und auch in der Sache unannehmbar. Da die Bundesregierung die Fusion weiterhin für wünschenwswert halte – sie sieht darin einen ersten Schritt zur Neustrukturierung der deutschen Stahlindustrie –, sei dieses Angebot gemacht worden, das immerhin um 200 Millionen Mark über dem liegt, was bisher präsentiert worden war. Lambsdorff wies darauf hin, daß die Zusage, sich mit drei Milliarden Mark an der Umstrukturierung der Stahlindustrie zu beteiligen, in jüngster Zeit „in den Hintergrund getreten oder gedrängt" worden sei.

Die kurze Frist für eine Erklärung hält er nicht nur für zumutbar, da alle Daten und Fakten auf dem Tisch lägen, sondern auch für notwendig, weil die Brüsseler Kommission über mögliche Alternativkonzepte, die auf einen Alleingang der Firmen hinauslaufen würden, bis zum 31. Januar entscheiden muß. Im Interesse der Krupp-Stahl AG prüft die Bundesregierung schon jetzt zusammen mit der Regierung von Nordrhein-Westfalen und der Treuarbeit das Konzept dieser Firma für einen Alleingang.

Auch bei dieser zusätzlichen Hilfe geht die Bundesregierung davon aus, daß sich die Länder zur Hälfte daran beteiligen sollten. Darüber müsse aber noch mit der Regierung in Düsseldorf gesprochen werden. Haushaltsprobleme sieht Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg nicht, weil der Stahl-Titel dieses Jahres nicht voll ausgeschöpft werden dürfte. Für 1984 sei Vorsorge getroffen.

Die Gespräche über ein Anpassungskonzept der Arbed Saarstahl gehen heute zwischen der Geschäftsführung und der Landes- und Bundesregierung weiter. Lambsdorff appellierte noch einmal an die IG Metall, ihre Widerstände gegen die unvermeidbaren Personalanpassungen aufzugeben. Die Hausbanken forderte er auf, einen nennenswerten Beitrag zur Gesundung des Unternehmens zu leisten. Andernfalls könnte bei dem Unternehmen eine „ernste Situation" entstehen.

In der vergangenen Woche hatten Krupp und Thyssen ein modifiziertes Fusionskonzept vorgelegt, das mit den Unterschriften der beiden Unternehmensvorstände und der Stahlmoderatoren versehen ist. Es verlängert die bisher für die Substanzwertermittlung gewählte Ertragsanalyse der Jahre 1981 und 1982 um die bereits absehbaren schlechten Ist-Zahlen von 1983. Und dies mit dem auch für die Stahlmoderatoren zunächst überraschenden Resultat, daß sich der Substanzwertnachteil auf der Krupp-Seite sogar von 1,5 auf 1,8 Milliarden DM erhöhte.

Da aber bereits die Einräumung einer Schuldbuchforderung zugunsten der zu hoch verschuldeten Krupp-Seite in Höhe von 1,5 Milliarden DM von Bonn als „weit überzogen" abgelehnt wurde, sieht das modifizierte Konzept für die zur Fusion notwendige Auffüllung der Substanzwertlücke auf der Krupp-Stahlseite folgende Lösung vor: Je ein Drittel der 1,8 Milliarden DM wird mobilisiert durch Schuldbuchforderung, durch verlorenen Staatszuschuß und mit einem „Selbsthilfeplan" der beiden Fusionspartner. Letzterer wird noch vertraulich behandelt.

AUF EIN WORT



„Die Finanzierung neuer Technologien durch die Banken scheitert oftmals daran, daß bei der Kreditvergabe in der Regel nicht die technologische Bonität eines Innovationsprojektes, sondern nur die finanzielle Bonität des Kreditnachfragers entscheidet."

Hanno Ludwig, Aufsichtsratsvorsitzender der Klöckner & Co., KGaA, Duisburg — FOTO: DIE WELT

Leistungsbilanz: Geringeres Defizit

dpa/VWD, Wiesbaden

Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik schloß im September mit einem Fehlbetrag von 0,6 Milliarden Mark. In der Handelsbilanz ergab sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ein Überschuß von 3,6 Milliarden Mark. Die Einfuhr belief sich auf 34,22 (September 1982 30,97) Milliarden Mark, die Ausfuhr auf 37,82 (36,15) Milliarden Mark. Im Zeitraum Januar/September 1983 war die Leistungsbilanz mit 0,5 Milliarden Mark im Defizit, gegenüber einem Fehlbetrag von 5,7 Milliarden Mark ein Jahr zuvor. Der Handelsbilanzsaldo kam auf plus 30,4 Milliarden nach 36 Milliarden Mark in den ersten neun Monaten 1982. Die Einfuhr betrug 284,8 (281,3) Milliarden, die Ausfuhr 315,2 (317,3) Milliarden Mark.

VERMÖGENSBILDUNG

Unionsfraktion möchte den Regierungsentwurf sichern

HEINZ HECK, Bonn

Die von der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode für vermögensbildende Maßnahmen vorgesehenen zwei Milliarden Mark (je 500 Millionen Mark in der Zeitspanne 1984 bis 1987) dürften nach offiziellen Schätzungen nur zu knapp drei Vierteln tatsächlich in Anspruch genommen werden. Die Arbeitsgruppe „Eigentum und Vermögensbildung" der Bonner Unionsfraktion hat daher – wie im Sommer bereits die FDP-Fraktion – Änderungswünsche zum Regierungsentwurf des Vermögensbeteiligungsgesetzes vorgelegt, die die Abgeordneten Kurt Faltlhauser (CSU) und Gunnar Uldall (CDU) gestern vor Journalisten erläutert haben. Der Gesetzentwurf sieht, wie berichtet, eine Erhöhung des Förderungsrahmens von 624 auf 936 Mark, allerdings ausschließlich für Produktivkapital-Beteiligungen, vor.

Zwar wendet sich die Unionsfraktion wie auch die Bundesregierung gegen die vielfach geforderte Verwendung der zusätzlichen 312 Mark auch zum Beispiel für Lebensversicherungen und Bausparverträge, da beide hierin eine Verwässerung sehen. Nach Meinung der Arbeitsgruppe sollten die zusätzlichen 312 Mark allerdings für jede beliebige Anlageform verwandt werden können (was nach dem Wortlaut des Regierungsentwurfs nicht möglich ist); lediglich die Zahlung der Arbeitnehmersparzulage von 23 Prozent sollte auf Beteiligungen am Produktivkapital beschränkt werden.

Ferner wünscht die Arbeitsgruppe unter anderem eine Verkürzung der Bindungsfrist für Bausparverträge von zehn auf sieben Jahre und erwartet in der Folge eine Belebung des Neugeschäfts der Bausparkassen, die wiederum zu einem verstärkten Mittelabfluß führen würde.

EG-BINNENMARKT

Gespräche über eine Stärkung treten auf der Stelle

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes treten nach wie vor auf der Stelle. Weder beim Problem der Gemeinschaftsbescheinigung für Drittlandserzeugnisse noch bei der geplanten Vereinfachung der Grenzformalitäten konnten die zuständigen Fachminister gestern nennenswerte Fortschritte verzeichnen.

Bei der Gemeinschaftsbescheinigung geht es um die Bedingungen, unter denen Erzeugnisse aus Nicht-EG-Ländern, die die von der Gemeinschaft entwickelten technischen Sicherheitsstandards erfüllen, künftig ohne weitere Kontrollen zum Import in andere Mitgliedsstaaten zugelassen werden sollen. Rund 20 EG-Richtlinien sind seit Jahren blokkiert, weil sich die Regierungen nicht über dieses Problem verständigen können.

Frankreich verbindet seine Zustimmung zu der Regelung mit der Forderung nach einem stärkeren Ausbau des handelspolitischen Instrumentariums der EG. Ein entsprechender Richtlinienentwurf der Kommission trifft wiederum auf erhebliche deutsche Bedenken, weil er nach Bonner Meinung durch die darin vorgesehenen Beschlußprozeduren die Gefahr unangemessener protektionistischer Reaktionen der EG heraufbeschwört.

Grundsätzliche Übereinstimmung herrschte im Rat gestern über die Notwendigkeit einer Angleichung der technischen Normen in der Gemeinschaft. Für die Kommission forderte der deutsche Kommissar Karlheinz Narjes die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, ständig die Berechtigung der bestehenden technischen Vorschriften zu überprüfen und eine gegenseitige Anerkennung der nationalen Prüfergebnisse.

VEREINIGTE STAATEN

Das Handelsbilanzdefizit wird sich auch 1984 erhöhen

H.-A. SIEBERT/rtr, Washington

Unter dem Gewicht sich auftürmender Handelsdefizite und wachsender ausländischer Investitionen in den USA werde der reale, also inflationsbereinigte Wert des Dollars schließlich sinken, erklärte der Vorsitzende des wirtschaftlichen Beraterstabes des Weißen Hauses, Martin Feldstein, vor einem Kongreßausschuß. Eine solche Entwicklung sei auch deshalb zwingend, weil sich Geldanlagen in amerikanische Wertpapiere nicht beliebig ausdehnen ließen und die US-Leistungsbilanz eines Tages durch einen niedrigeren Dollarkurs ausgeglichen werden müsse.

Ohne wirtschaftspolitische Änderungen könne jedoch niemand sagen, wie lange die Paritätskorrektur dauere, fuhr Präsident Reagans Chefökonom fort. Durchaus möglich sei ein abrupter Wechsel, ausgelöst durch einen plötzlichen Vertrauensverlust. Obwohl die Terminmärkte für die kommenden zwölf Monate eine Abwertung des Dollars gegenüber der Mark um vier Prozent signalisierten, sei weder ein Rutsch um zehn Prozent noch ein weiteres Anziehen des realen Dollarwertes auszuschließen.

Das heißt im Klartext, daß auch die Reagan-Administration nicht weiß, wie es mit dem „Greenback", wie die US-Währung häufig genannt wird, weitergeht. Die Reduzierung der Sicherheit ausländischer Investitionen in Amerika oder die Rückkehr zu einer inflationären Geldpolitik seien zwar geeignete wirtschaftspolitische Instrumente, um den Dollarkurs schnell zu drücken. Sie kämen aber nicht in Frage, weil sie gegen die Interessen der Vereinigten Staaten gerichtet seien, betonte Feldstein. Für ihn gibt es nur eine Lösung: Entweder steigt das private Sparaufkommen in den USA oder die Rekordhaushaltsdefizite werden beschnitten.

Das Handelsbilanzdefizit der USA könnte nach Einschätzung von Feldstein im nächsten Jahr 100 Milliarden Dollar übersteigen. Er begründete seine Ansicht mit dem überbewerteten Dollar. In diesem Jahr werde das Handelsdefizit wahrscheinlich zwischen 60 und 70 Milliarden Dollar betragen und damit fast doppelt so hoch ausfallen wie 1982 mit 36 Milliarden Dollar.

Für die Dollarstärke machte Feldstein Washingtons fiskal- und geldpolitische „Mischung" verantwortlich. Allgemein habe sich die Erwartung durchgesetzt, daß die US-Notenbank in jedem Fall die preistreibende Wirkung der langfristigen Haushaltsdefizite durch einen restriktiven monetären Kurs neutralisieren werde.

Immer stärker unter Beschuß gerät im Kongreß der japanische Yen, der als erheblich unterbewertet gilt und nach Auffassung vieler Abgeordneter den USA schweren Schaden zufügt. Einige Kongreßmitglieder wollen Tokio zwingen, den japanischen Überschuß im Handel mit Amerika – im Finanzjahr 1983/84 rund 30 Milliarden Dollar – in den Vereinigten Staaten zu investieren. Das sei ebenso absurd wie die Wiedereinführung von Kontrollen, meinte Feldstein.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Nowea und Köln Messe gründen Tochtergesellschaft

Köln/Düsseldorf (dpa) – Die jahrelange Rivalität zwischen den beiden benachbarten Messestädten Köln und Düsseldorf soll durch eine neue Zusammenarbeit weiter abgebaut werden. Die „Köln Messe" und die Düsseldorfer Nowea wollen auf Beschluß der Aufsichtsräte eine gemeinsame Tochtergesellschaft ins Leben rufen, die noch im kommenden Jahr gegründet wird, teilte die Kölner Messegesellschaft mit. Die neue Organisation erhält die Aufgabe, die bisherigen Tätigkeiten bei Messen und Exportausstellungen im Ausland zusammenzufassen.

Automarkt Japan

Tokio (dpa/VWD) – Nach der jüngsten Aufhebung verschiedener Importrestriktionen sieht VW-Chef Carl Hahn in Japan ein enormes Absatzpotential auch für ausländische Autohersteller. Er rechnet damit, daß der Absatz von VW/Audi von rund 15 000 Fahrzeugen 1982 innerhalb der kommenden Jahre auf 25 000 gesteigert werden kann. Hahn äußerte sich in Tokio grundsätzlich positiv über eine Ausdehnung der Zusammenarbeit mit Nissan, schloß aber eine Gemeinschaftsproduktion mit dem zweitgrößten japanischen Autoproduzenten aus.

Obligationen überzeichnet

München (sz.) – Auf lebhafte Nachfrage sind die vom Freistaat Bayern angebotenen Kassenobligationen gestoßen. Bereits am ersten Tag der Ausschreibung waren sie stark überzeichnet. Vom bayerischen Finanzministerium wurde das Gesamtvolumen auf 400 Millionen Mark begrenzt, davon 250 Millionen für die erste Tranche mit 7,5prozentiger und 150 Millionen Mark für die zweite mit 7,75prozentiger Verzinsung. Wie verlautete, mußten erhebliche Repartierungen vorgenommen werden.

15 Jahre eurocheque

Frankfurt (DW.) – Anläßlich des 15jährigen Bestehens des eurocheque-Systems treffen sich am 28. Oktober 1983 mehr als 250 Vertreter europäischer Banken aus 39 Ländern in Lissabon zum 5. eurocheque-Kongreß. In den Vorträgen führender Bankiers und in Arbeitskreisen wird das Thema der internationalen Weiterentwicklung des eurocheques im Mittelspunkt stehen.

Abkommen mit Banken

New York (rtr) – Mexiko hat am Dienstag eine Reihe von Vereinbarungen mit internationalen Banken unterzeichnet und damit die Umschuldung von 98 Prozent der zwischen August 1982 und Ende 1984 fälligen Schulden des öffentlichen Sektors des Landes abgeschlossen. Nach Angaben von Bankenvertretern umfaßt die jüngste Unterzeichnung acht Abkommen zwischen den ausländischen Banken und staatlichen mexikanischen Firmen und Institutionen über die Refinanzierung von insgesamt 2,8 Milliarden Dollar über acht Jahre bei vier Freijahren.

Polnischer Handelskredit

London (rtr) – Der gegenwärtig zur endgültigen Entscheidung anstehende kurzfristige Handelskredit an Polen, der Teil der 1983er Umschuldung ist und in der nächsten Woche formell vereinbart werden soll, wird nach Angaben aus Bankenkreisen nur den vergleichsweise geringen Wert von 220 Millionen Dollar umfassen. Wie aus den Kreisen weiter verlautete, war mit einem Volumen von 715 Millionen Dollar gerechnet worden. Mit diesem Kredit werden effektiv rund 65 Prozent der Summe nach Polen zurückgeführt, die das Land in diesem Jahr an Zinsen westlichen Banken schuldet.

Entschuldigungsbrief

Washington (dpa) – US-Präsident Ronald Reagan hat einen Entschuldigungsbrief an 21 Demokraten im Repräsentantenhaus geschrieben und damit ein wesentliches Hindernis für die Zustimmung des US-Kongresses zu dem amerikanischen Anteil von 8,4 Milliarden Dollar an der Kapitalerhöhung des Internationalen Währungsfonds (IWF) aus dem Weg geräumt. Die Demokraten, die die Vorlage unterstützen, hatten von Reagan eine schriftliche Entschuldigung gefordert, nachdem die Republikaner sie der Kommunistenfreundlichkeit beschuldigt hatten.

ARGENTINIEN / Verpflichtungen werden erfüllt

Banken sind zuversichtlich

HANS HOFMANN, Buenos Aires

Die internationalen Banken glauben trotz der nationalistischen Züge im Endspurt des argentinischen Wahlkampfs nicht an entscheidende Schwierigkeiten bei den kommenden Auslandsschulden-Verhandlungen mit der künftigen Zivilregierung. „Schuldenverhandlungen", so ein Bankier in Buenos Aires, „sind immer schwierig, aber sie sollten bei beiderseitig gutem Willen zum Erfolg führen. Und damit rechnen wir."

Argentiniens Schulden werden nach den Berechnungen der argentinischen Zentralbank bis Ende des Jahres 40 Milliarden Dollar (104 Milliarden Mark) betragen; davon entfallen 31 Milliarden auf den öffentlichen Sektor. Die Präsidentschaftskandidaten der beiden großen argentinischen Parteien, Italo Luder (Peronisten) und Raul Alfonsin (Bürgerunion), haben versichert, daß Argentinien seine Verpflichtungen erfüllen werde. Sie forderten aber Neuverhandlungen, damit die Schuldenzahlung nicht zur Bremse für den notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung werde.

In diesem Jahr wurden und werden 19 Milliarden Dollar der öffentlichen und privaten Schulden fällig. Inzwischen wurden sechs Milliarden Dollar öffentlicher Schulden (sieben Jahre Laufzeit bei drei Freijahren) und 7,5 Milliarden privater Schulden (fünf Jahre Laufzeit bei drei Freijahren) umgeschuldet. Mit dieser Umschuldung wurden die 7,5 Milliarden zugleich zu öffentlichen Schulden, da sich das Schatzamt engagierte. In Bankenkreisen hieß es, man könne sich vorstellen, daß bei den 84er Verhandlungen mit der neuen Regierung längere Laufzeiten (bis zu neun Jahren) vereinbart werden könnten.

Die Umschuldung 1983 war mit Hilfe einer von den internationalen Banken vorfinanzierten Kreditlinie des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 1,1 Milliarden Dollar und eines mittelfristigen Kredits von 300 internationalen Banken in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar möglich. Die erste Tranche des Bankenkredits in Höhe von 500 Millionen Dollar soll am 28. Oktober ausbezahlt werden, wenn bis dahin weitere Umschuldungsverträge mit staatlichen Betrieben unterzeichnet worden sind. Mit den 500 Millionen Dollar will Argentinien die bereits fällig gewordene Quote eines Überbrückungskredits von 350 Millionen Dollar und Zinsrückstände des öffentlichen Sektors begleichen.

Am 15. November wird die zweite Tranche des IWF-Kredits in Höhe von 330 Millionen Dollar erwartet, obwohl Argentinien zwei wesentliche Zielvorgaben des IWF nicht erfüllt hat: die Inflationsbekämpfung (wahrscheinlich 400 im Vergleich zu den zugesagten 160 Prozent) und die Drosselung der Ausgabenpolitik des öffentlichen Sektors. (dpa/VWD)

STIFTUNG VOLKSWAGENWERK / Dividendenausfall beeinflußt Förderung kaum

Anträge werden nun härter geprüft

DOMINIK SCHMIDT, Bonn

Die Stiftung Volkswagenwerk, Hannover, Europas größte Wissenschaftsstiftung, rechnet nicht mit einer nachhaltigen Beeinträchtigung ihrer Fördertätigkeit infolge des Dividendenausfalls der Volkswagenwerk AG. Diese Ansicht vertraten Werner Remmers, Vorsitzender des Kuratoriums, und Rolf Möller, Generalsekretär der Stiftung, bei der Vorlage des Jahresberichts 1982 in Bonn. Allerdings dürfte der Trend einer strengeren Beurteilung der Antrags-Qualitätskriterien sich eher noch verstärken.

Bereits 1982 hat die Stiftung nur die Hälfte der insgesamt 1106 eingegangenen Anträge, nämlich 559, berücksichtigt. Die Summe der beantragen Mittel in Höhe von 222 Mill. DM wurde gleichzeitig um zwei Drittel auf 87,4 Mill. DM gekürzt. Im Geschäftsjahr 1982 erreichte die Stiftung mit Bruttoerträgen von 164 Mill. DM annähernd das Rekordergebnis des Vorjahres (167 Mill. DM). Davon entfielen wieder 71 Mill. DM auf Zinsen aus dem Bundesdarlehen und unverändert 50 Mill. DM aus anderen Anlagen des Stiftungsvermögens. Der Rest, 43 (46) Mill. DM, stammt aus Dividendeneinnahmen, die der Stiftung aus den Beteiligungen des Bundes und des Landes Niedersachsen an VW zustehen. In diesem Betrag sind allerdings 12,6 Mill. DM erstattete Kapitalertragsteuer enthalten.

Die ausgezahlten Förderungsmittel betrugen im vergangenen Jahr 128 (146) Mill. DM, neu bewilligt waren insgesamt 114 (121,5) Mill. DM. Die Stiftung zahlt die bereitgestellten Gelder erst aus, wenn sie tatsächlich benötigt werden. Von solchen bewilligten Mitteln sind 27 Mill. DM an das „Niedersächsische Vorab" geflossen. Das sind Vorhaben, die von der niedersächsischen Landesregierung vorgeschlagen werden und den Gegenwert der Landes-Dividende von VW ausmachen.

Die Stiftung konzentriert ihre Forschungsförderung derzeit auf 26 vorwiegend fächerübergreifende Schwerpunkte und Programme. Das erklärte Ziel, Ingenieur- und Naturwissenschaften Priorität gegenüber Geistes- und Gesellschaftswissenschaften einzuräumen, ist im Berichtsjahr erreicht worden: Erstmals seit fünf Jahren veränderte sich die Relation zugunsten der Naturwissenschaften (50:45). Zu den am höchsten dotierten Schwerpunktbewilligungen gehörten Forschungsarbeiten auf den Gebieten „Grundlagen technischer Verbrennungsvorgänge" (6,1 Mill. DM), „Verhalten metallischer und keramischer Werkstoffe unter Betriebsbedingungen" (5,9 Mill. DM) und „Mikrostrukturwissenschaft" (5,3 Mill. DM).

Ihre Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit sieht die Stiftung dadurch gefährdet, daß der Bundesrechnungshof und der Landesrechnungshof Niedersachsen Prüfungsansprüche geltend machen. Nach Ansicht der Stiftung genügen die bisherigen Prüfungen durch die staatliche Stiftungsaufsicht und durch die Treuarbeit den Erfordernissen. Der seit Jahren dauernde Rechtsstreit hat inzwischen das Bundesverwaltungsgericht erreicht.

Nachdrückliche Kritik äußerten die Stiftungssprecher an der Benachteiligung der gemeinnützigen Stiftungen durch die Körperschaftssteuerreform von 1977. Durch dieses Gesetz würden den Stiftungen jährlich 50 Mill. DM entgehen. Dies widerspreche dem Stiftungsgedanken.

In der Bilanz der VW-Stiftung stehen die Finanzanlagen mit 1297 (1306) Mill. DM zu Buche, die Sachanlagen mit 39 (40) Mill. DM. Sonstige Wertpapiere werden mit 235 (203) Mill. DM ausgewiesen, kurz- und mittelfristige Forderungen mit 43 (46,5) Mill. DM und flüssige Mittel mit 12 (10) Mill. DM. Vom Stiftungskapital in Höhe von 1345 (1341) Mill. DM entfallen unverändert 1074 Mill. DM auf satzungsgemäß „gewinnbringend anzulegendes Kapital". Die Förderungsverpflichtungen erhöhten sich auf 249 (230) Mill. DM.

NEUE BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Manfred Grathwohl: Energieversorgung – Ressourcen, Technologien, Perspektiven. Verlag Walter de Gruyter, Berlin – New York. 2. völlig neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage. 504 Seiten, 136 Mark.

Wen die Welt der Energie von heute – und vor allem die von morgen – fasziniert, der findet beim Dipl.-Phys. Dr. Manfred Grathwohl, Wissenschaftlicher Direktor an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, reichen Stoff zum Auffüllen des Wissens und für die gedankliche Skizzierung von Zukunftsperspektiven. Ob Fusion oder Fission, ob Hochtemperaturreaktor oder regenerative Energie, ob fossile Brennstoffe oder Nutzung der Geothermik, Grathwohl gibt Einblick und Ausblick in verständlicher Sprache. Ein umfassendes Buch nicht nur für Hochschullehrer und Energietechniker, sondern auch für Studenten, die bereit sind, mit der leicht verständlichen Sprache Grathwohls in die Tiefen der komplexen Energietechnik vorzustoßen. (Bm.)

Elisabeth Lang: Die Haftung für Fehler in Druckwerken, J. Schweitzer Verlag, München 1982, 128 S., 78 Mark.

Welche Rechtsnatur einem Vertrag über den Erwerb einer Druckschrift zukommt, ist eine der Fragen, mit denen sich die Autorin auseinandersetzt. Denn davon abhängig ist auch die Frage der vertraglichen Haftung für den Inhalt von Druckwerken. Der zweite Teil der Schrift beschäftigt sich dementsprechend mit der deliktischen Haftung und dort mit den Grundsätzen der Produzentenhaftung und ihrer Anwendung auf inhaltliche Fehler bei Druckwerken.

Guido Peruzzo: Heizkostenabrechnung nach Verbrauch, J. Schweitzer Verlag, München 1983, 101 S., 19,80 Mark.

Dieser Kommentar zur Verordnung über die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten liegt nach der Erstausgabe von 1981 nun bereits in zweiter Auflage vor. Nach der im März 1981 in Kraft getretenen Heizkostenverordnung wurde erstmals die Heizperiode 1981/82 abgerechnet. Den Fragen der Auslegung der Verordnung und Probleme der Abrechnung widmet sich der Autor in der vorliegenden Ausgabe.

Bernhard Großfeld: Unternehmensbewertung im Gesellschaftsrecht, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln 1983, 183 S., 46 Mark.

Die Rechtsqualität der Bewertungsfragen eines Unternehmens oder eines Anteils an diesem stehen im Mittelpunkt dieser Schrift. Die Elemente der Bewertung, die für die Auseinandersetzung einer Gesellschaft benutzt werden, stellt der Autor erstmals aus juristischer Sicht dar.

USA / Preise steigen wieder schneller

Vor allem Autos teurer

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA hat sich die Teuerungsrate deutlich beschleunigt, und es sieht so aus, daß sich die optimistischen offiziellen Stabilitätsprognosen für 1984 nicht halten lassen. Wie das Arbeitsministerium in Washington mitteilte, erhöhten sich die Verbraucherpreise im September um 0,5 Prozent, verglichen mit jeweils 0,4 Prozent in den beiden vorausgegangenen Monaten und 0,2 Prozent im Juni.

Unbereinigt hat sich der Index in den vergangenen zwölf Monaten zwar nur um 2,9 Prozent nach oben bewegt. Im dritten Quartal erreichte das Preisplus auf Jahresbasis jedoch 5,3 Prozent. Nahrungsmittel und Getränke verteuerten sich um 1,8, Wohnungen um 4,7, Bekleidung um 3,9, Autos um 9,8, medizinische Versorgung um 6,1, Unterhaltung um 4,5 und andere Güter und Dienstleistungen um 7,3 Prozent.

Der hauptsächlich von Detroit ausgelöste Preisschub wäre noch stärker ausgefallen, wenn in Amerika Benzin vergleichsweise nicht so billig sein würde. Im September lagen die Preise für Kraftstoffe um acht Prozent unter dem Höchststand von März 1982. Die Finanzierungskosten für Autos haben zum ersten Mal seit 13 Monaten im August und September angezogen – die lange Ära der Rabatte zur Ankurbelung der Verkäufe ist vorbei.

Der Index (1967 = 100) steht jetzt bei 301,8; das heißt, für einen Warenkorb, der vor 16 Jahren 100 Dollar kostete, müssen die Amerikaner heute 201,8 Prozent mehr bezahlen. Angesichts der Rekordhaushaltsdefizite und der starken Geldausweitung von Juli 1982 bis April 1983 schließen Fachleute für 1984 nun eine Inflationsrate von rund sieben (Administration: 4,4) Prozent nicht mehr aus, zumal die Kapazitätauslastung schon 78,1 Prozent erreicht hat und in der bevorstehenden Tarifrunde die Lohnerhöhungen auf sechs Prozent veranschlagt werden.

ÖFFENTLICHE VERSICHERER / Sparte Leben weist überdurchschnittliche Steigerungsraten im Neugeschäft aus

Sachschäden bereiten weiterhin große Sorgen

W. NEITZEL, Baden-Baden

Eine „leichte Wende zum Besseren" registrieren die öffentlich-rechtlichen Versicherer mit Blick auf die Marktentwicklung und ihr Umfeld. Man sei deshalb zuversichtlich, daß angemessene Zuwachsraten erzielt, die Sanierungsprobleme notleidender Versicherungssparten gelöst werden können und daß sich die Schädenbelastung auf ein „erträgliches Maß" einpendelt, konstatierte ihr Sprecher Georg Voß anläßlich der Jahrestagung der 39 Institute in Baden-Baden.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1983 registrierten die öffentlichen Versicherer in der Lebensversicherung eine starke Belebung im Neugeschäft. Es wurden Steigerungsraten von 17,1 Prozent bei der Stückzahl und von 24,8 Prozent bei der versicherten Summe erzielt, Raten, die deutlich über den entsprechenden Branchenwerten (11,1 oder 16,1 Prozent) liegen. Begründet wird diese Entwicklung besonders mit der Belebung im Wohnungsbau, die einen zusätzlichen Bedarf an Risikoversicherungen geschaffen haben.

In 1982 war das Neugeschäft der 12 öffentlichen Lebensversicherer zwar etwas hinter dem Vorjahresergebnis zurückgeblieben, doch nicht so stark wie das der ganzen Branche. Eingelöst wurden bei den öffentlichen Instituten rund 420 000 Verträge (plus 1,7 Prozent) über Versicherungssummen von insgesamt knapp 11 Mrd. DM. Leicht erhöht auf 3,6 Prozent hat sich die Stornoquote, doch liegt man hier auch günstiger als die Branche (5,4 Prozent).

Ein Sorgenkind ist auch für die öffentlichen Institute nach wie vor die Sachversicherung. Während die Brutto-Beitragseinnahmen um fast 10 Prozent auf knapp 3 Mrd. DM anstiegen, erhöhten sich die Schäden erneut um 5,6 Prozent auf 2,25 Mrd. DM. Mit der leicht auf 76 (Vorjahr: 79,1) Prozent verringerten Gesamtschadenquote sei „weder das rettende Ufer des finanzmathematischen Ausgleichs erreicht noch ein Trend in dieser Richtung erkennbar geworden", erklärte Voß. Höhere Schäden wurden insbesondere in der Feuerversicherung im industriellen Bereich, in der Verbundenen Wohngebäude-Versicherung, in der Einbruch-Diebstahl- sowie in der Sturm- und Elementarschäden-Versicherung registriert.

Die ersten sechs Monate des laufenden Jahres brachten bei deutlich abgeschwächtem Beitragszuwachs einen weiteren Anstieg der Schäden. Besorgt äußerte sich Voß darüber, daß die Brandstiftung an Aktualität gewonnen habe. Derzeit sei ungefähr ein Drittel sämtlicher Schäden eindeutig auf Brandstiftung zurückzuführen, während vor etwa zwei Jahrzehnten dieses Delikt lediglich 12 bis 15 Prozent der Aufwendungen ausmachte.

Zur wachsenden Kriminalisierung gehören die etwa 3600 Beraubungsfälle im vergangenen Jahr. Darüber hinaus erlebte der Fahrraddiebstahl (über 450 000 Stück in 1982) einen Boom. Die Sachversicherer seien deshalb bemüht, das Produkt Hausratversicherung „in absehbarer Zeit" in neuer Form auf den Markt zu bringen. In der Haftpflicht-Sparte werde in diesem Jahr noch ein technischer Gewinn erzielt – voraussichtlich aber niedriger als im Vorjahr.

Brutto-Beitragseinnahmen (Mill. DM)

	1982	1981
Lebensversicherungen	2 724	2 530
Steigerung (%)	7,7	11,2
Marktanteil (%)	8,1	8,1
Sachversicherungen	2 991	2 724
Steigerung (%)	9,8	9,4
Marktanteil (%)	26,9	26,6
HUK-Versicherungen	2 460	2 381
Steigerung (%)	3,3	9,4
Marktanteil (%)	10,1	10,1
ÖRAG Rechtsschutz	61	53
Steigerung (%)	14,6	14,2
Marktanteil (%)	3,1	2,9

WELLPAPPE

Produktion zieht wieder an

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Nachfrage nach Wellpappe zieht wieder an. Nach zwei Jahren mit sinkenden Produktionszahlen registriert der Verband der Wellpappenindustrie, in dem 38 der überwiegend mittelständischen Hersteller zusammengeschlossen sind, in den ersten neun Monaten dieses Jahres ein Produktionsplus von 3 Prozent; bis Ende des Jahres soll der Rückgang der letzten beiden Jahre kompensiert werden. Verbandsvorsitzender Wilfried Vollmer erwartet daraus positive beschäftigungspolitische Effekte, nachdem in den letzten beiden Jahren die Beschäftigtenzahl um knapp 10 Prozent auf rund 14 000 gesunken war.

Weitere erfreuliche Aspekte lassen sich für die Branche, die ein Drittel zum Produktionsumsatz des Packstoffbereiches Papier und Pappe (1982: 9,3 Mrd. DM) beiträgt, vorerst nicht ableiten. Denn der harte Wettbewerb in der Branche und die knappe Kalkulation der Abnehmerindustrien verhinderten die nach Angaben der Verbandssprecher notwendigen Preisanpassungen. Trotz gestiegener Absatzmengen blieb der Umsatz der Branche in diesem Jahr bisher knapp ein Prozent unter dem Vorjahreswert, nachdem er bereits 1982 um gut ein Prozent zurückgefallen war.

Die Entwicklung hat, wie Vollmer bei der Preisverleihung anläßlich des Branchenwettbewerbs „Goldene Welle" in Frankfurt betonte, dazu geführt, daß in den letzten beiden Jahren ein „Großteil der Wellpappenhersteller keinen Ertrag erwirtschaftet hat". Verschärft werde die Situation durch die Verteuerung des Kraftliners. Im Vollzug eines Anti-Dumping-Verfahrens hat die EG-Kommission die Preise für Kraftliner aus den USA (neben Skandinavien Hauptlieferant dieses Wellpappen-Rohstoffs) um 50 Dollar pro Tonne heraufgesetzt.

Dies und ansteigender Dollarkurs haben Kostensteigerungen um die 15 Prozent gebracht. Ab Januar sei mit weiteren Anhebungen der Rohstoffpreise in USA und Skandinavien zu rechnen.

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Anlauf zur Fusionskontrolle

ULRICH LÜKE, Straßburg

Das Europäische Parlament hat in dieser Woche einen neuen Anlauf für eine vorbeugende Fusionskontrolle in der Europäischen Gemeinschaft unternommen. Seit 1973 „schmort" im Ministerrat der EG ein Verordnungsentwurf der Kommission, mit dem schädliche Auswirkungen von Unternehmenszusammenschlüssen auf den Wettbewerb verhindert werden sollen. Grundsätzlich sollen jetzt von der Verordnung Zusammenschlüsse getroffen werden, nach denen die Unternehmen einen weltweiten Umsatz von mehr als 500 Millionen Ecu (ein Ecu = 2,25 DM) oder einen Anteil am Gemeinschaftsmarkt von über 20 Prozent erzielen.

Diese Zahlen stellen bereits ein Entgegenkommen gegenüber den Mitgliedstaaten dar; die Kommission hofft so, ihren Widerstand brechen zu können. Das Europäische Parlament ging in dieser Woche noch weiter und erhöhte auf Vorschlag des deutschen CDU-Europa-Abgeordneten Philip von Bismarck die Grenze auf 750 Millionen Ecu.

Von Bismarck, früher Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates erklärte in der Debatte: „Es ist für die EG eine zentrale Aufgabe, auch grenzüberschreitende Fusionen einer vorbeugenden Kontrolle zu unterwerfen, um so zu erreichen, daß der Wettbewerb nicht durch zu viele oder zu große Unternehmenszusammenschlüsse behindert wird." Nur ein „ausgewogenes Maß an Konzentration" sichere der europäischen Industrie auch im Bereich der neuen Technologien eine „gesunde mittelständische Struktur, die den internationalen Wettbewerb nicht zu fürchten braucht".

Für die Sozialdemokraten erklärte der frühere DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter, die Kommission solle ihren zehn Jahre alten Vorschlag besser zurückziehen und durch einen neuen ersetzen. Er stelle „keine angemessene Grundlage für die Ausübung einer Fusionskontrolle" mehr dar.

Gegen die Stimmen der Sozialisten nahm das Parlament überdies den jüngsten Wettbewerbsbericht der EG-Kommission an. Er kritisiert vor allem das Subventionsunwesen in der Gemeinschaft und fordert die volle Verwirklichung eines echten EG-Binnenmarktes.

NAMEN

Heinz Standinger (50) scheidet als Vertriebschef bei der Hoesch Hüttenwerke AG, Dortmund, spätestens bis Ende April 1984 aus. Er rückt ab Mai im Vorstand der GHH-Tochter Ferrostaal AG, Essen, an die Stelle von Stahlhandelschef **Wilhelm Haverkamp**, der in den Ruhestand geht.

Dr. **Giovanna Sturari**, Leiterin des Italia Trade Center im Italienischen Institut für Außenhandel (ICE), Düsseldorf, und Dr. **Ermete Romagnoli**, Leiter der ICE-Werbeabteilung, übernahmen neue Positionen in Houston/Texas (USA) und in der ICE-Zentrale in Rom.

Dr. **Arnd Julius** (42) ist zum Geschäftsführer der DAF Nutzfahrzeuge Deutschland GmbH, Langenfeld/Rheinland, berufen worden.

Staffan Panes (42), bisher Geschäftsführer bei Sandvik Espanola, wurde zum Geschäftsführer der Sandvik Process Systems Division, Fellbach b. Stuttgart, ernannt.

Hubert Haslauer ist als Leiter der Zentralen Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit der Philips Kommunikations Industrie AG aus dem Unternehmen ausgeschieden. Die Abteilung wird kommissarisch von Dr. **Klaus Volkholz** geleitet.

Erhard Bouillon, Vorstandsmitglied der Hoechst AG, ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Hannoverschen Lebensversicherung a. G. gewählt worden. Sein Stellvertreter ist **Adolf Morsbach**, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Haftpflichtverbands der Deutschen Industrie VVaG, Hannover.

BAYERNWERK / Keine Preiserhöhung 1984 – Festhalten am Kohlevertrag

Mit Kernkraft in die schwarzen Zahlen

DANKWARD SEITZ, München

Die Bayernwerk AG, München, die im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) im Konzernabschluß einen Fehlbetrag von 116 (Vorjahr: plus 109) Mill. DM ausweisen mußte, wird für das gerade abgelaufene Jahr wieder schwarze Zahlen präsentieren können. „Wir sind nicht unzufrieden", meinten Hans Heitzer und Jochen Holzer vom Vorstand, auch wenn das Ertragsziel „noch nicht ganz erreicht" werden konnte. Vor allem bei den Rücklagen bestehe noch ein gewisser Nachholbedarf. Für eine Dividenden-Aussage sei es aber noch zu früh; für 1981/82 wurden 7 Prozent ausgeschüttet.

Zu dem verbesserten Jahresergebnis trugen den Angaben zufolge insbesondere die hohe Verfügbarkeit (bis zu 98 Prozent) der Kernkraftwerke Isar 1 und Grafenrheinfeld bei. Dadurch sei es möglich gewesen, die Fremdstrombezugskosten um rund 30 Prozent zu senken. An der Stromabgabe, sie erhöhte sich 1982/83 um etwa 13 Prozent, war die Kernenergie mit rund 45 Prozent beteiligt. Nach ersten Schätzungen stiegen die Umsatzerlöse der AG um rund 11 Prozent auf etwa 2,8 Mrd. DM und im Konzern um 7,3 Prozent auf rund 4,4 Mrd. DM.

Für einen Gang an die Börse, so meinten Heitzer und Holzer, sei die Dividende des Unternehmens „nicht sonderlich attraktiv", auch habe man keinen Kapitalbedarf. Die Finanzierung der beschlossenen Investitionen – in den nächsten fünf Jahren will der Konzern 3,3 Mrd. DM für neue Kraftwerke und 2,2 Mrd. DM für das Stromnetz bereitstellen – sei gesichert. Wenn keine neuen Großprojekte notwendig würden, könne auf eine Erhöhung des Kapitals von derzeit 931,65 Mill. DM verzichtet werden.

Angesichts des erfolgreichen Betriebs der Kernkraftwerke versicherte der Vorstand, die Strompreise im kommenden Jahr nicht anzuheben. „Mit einem vernünftigen Strompreisniveau" wolle man „das zarte Pflänzchen ‚Konjunkturbelebung' am Wachsen und Gedeihen halten". Als Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs wertet man, daß der Zuwachs des Stromverbrauchs in Bayern um 3,5 Prozent in den ersten neun Monaten 1983 hauptsächlich von der Industrie (plus 4 Prozent) getragen wurde.

Nachdrücklich betonte der Vorstand, daß das Bayernwerk auch in Zukunft auf der Basis des Steinkohle-Jahrhundertvertrags zur Erhaltung dieses heimischen Energieträgers beitragen wolle. Man werde alle Verpflichtungen erfüllen, was aber voraussetze, daß alle anderen Energieversorger sich an diesen Vertrag halten.

Neue Finanzierung für den Mittelstand

Wz. Berlin

Ein neues Finanzierungsinstrument für Selbständige und für mittelständische Unternehmen in Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen hat sich die Sparkasse der Stadt Berlin West einfallen lassen: Auf privatwirtschaftlicher Basis (ohne staatliche Unterstützung) gründete sie eine Kapitalbeteiligungs-GmbH mit einem Stammkapital von zunächst 5 Mill. DM.

Wie der Vorstandsvorsitzende des Kreditinstituts, Hubertus Moser, hierzu erläuterte, geht es nicht um ein neues Kreditprogramm, sondern vielmehr darum, interessierten Betrieben – vorwiegend des eigenen Kundenkreises – als „stille Gesellschafter" neues Eigenkapital zuzuführen. Allerdings werden Neugründungen nicht ausgeschlossen.

Diese Finanzierungsform sei besonders für Betriebe geeignet, die neue Produkte auf den Markt bringen wollen und an eine Erweiterung oder Modernisierung denken, sagte Moser. Im Gegensatz zu den Risikokapital- und Wagnisfinanzierungsgesellschaften ist dabei diese Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft freilich nicht in Form und Konditionen festgelegt, sie richtet sich eher nach den Gegebenheiten des Einzelfalls aus.

Was den mittelständischen Unternehmen heute vielfach fehle, ist nach Ansicht von Moser Eigenkapital, um sich dem wirtschaftlichen und technischen Wandel anzupassen. Diese Lücke soll die neue Gesellschaft ausfüllen.

Vorstandssprecher scheidet aus

DANKWARD SEITZ, München

Nach über 17jähriger Tätigkeit im Vorstand der Rosenthal AG, Selb, scheidet Vorstandssprecher und Finanzchef Albert Kaltenthaler „im gegenseitigen Einvernehmen" aus dem „aktiven Dienst" des Unternehmens aus. Wie es heißt, wird er sich künftig unternehmerischen Beratungsaufgaben international widmen und in diesem Rahmen auch das Haus Rosenthal, dem Kaltenthaler seit 26 Jahren angehörte, sowie verbundene und befreundete Unternehmen beraten. Für Branchenkenner kommt dieser Schritt Kaltenthalers nicht ganz überraschend, da sein Verhältnis zum Aufsichtsratsvorsitzenden Philip Rosenthal in letzter Zeit nicht immer spannungsfrei gewesen sein soll. Das Finanzressort wird künftig von Vorstandsmitglied Dietrich Müller geleitet, der gleichzeitig den Vorsitz im Aufsichtsrat der Rosenthal Glas und Porzellan AG übernimmt. Edgar Lutz, Vorstandssprecher der Rosenthal Technik AG, übernahm die Unternehmensplanung für die gesamte Gruppe. Zum ordentlichen Vorstandsmitglied wurde Rudolf Stilcken berufen.

Für das laufende Jahr berichtet Rosenthal von einer Geschäftsbelebung, so daß nach dem nicht voll befriedigenden Jahr 1982 ein verbessertes Ergebnis erwartet werden kann. Bei Glas und Porzellan sei der Umsatz per Ende September 1983 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 2 Prozent gestiegen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: **Burgwedel:** Claus-Reprotechnik Burgwedel GmbH; **Düren:** Erika Oepen, Gastwirtin; **Hamburg:** Freies Wohnungsunternehmen Lorenzen & Sohn GmbH & Co. KG; **Hannover:** Renate Hakemeyer, Kauffrau, Langenhagen 1; **Heilbronn (Neckar):** Walko Schweißanlagen GmbH; **Landshut:** Herbert Herelles GmbH, Eggenfelden; **Langen:** Rosi's Boutique Internationale Damenmoden GmbH; **München:** E. I. A. elektronische Industrieanlagen Vertriebsges. mbH i. Liquidation; Rainer Hansen, Fürstenfeldbruck; **Offenbach/M.:** Heizungs- u. Klimatechnik P. Hoppenstaedt GmbH; **Salzgitter:** Nachl. d. Franz Schwarzkopf; **Siegen:** Nachl. d. Helmut Baumgarten, Neunkirchen; **Wesel:** August Schmidt KG; Günter Schmidt, Kaufmann; **Wuppertal:** EBM Grundverwertungs- u. Verwaltungsges. mbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: **Beckum:** Holzwarenfabrik Renfert GmbH; **Berlin Charlottenburg:** Fritz Schmidt; **München:** Edith Hohenwarter, Inh. e. Trachten- u. Freizeitmoden E. + H. Hohenwarter.

Konkurs beantragt: **Albstadt:** Werner Nestle.

Vergleich beantragt: **Alfeld/Leine:** Motorgerätevertrieb Freytag, Rentschler u. Partner GmbH, Winzenburg; **Freiburg i. B.:** a) Bernhard Krebs Holzindustrie GmbH & Co. KG b) Krebs Beteiligungs GmbH, Friedenweiler; **München:** Franz Trischler, Werkzeuge, Maschinen, Schweißtechnik; **Seligenstadt:** INFORG Informatik & Organisation GmbH.

HWWA / Ehemalige Zentralstelle des Kolonialinstituts feiert ihren 75. Geburtstag

Forschung nach dem Krieg verstärkt

J. BRECH, Hamburg

Das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, besteht in diesen Tagen 75 Jahre. 1908 als „Zentralstelle des Kolonialinstituts" gegründet, gehört das HWWA heute zu den fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten der Bundesrepublik. Den jetzigen Namen erhielt das HWWA Anfang 1970. Die Umbenennung erfolgte im Zusammenhang mit der nach dem Krieg erheblich ausgeweiteten praxisnahen Forschung.

Die Aufgaben nach der Gründung bestanden zunächst in der Ausbildung von Fachleuten, vor allem von Verwaltungsbeamten, für die deutschen Kolonien und in der Sammlung und Auswertung von Informationsmaterial für die hamburgische Kaufmannschaft. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Institut in „Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv" (HWWA) umbenannt. Das HWWA stellte in der Folgezeit Wirtschaft, Wissenschaft, Presse und Verwaltung zunehmend Informationen zur Verfügung, in dem das Presse-Ausschnitt-Archiv ausgebaut und eine Bibliothek errichtet wurden.

Die HWWA-Bibliothek umfaßt inzwischen mehr als 800 000 Bände. Die Presse-Ausschnitt-Archive verfügen über mehr als 14 Millionen Zeitungsausschnitte. Jährlich kommen rund 300 000 Ausschnitte und 20 000 Bände hinzu. Die Dienste des HWWA werden jährlich etwa von 55 000 Menschen genutzt, denen 3500 Zeitschriften, 80 Tageszeitungen, gut 9000 Jahrbücher, 3600 Geschäftsberichte sowie zahlreiche nationale und internationale Statistiken zur Verfügung stehen.

Die Schwerpunkte der Forschung liegen der Tradition des HWWA entsprechend in der Beschäftigung mit weltwirtschaftlichen Problemen sowie in der Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik und ihren weltwirtschaftlichen Verflechtungen. Die regelmäßigen Konjunkturanalysen und -prognosen des Instituts gelten in Wirtschaft und Politik als wichtige Entscheidungshilfen. Außerdem veröffentlicht das HWWA Arbeiten über Wirtschaftsstrukturprobleme, die Wirtschaftsbeziehungen der Industrieländer untereinander, das Verhältnis zu den Staaten der Dritten Welt heute, zu den sozialistischen Staaten. Von den insgesamt 240 Mitarbeitern sind gut ein Drittel Wissenschaftler.

Die Reputation als Institut für empirische Wirtschaftsforschung und als umfassender Anbieter von Wirtschaftsinformationen verdankt das HWWA nicht zuletzt seinen drei Leitern in der Nachkriegszeit. Die Forschungstätigkeit wurde 1948 von Prof. Clodwig Kapferer begonnen, von seinem Nachfolger Heinz-Dietrich Ortlieb und dem jetzigen Präsidenten Armin Gutowski fortgesetzt und ausgebaut.

Rückschläge am Aktienmarkt

Gewinnmitnahmen ließen einige Kurse zweistellig fallen

DW. – Zunehmende Gewinnmitnahmen inländischer Anleger bei gleichzeitigem Rückgang ausländischer Kaufaufträge sorgten in zahlreichen deutschen Spitzenaktien für spürbare Kurseinbußen. Die veränderte Situation wird sowohl mit technischen Reaktionen erklärt, die nach den ungewöhnlichen Kurssteigerungen in den vergangenen Tagen überfällig waren, aber auch mit der durch die Vorgänge auf Grenada in der Karibik entstandenen weltpolitischen Unsicherheiten. Sie dürfte einige US-Institutionen veranlaßt haben, die Käufe deutscher Aktien zunächst einmal zu stoppen. Bemerkenswert war, daß auf ermäßigter Basis bereits erste Rückkäufe eingesetzt haben.

Am augenfälligsten waren die Tagesverluste bei Daimler (minus 14 DM) und Mercedes (minus 21 DM). Angeblich sollen Tauschoperationen zugunsten der VW-Aktien stattgefunden haben. Damit wird der geringe Abschlag des VW-Kurses um nur 0,50 DM erklärt. Siemens, vorbörslich noch zu 396 DM *gehandelt, schlossen zu 383 DM.*

Düsseldorf: Rheag erhöhten sich um 10 DM auf 390 DM, Heinrich Lehmann befestigten sich um 6 DM auf 215 DM und Hochtief zogen um 5 DM auf 465 DM an. DAT sanken um 9 DM auf 325 DM, Stolberger Zink ermäßigten sich um 15 DM auf 1005 DM und Pongs und Zahn gaben um 4 DM auf 81 DM nach.

Frankfurt: Am Mittwoch war die Aktienbörse durch Gewinnmitnahmen des Berufshandels als Reaktion auf die absoluten Höchstkurse vom Vortag abgeschwächt. Die Standardwerte verloren meistens bis zu 3 DM, vereinzelt gab es größere Verluste, vor allem bei einigen Autowerten als bisherige Favoriten, so Daimler 678 DM (minus 14 DM) und BMW 410 DM (mi*nus 7,30 DM). Nebenwerte* waren wenig verändert, Rheinmetall 288 DM (minus 11 DM) und von Versicherungen Allianz Leben 2900 DM (minus 99 DM) und Thuringia 700 DM (minus 22 DM).

Hamburg: Beiersdorf stiegen um 3 DM auf 350 DM, leichter lagen HEW bei 108,50 DM minus 1 DM, NWK-Vz verminderten sich um 1 DM auf 170 Dm. Reichelt wurden zu 93,50 DM plus 2,50 DM gehandelt. Vereins- und Westbank blieben mit 311 DM unverändert.

München: Agrob St. verminderten sich um 7 DM auf 361 DM und Flachglas sanken um 2 DM auf 286 DM. Gehe AG erhöhten sich um 1 DM auf 249 DM, NAK Stoffe zogen um 2,50 DM auf 358,50 DM an und Süd Chemie befestigten sich um 4 *DM auf 349 DM.*

Berlin: Orenstein verbesserten sich um 2,80 DM. DUB-Schultheiss, Herlitz Vorzüge und Kötitzer lagen um 1 DM geringfügig freundlicher. Rheinmetall mußten ein Minus in Höhe von 6 DM hinnehmen. Dt. *Hyp. Berlin wurden um 4 DM, Be*kula um 2,50 DM und Herlitz Stämme um 2 DM zurückgenommen.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Mailand

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Paris

Hongkong

Sydney

Singapur

Optionshandel

Frankfurt: 26. 10.: 1169 Optionen = 58 900 (65 250) Aktien, davon 148 Verkaufsoptionen = 7550 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-75/10, 1-80/8, 1-85/5, 1-90/2,90, 4-90/7, 4-95/5,60, 790/11, 7-95/8,50, 7-100/8, Siemens 1-330/70, 1-360/35, 1-370/28, 1-380/23,80, 1-390/19,80, 1-400/17, 1-410/13, 1-420/7, 4-350/55, 4-360/45, 4-370/40, 4-390/25, 4-400/23,50, 4-410/17,50, 4-420/11, 4-430/6,60, 7-400/28,20, 7-410/27, 7-430/16, 7-440/10, Veba 1-180/4,50, 1-190/3,50, BASF 1-134,30/25, 1-150/12, 1-160/6,50, 4-150/19,45, 4-160/11,50, 4-170/7,90, 4-180/4,05, 7-160/17,45, Bayer 1-150/11, 1-156/7, 1-160/7, 1-170/3,80, 4-160/11,20, 4-170/6,65, Hoechst 1-170/7,50, 1-180/4,10, 4-180/8, 7-190/8,25, BMW 1-330/86,25, 1-410/30, 1-440/9, 4-440/17, 7-410/58,65, 7-430/49,80, 7-440/30, VW 1-160/74, 1-170/62, 1-180/48, 1-190/39, 1-210/29, 1-220/19, 1-230/11, 1-240/8,20, 1-250/4,50, 4-230/22,50, 4-240/18, 4-250/12,50, 4-270/5,30, 7-220/29, 7-240/22, 7-250/16, 7-260/15,40, 7-280/9, Conti Gummi 1-120/5, 1-130/1,50, 4-120/8,10, 4-130/3,60, 7-120/11, Lufthansa St. 1-130/4,80, Commerzbank 1-160/23,90, 1-180/8, 1-190/4,50, 1-250/2,40, 4,170/20, 4-190/8,50, 4-200/5, 7-190/20, 7-190/12,80, 7-210/8, Dt. Bank 1-320/17, 1-330/10, 4-320/24, 4-330/18,50, 4-340/13, 7-330/32, 7-360/12,50, Dresdner Bank 1-180/8,20, 1-190/5,50, 1-200/2,60, 4-170/24,60, 4-180/16, 4-190/10, 4-200/2,60, 7-190/15, 7-200/9,50, 7-220/5, Hoesch 1-90/11, 1-100/5, 4-95/13,40, 4-110/4,60, 7-120/5, Mannesmann 1-140/8, 1-150/3,30, 1-160/1,30, 4-140/14, 4-150/8,30, 4-160/3, 7-140/18, 7-160/8, Thyssen 1-75/12, 1-80/7,90, 1-85/3,90, 1-90/3,40, 4-85/8, 7-80/13,20, 7-90/8, 7-100/5,10, Bayer Hypo. 1-300/10,50, Bayr. Vereinsbank 1-320/19,40, Daimler 1-680/34,75, 1-690/45, 1-700/35, 1-720/28,60, 4-680/60, 4-700/40, 7-700/88, 7-710/79, 7-720/69, Babcock St. 1-180/15,60, Degussa 4-370/14,40, Kali und Salz 4-210/24, Karstadt 1-270/28,20, 7-280/27,20, Kaufhof 1-270/11, 4-280/13, Klöckner 1-45/1,75, 4-40/5,40, 4-43/4,80, 7-50/2,80, Linde 1-390/25,60, Mercedes 1-520/110, 1-620/30, 4-600/70, 7-630/60, RWE St. 1-180/6, 4-180/11, 4-190/8, 7-190/7, Vz. 4-180/9, Rütgers 1-330/8,60, Schering 1-370/15,60, 7-350/55, 7-380/29, VEW 7-140/6, Chrysler 1-80/3,45, 4-80/9,30 IBM 4-340/38, Litton 1-160/14,50, Philips 4-40/6, Royal Dutch 7-120/16, Elf 4-60/4,40, Verkaufsoptionen: AEG 1-85/3,50, 4-80/1,90, 4-85/4,40, 7-85/6,20, Siemens 4-350/3,60, Hoechst 4-160/2,50 BMW 1-460/18 4-380/5, 7-380/7,20, VW 1-220/2,50, 4-230/8, 4-240/15, 7-220/5,40, Conti Gummi 1-110/1,60, 1-120/4,20, 4-110/2,50, 4-120/5,50, 7-120/6,20, Lufthansa St. 7-120/3, Vz. 7-120/3, Commerzbank 4-180/7, Dt. Bank 1-320/6, 4-300/5,50 4-320/7,80, Dresdner Bank 1-170/1,50, 1-180/4, Hoesch 1-100/3,70, 4-110/12, 7-110/12,10, Mannesmann 1-150/10,60, 4-150/11, 7-150/11,50, Preussag 4-270/13, Thyssen 4-75/2,75, 4-85/6, 7-75/4,90, BBC 1-230/5,05, Daimler 1-670/12, 1-680/15, GHH St. 1-140/4,60, Kali und Salz 7-210/10,20, Mercedes 4-620/60, RWE St. 4-180/5,20, Varta 1-170/1,70, Chrysler 1-80/4,90, Litton 1-160/5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26. 10.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9¾	5½–5¾	3¾–4⅛
3 Monate	9½– 9¾	5¾–6	4⅛–4½
6 Monate	9⅝– 9⅞	5¾–6	4¼–4⅝
12 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6⅜	4⅜–4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1430,00	1744,20
10 US-Dollar (Indian)**)	1113,00	1319,31
5 US-Dollar (Liberty)	450,00	604,20
1 £ Sovereign alt	237,00	292,98
1 £ Sovereign Elizabeth II	232,00	287,28
20 belgische Franken	185,00	239,28
10 Rubel Tscherwonez	248,00	310,08
2 südafrikanische Rand	234,00	288,42
Krüger Rand, neu	1050,00	1236,90
Maple Leaf	1050,00	1236,90
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	248,00	314,64
20 schweiz. Franken „Vreneli"	205,00	257,64
20 franz. Franken „Napoléon"	199,00	250,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	969,00	1168,50
20 österr. Kronen (Neuprägung)	194,00	243,96
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	440,00	541,50
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

26. 10. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs4)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York3)	2,6091	2,6171	2,5876	2,56	2,65
London1)	3,906	3,920	3,880	3,83	3,98
Dublin1)	3,100	3,114	3,057	3,10	3,16
Montreal3)	2,1169	2,1249	2,1024	2,06	2,15
Amsterd.	88,890	89,110	88,65	87,75	89,75
Zürich	123,130	123,330	123,28	121,75	124,50
Brüssel	4,903	4,923	4,868	4,70	4,92
Paris	32,720	32,880	32,21	31,75	33,50
Kopenh.	27,630	27,750	27,38	26,50	28,50
Oslo	35,430	35,550	34,86	34,50	36,25
Stockh.**)	33,460	33,620	33,04	32,50	34,25
Mailand2) **)	1,640	1,650	1,597	1,59	1,69
Wien	14,208	14,240	14,205	14,10	14,32
Madrid**)	1,720	1,730	1,656	1,64	1,76
Lissabon**)	2,100	2,120	1,98	1,50	2,30
Tokio	1,1205	1,1235	–	1,07	1,13
Helsinki	46,150	46,350	45,18	45,00	46,75
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,43
Athen*) **)	2,763	2,817	–	2,07	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3895	2,4085	–	2,33	2,43
Johannesbg.*)	2,3040	2,3230	–	2,15	2,40

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Einen kontinuierlichen Anstieg nahm der Dollarkurs von 2,6040 zu Beginn bis 2,6150 am Nachmittag und erreichte damit das gleiche Niveau wie am Vortag in New York, wo der Rückgang der Auftragseingänge für langlebige Wirtschaftsgüter enttäuschte und zusammen mit den Fedfundsrückgang auf 9 Prozent für das Eröffnungsniveau verantwortlich waren. Das Defizit in der deutschen Leistungsbilanz im September in Höhe von 600 Mill. DM enttäuschte etwas und brachte der D-Mark keinen positiven Aspekt. Man hatte vielmehr im Markt den Eindruck, daß die vorhandenen politischen Verwicklungen den Dollar begünstigen. Die amtliche Notiz wurde am 26. 10. auf 2,6131 festgesetzt. Die Bundesbank gab zum Marktausgleich einen kleinen Betrag von 1,7 Mill. Dollar ab. Auch gegenüber den anderen Währungen mußte die D-Mark Kursverluste hinnehmen. *Lediglich der Gulden notierte schwächer.* US-Dollar in: Amsterdam 2,9375; Brüssel 53,23; Paris 7,9700; Mailand 1590,05; Wien 18,3110; Zürich 2,1205; Ir. Pfund/DM 3,107; Pfund/Dollar 1,4975; Pfund/DM 3,913.

Ostmarkkurs am 26. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,50; Verkauf 20,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Eine geringfügige Abschwächung der Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozent bewirkte am 26. Oktober eine leichte Verengung der Dollar/DM-Swapsätze.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Pfund/Dollar	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Pfund/DM	[illegible]	[illegible]	[illegible]
FF/DM	27/13	[illegible]	[illegible]

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26. 10.: Tagesgeld 5,5 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld [illegible] Prozent.

Privatdiskontsätze am 26. 10.: 10 bis 29 Tage [illegible] G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage [illegible] G/[illegible] B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 26. 10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) [illegible] – [illegible] – 8,00 (7,11) – [illegible] (7,42) – [illegible] – [illegible]. Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – [illegible] – [illegible] – [illegible] (7,60) – [illegible] – 10,00 [illegible]. Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr [illegible], 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs [illegible], Rendite [illegible].

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Renten weiter unsicher

Der Rentenmarkt wurde sowohl durch die leichte Befestigung des Dollar irritiert als auch durch den etwas schwächeren Bonds-Markt in den USA. Die Umsatztätigkeit in den festverzinslichen Papieren blieb gering. In den öffentlichen Anleihen kam es zu minimalen Schwankungen. Meinungsverschiedenheiten gab es über die zu erwartende Ausstattung der neuen Bundesanleihe. Es wird befürchtet, daß der Bund einen achtprozentigen Nominalzinssatz durchsetzen will, nachdem seine letzte Anleihe noch einen Nominalzinssatz von 8,5 Prozent aufzuweisen hatte. DM-Auslandsanleihen bei ruhigem Geschäft kaum verändert, Pfandbriefe ohne eindeutige Tendenz.

	26. 10.	25. 10.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	90,25TG	90,25TG
6 dgl. Pf 20	81bG	81G
6½ dgl. Pf. 2	86G	94,5G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,25bG
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
8½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,25G	123,25G
5½ dgl. Pf 11	130G	130G
6 dgl. Pf 34	77G	77bG
6 dgl. KO Pf 50	99,65G	99,65G

	26. 10.	25. 10.
Br 6½ dgl. Pf 77	93,3G	93,3G
6 dgl. Pf 42	89,8G	89,8G
8½ dgl. Pf 47	101,8G	101,8G
F 5 Frt. Hypbk. Pf 66	68G	68G
5½ dgl. Pf 58	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78	78
6 dgl. Pf 130	91,5G	91,5G
6½ dgl. Pf 133	88,5T	88,5T
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	89,25	89,25

	26. 10.	25. 10.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99G	99G
M 6 Südboden Pf 41	89G	89G
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93,75G	93,75G
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95,5G
7 dgl. KS 48	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98G	98G
8 dgl. KS 133	99,25TG	99,25TG
8½ dgl. KS 132	101,5G	101,5G

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Sonderinstitute

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Zu größeren Einbußen kam es dagegen bei Kupfer. Kaffee zeigte lediglich im verfügbaren Monat Verluste, während alle weiteren Sichten fester notierten. Gewinne in allen Kontrakten verbuchte dagegen Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	25. 10.	24. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	365,00	362,50
März	379,25	377,00
Mai	378,00	376,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif		
St. Lawrence 1 CW	238,70	240,30
Amber Durum	249,25	249,65
Roggen Winnipeg (can $/t)		
Okt.	143,10	144,10
Dez.	151,10	145,10
März	158,10	153,10
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	132,00	131,50
Dez.	129,00	127,10
März	127,50	124,70
Hafer Chicago (c/bush)		
Dez.	190,75	185,00
März	198,50	195,00
Mai	202,50	198,50
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	347,50	341,50
März	346,50	338,50
Mai	347,25	339,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	139,30	135,10
Dez.	135,50	132,40
März	136,90	134,50

Genußmittel

	25. 10.	24. 10.
Kaffee New York (c/lb)		
Dez.	143,20	143,50
März	140,60	140,50
Mai	137,20	136,75
Kakao New York ($/t)		
Dez.	1965	1927
März	1993	1957
Terminkontr. Mai	2020	1980
Umsatz	3400	3886
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,50	9,59
März	8,88	10,08
Mai	10,23	10,57
Juli	10,54	10,90
Sept.	10,73	11,15
Umsatz	14 205	13 090
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	9,40	9,72
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Nov.	1896–1897	1931–1933
Jan.	1896–1898	1910–1912
März	1844–1846	1841–1842
Umsatz	4459	2032
Kakao London (£/t) Terminkontrakt Dez.	1414–1417	1435–1436
März	1420–1421	1437–1439
Mai	1433–1434	1448–1450
Umsatz	2701	1965
Zucker London (£/t) Rohzucker Dez.	157,75–158,25	165,00–166,25
März	163,15–163,25	169,75
Mai	168,55–168,75	174,75
Umsatz	4812	2260
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	300,00	295,00
weißer Sarawak	445,00	425,00
weißer Muntok	447,50	427,50
Orangensaft New York (c/lb)		
Nov.	126,90	125,30
Jan.	121,60	120,80
März	119,60	119,00
Mai	118,40	118,00
Juli	118,20	118,00
Umsatz	200	–

Öle, Fette, Tierprodukte

	25. 10.	24. 10.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	53,00	53,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	27,50	27,50
Sojaöl Chicago (c/lb) Dez.	29,25	28,85
Jan.	29,45	29,10
März	29,95	29,60
Mai	30,05	29,85
Juli	30,05	29,80
Aug.	29,40	29,00
Sept.	27,85	27,50
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	30,50	30,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	18,50	18,50
Choise white hog 4% fr. F.	15,50	15,00
Talg New York (c/lb) top white	17,00	17,00
fancy	16,50	16,50
bleichfähig	16,25	16,25
yellow max. 10% fr. F.	14,50	14,50
Schweine Chicago (c/lb) Dez.	42,35	42,75
Febr.	45,30	45,75
April	45,45	45,60
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	58,90	59,75
März	59,20	60,20
Mai	61,05	61,20
Häute Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	55,00	55,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Nov.	841,00	824,00
Jan.	860,00	840,00
März	871,00	854,00
Mai	877,00	858,50
Juli	872,00	854,00
Aug.	845,00	830,00
Sept.	764,00	752,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Dez.	236,00	230,00
Jan.	237,00	231,50
März	238,80	233,00
Mai	238,00	232,50
Juli	237,50	232,50
Aug.	229,00	222,00
Sept.	214,50	210,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t) Okt.	380,50	375,00
Dez.	385,30	378,00
März	359,40	332,10
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	38,75	39,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	1040,00	1045,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	605,00	600,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	680,00	670,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	198,00	193,00
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	895,00	880,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	321,00	316,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	25. 10.	24. 10.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2		
Dez.	79,72	79,02
März	81,20	80,25
Mai	81,50	80,90
Juli	81,80	81,00
Okt.	76,25	76,05
Dez.	75,20	75,20
Kautschuk New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1	59,50	59,50
Wolle London (Pence/kg) Kreuzz. Nr. 2		
Dez.	412–414	413–415
Jan.	411–414	413–415
März	413–415	417–419
Umsatz	133	21
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge		
Dez.	48,30	geschlossen
März	46,80	geschlossen
Mai	47,20	geschlossen
Juli	47,50–48,30	geschlossen
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype		
Dez.	559,0–559,5	558,0–569,0
März	579,5–579,5	578,5–580,0
Mai	590,0–590,5	589,0–593,0
Umsatz	47	32
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager		
Okt.	13 596	13 466
Nov.	13 615	13 565
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	77,75–79,00	78,00–79,00
Nov.	79,00–78,50	79,80–79,90
Dez.	77,50–78,00	78,50–79,90
Jan/März	79,40–78,60	79,40–79,60
Tendenz: unsicher		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Nr. 1 RSS loco	255,50–256,50	255,00–256,00
Okt.	257,50–258,50	258,00–260,00
Nov.	263,50–264,50	263,75–264,50
Nr. 2 RSS Okt.	250,50–251,50	251,00–252,00
Nr. 3 RSS Okt.	247,00–248,00	247,50–248,50
Nr. 4 RSS Okt.	240,50–241,50	241,00–242,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	24. 10.	21. 10.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	26. 10.	25. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,98–109,07	109,48–109,87
drittfolg. Monat	112,50–112,60	113,00–113,10
Zink: Basis London		
laufend. Monat	230,30–230,69	228,74–229,13
drittfolg. Monat	235,79–235,98	234,21–234,40
Produz.-Preis	242,08	229,30
Reinzinn 99,9%	3658–3694	3657–3683

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	26. 10.	25. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	369,46–371,82	374,77–377,12
Blei in Kabeln	116,75–117,75	117,25–118,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über ihre höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	26. 10.	25. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	344–354	348–358
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	388–390	389–391
MS 63	383–387	387–391

Zinn-Preis Penang

	26. 10.	25. 10.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,08	30,09

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	26. 10.	25. 10.
Leg. 225	415–423	415–428
Leg. 226	417–425	417–430
Leg. 231	447–455	447–460
Leg. 233	457–465	462–470

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	26. 10.	25. 10.
Platin (DM je g)	35,78	36,00
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 650	33 [illegible]
Rücknahmepr.	32 900	32 800
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 580	33 540
Rücknahmepr.	32 570	32 500
verarbeitet	35 240	35 210
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 300	33 340
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	809,80	814,90
Rücknahmepr.	781,50	786,40
verarbeitet	845,70	851,00

Internationale Edelmetalle

	26. 10.	25. 10.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	386,25	386,75
15.00	382,60	388,60
Zürich mittags	384,80–385,30	388,25–388,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 700	101 750
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	633,20	638,10
3 Monate	647,25	653,15
6 Monate	661,60	667,35
12 Monate	691,85	697,30
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	265,25	282,50
Palladium (£-Feinunze) London	96,05	–
1. Händlerpr.	94,75	95,10

New Yorker Preise	25. 10.	24. 10.
Gold H & H Ankauf	[illegible]	384,50
Silber H & H Ankauf	9[illegible]	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	394,00–398,00	394,00–398,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	140,00–145,00	140,00–145,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	951,50	964,20
Nov.	959,00	969,00
Dez.	967,00	972,00
Jan.	976,20	987,20
März	991,80	[illegible]
Mai	1009,60	1015,20
Juli	1027,70	1032,70
Umsatz	28 000	24 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	25. 10.	24. 10.
Okt.	62,60	64,15
Nov.	62,35	64,30
Dez.	63,30	64,65
Jan.	64,20	65,60
März	65,50	66,90
Mai	66,90	68,10
Juli	68,25	69,65
Umsatz	13 000	7 800

Londoner Metallbörse

	26. 10.	25. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	1020,5–1021,0	1027,0–1028,0
3 Monate	1047,0–1047,5	1054,0–1054,5
Blei (£/t) Kasse	278,00–278,25	279,00–280,00
3 Monate	287,00–287,25	288,50–288,75
Kupfer Hochgradig (£/t) mittags Kasse	930,00–930,50	946,00–946,50
3 Monate	953,00–953,50	969,00–970,00
abends Kasse	–	949,00–950,00
3 Monate	–	972,50–973,00
(Kupfer-Standard) Kasse	909,50–910,00	930,00–930,50
3 Monate	933,00–934,00	952,00–953,00
Zink (£/t) Kasse	587,50–588,50	590,00–590,00
3 Monate	601,50–602,00	603,00–603,50
Zinn (£/t) Kasse	8575–8580	8595–8600
3 Monate	8650–8651	8630–8637
Quecksilber ($/Fl.)	–	315–324
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75–78

FINANZANZEIGEN

Auslosung

Am 18. Oktober 1983 wurde unter Mitwirkung unseres Treuhänders die 4. planmäßige Auslosung folgender Emissionen vorgenommen:
4½ % Kommunalschuldverschreibungen Reihe 95 1. 12. gzj.
– 237 291 / 237 297 –

Es wurde die Gruppe 4 – 237 294 – gezogen.

Die darauf entfallenden Kapitalbeträge werden am 1. Dezember 1983 zum Nennwert über die Kassenvereine gezahlt. Stücke wurden nicht ausgegeben.

Mit Ablauf des 30. November 1983 endet die Verzinsung der ausgelosten Gruppe 4 dieser Schuldverschreibungen.

Hamburg-Berlin, im Oktober 1983



Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank – Hypothekenbank der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Kreditanstalt für Wiederaufbau

Frankfurt am Main

In der am 19. Oktober 1983 vorgenommenen Auslosung der am *1. Februar 1984 zum Nennwert zur Rückzahlung* gelangenden Inhaber-Teilschuldverschreibungen unserer

7½%-Anleihe von 1970
– 276.231/240 –
(9. Auslosung)

ist die Serie

C

gezogen worden. Als ausgelost gelten sämtliche Teilschuldverschreibungen, die diesen Serien-Buchstaben tragen.

Die Einlösung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen erfolgt ab 1. Februar 1984 kostenfrei zum Nennwert gegen Einreichung der nach der Nummernfolge geordneten Mäntel und Bogen mit Zinsschein Nr. 29 ff. unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses der Stücke in doppelter Ausfertigung an der Kasse unseres Instituts und bei den bekannten Zahlstellen.

Die Verzinsung der einzulösenden, oben näher bezeichneten Teilschuldverschreibungen endet am Tage vor Fälligkeit. Die bislang noch nicht zur Einlösung vorgelegten Teilschuldverschreibungen der Serien „J", „K", „F", „G", „H", „A", „E" und „B" können noch an unserer Kasse oder den bekannten Zahlstellen vorgelegt werden.

Frankfurt am Main, im Oktober 1983

KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau
Palmengartenstraße 5–9
6000 Frankfurt am Main 1

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

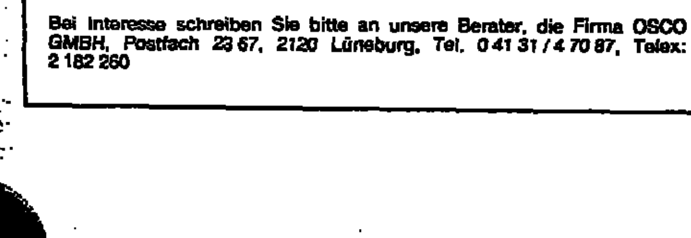
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836











Aus für Beethoven

J. G. G. – Weil Polens Militärdiktator Jaruzelski hinter der Verleihung des Friedensnobelpreises an Lech Walesa ein norwegisch-bundesdeutsch-amerikanisches Komplott wittert, hat sein parteiloser und berüchtigter Kulturminister, Professor Zygulski, jetzt beschlossen, Rache zu üben: In einem vertraulichen Rundschreiben wurden Fernsehen, Rundfunk, Discotheken, Philharmonien und ähnliche Einrichtungen angewiesen, nichts mehr aus diesen Ländern zu spielen.

So wurde – wohl auch zum Erstaunen der „DDR"-Botschaft – eine Goethe-Lyrik-Sendung im Rundfunk kommentarlos abgesetzt, die US-Krimi-Serie mit dem glatzköpfigen Kojak kurzfristig eingestellt und die Komponisten Gershwin und Grieg auf den Index gesetzt. Den Disc-Jockeys wurden Konsequenzen angesagt, falls sie aus besagten Ländern dennoch Beat-, Jazz- oder sonstige U-Musik anbieten sollten. Die Rundfunk-Musikredakteure wurden dazu verdonnert, Gäste und Dirigenten, sofern von deutscher, norwegischer und amerikanischer Provenienz, zu verschweigen.

Nachdem Johann Sebastian Bach anfangs den Kulturpolitruks ein wenig Kopfschmerzen bereitete, ist jetzt Beethoven problematisch geworden. Auf entsprechende Anfrage eines Dirigenten wurde entschieden, daß Bach ja eigentlich „DDR"-Bürger sei und daher zum Beispiel seine „Brandenburgischen Konzerte" bedenkenlos gespielt werden dürften.

Komplizierter ist das bei Beethoven, was auch den Leiter des „Beethoven-Museums" im oberschlesischen Städtchen Oberglogau bewegen dürfte. Einige Apparatschiks halten nämlich den Meister für einen Bürger der Metropole der revisionistischen Bundesrepublik, andere dagegen meinen, der Musiktitan sei ja in Wien gestorben und habe immerhin polnische Freunde, wie den Schöpfer der polnischen Nationalhymne, Gerhard. Ob das letzte Argument zieht?

Neue Platten von den „Hollies" und Robert Plant

Solide Sound-Tüftelei

Der eine löste seine Band auf und singt jetzt solo. Die anderen haben sich in der Originalbesetzung wieder zusammengefunden. Und die akustischen Resultate sind trotz unterschiedlicher musikalischer Auffassungen bemerkenswert: Robert Plant, einst Sänger der weltberühmten Rockgruppe „Led Zeppelin", mit seiner LP „The Principle Of Moments" (WEA 79-0101-1) und die wiedervereinten „Hollies" mit ihrem Album „What Goes Around..." (WEA 24-0198-1).

Graham Nashs Einstieg bei den „Hollies" hat die Band wieder aus ihrer langjährigen musikalischen Isolierung herausgeholt: Der phantastische Harmoniegesang, einst Markenzeichen dieser Popgruppe aus Manchester und Garant für Hits wie „On A Carousel", „Carrie-Anne" oder „Sorry Suzanne", steht hier wieder in voller Blüte. Die dreistimmigen Vokal-Passagen, intonationssicher, geschmeidig und mit dem so verblüffend naiven Ausdruck verleihen selbst einigen recht flachen Titeln immer noch Glanz.

Dagegen fallen die Keyboard-Arrangements mit ihrer recht biederen, wenig Spannung vermittelnden Akkordbegleitung ab. Und auch der Abmischung fehlt es ein wenig an Räumlichkeit und Panorama.

Ganz anders bei der Solo-LP des englischen Sängers Robert Plant: Sein Album „The Principle Of Moments" besticht sowohl durch akustische Weite und ideenreiche Rhythmik wie auch durch phantasievolle Arrangements. Die Schlagzeuger Barriemore Barlow (von der britischen Rockgruppe „Jethro Tull") und besonders Phil Collins (von „Genesis") bilden neben Keyboarder Jeff Woodroffe und Gitarrist Robbie Blunt die markanten musikantischen Eckpfeiler dieser hochkarätigen Solo-LP. Sparsame, fabelhaft relaxte Tom-Tom-Breaks, schwebende offene Gitarren-Akkorde, die mit einem Flanger kosmetisiert wurden, sowie teilweise orchestrale Keyboard-Klangteppiche wechseln hier ab mit rüden, erdigen Sounds, die eindeutig an „Led Zeppelin" erinnern.

Über diesem atmosphärischen Hintergrund genießt Robert Plants subtile Stimme Narrenfreiheit: Mal hechelnd gequält, mal zart und seiden, lebt hier dieser Ausnahmesänger Gefühle aus, die in seiner Interpretation so viel Persönliches einfließen lassen. Ärgerlich freilich, daß auf der Innenhülle die Texte fehlen.

Doch der hohe kompositorische Standard der insgesamt acht Titel versöhnt spielend. Freunde harter Rhythmik („Stranger Here") kommen hier ebenso auf ihre Kosten wie Liebhaber von Balladen („Thru With The Two Step") oder solider Sound-Tüfteleien („Big Log"). Die musikalischen Kleinigkeiten und akustischen Raffinessen erfährt der Zuhörer allerdings erst nach wiederholtem akustischen Genuß.

THOMAS OLIVIER

Zum Auftakt der historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke von Thomas Morus in Deutschland

Hier schlägt Kösel die Yale-Universität

Noch niemals hat es eine deutschsprachige Werk-Ausgabe der Schriften des Thomas More auch nur ansatzweise gegeben, von einer historisch-kritischen Edition zu schweigen. Jetzt aber sind die beiden ersten der auf zwölf bis sechzehn Bände geplanten deutschen Ausgabe vordenen der großen Yale Edition da. Eine wahre Sensation zur Frankfurter Buchmesse, die man erklären muß.

Seit 1963 erscheinen, herausgegeben von der Yale Universität, die Gesammelten Werke Mores, insgesamt sechzehn Bände, in loser Folge; die Hälfte der gewaltigen Stoff-Masse ist inzwischen bewältigt. Diese Ausgabe von höchster wissenschaftlicher Präzision, dargeboten in allein ästhetisch schon begeisternden dunkelblauen Bänden, deren jeder einen oder mehrere in der Thomas-Morus-Forschung ausgewiesene Herausgeber hat, stellt ein Jahrhundertereignis in der Welt des Geistes, des Glaubens und des Buches dar. Erst jetzt, mehr als vierhundert Jahre nach der Gesamtausgabe von 1557 (sie konnte in London während des kurzen katholischen „Zwischenspiels" der Königin Maria Tudor erscheinen), wird das staunenerregende Werk des großen britischen Humanisten, Christen und Märtyrers, nunmehr in sauberstem heutigem Englisch, neu erschlossen und in das Bewußtsein der Gegenwart gehoben, sofern diese geistig-religiöse „Sensationen" noch aufzunehmen in der Lage ist.

Zu den Mitwirkenden an diesem epochalen Unternehmen gehört der Düsseldorfer Anglist und Lehrstuhlinhaber Hubertus Schulte Herbrüggen, der, den konventionellen Rahmen seines Faches sprengend, zum renommierten Thomas-Morus-Forscher wurde. Bereits 1966 edierte er „Neue Briefe" Mores, 1977 zeichnete er zusammen mit J. B. Trapp verantwortlich für den offiziellen Katalog der Londoner Repräsentativausstellung zum 500. Geburtstag des Morus, die ein großer Erfolg war und von der Königin besucht wurde, 1982 erregten seine Forschungen über das in der St. Dunstan-Kirche zu Canterbury beigesetzte Haupt des 1535 hingerichteten und 1935 heiliggesprochenen Lordkanzlers breites Aufsehen.

Wenn ein solcher Gelehrter sich der „Eindeutschung" und der philologischen Erschließung der Morus-Werke für Deutsche annimmt, steht das wissenschaftliche Gelingen des Vorhabens außer Zweifel. An diesem ist aber außer Herausgebern und Übersetzern auch der Kösel-Verlag in München als gleich wichtiger Partner beteiligt. Er muß langen Atem haben, muß eventuell zu finanziellen Opfern bereit sein und durchhalten, wenn



Humanist, Christ und Märtyrer Thomas Morus (1478–1535), nach einer Zeichnung von Hans Holbein FOTO: URSULA RÖHNERT

sich nicht sofort der ökonomische Erfolg einstellen sollte.

Morus ist in seinem Leben vieles gewesen: Beamter und Politiker, Schriftsteller und Familienvater, Hofmann und Asket – vor allem aber, besser: *in* allem war er ein tief frommer und demütiger Beter, ein Christ, der Christus liebte und den dauernden Umgang mit Gott suchte. Da die Münchner Edition dem chronologischen Prinzip folgt, beginnt sie mit einem von Thomas Morus übertragenen Gebet des Pico della Mirandola, welches den Geist religiöser Erneuerung am Anfang des 16. Jahrhunderts kennzeichnet. Es folgen die Gebete aus dem „Traktat über das Leiden Christi", die drei Jahrzehnte später entstanden (1534), die berühmte „Godly Meditation" und die Anmerkungen Mores zu den Psalmen. Alles in einer deutschen Fassung, die dem „Urheber" der ergreifenden Gebete und Betrachtungen die Ausdruckskraft unserer Sprache zuwendet, um ihn so, ganz neu und hoffentlich für dauernd, im geistig-geistlichen Haushalt unserer Kirchen heimisch zu machen.

Der zweite Band, enthaltend die erstmals ins Deutsche übersetzten „Epigramme" des jungen Humanisten an der Schwelle von der frühen zur mittleren Tudor-Epoche, könnte nach den ergreifenden Frömmigkeitsäußerungen des späten Morus wie eine kalte Dusche wirken auf Leser, die zu wenig über die innere Entwicklung und den Werdegang des großen Briten, zu wenig also über den *ganzen* Thomas More wissen. Der Humanist More ist uns heute, wie das ganze Zeitalter, doch recht fern gerückt; dies liegt auch darin begründet, daß jener Humanismus zwar „Dünger" für die nachfolgenden und durchaus kontroversen Geistesrichtungen des Abendlandes darstellte, für sich selbst genommen jedoch knochentrocken anmutet. Seinen Folgen und Wirkungen in den politischen, weltanschaulichen, kulturellen Entwicklungen Europas nachzugehen ist ein Thema der Wissenschaft, und so hat auch der Herausgeber Uwe Baumann seine Aufgabe gesehen: rein philologisch. Er verzichtet auf jegliche Wertung der Epigramme und verliert auch kaum ein Wort über ihren Stellenwert in Leben und Werk des Morus insgesamt.

Dafür ist die philologische Erschließung und Kommentierung der 281 Epigramme erschöpfend und ein wirklicher Markstein der deutschen Thomas-Morus-Forschung. Erstmals – und wie gesagt noch vor dem internationalen Publikum der Yale Edition, deren entsprechender Band noch nicht vorliegt –, erfährt eine breitere Öffentlichkeit Genaues über Zustandekommen, Druck und Textgeschichte der Epigramme. Sie entstanden größtenteils zwischen 1500 und 1516, sind alle in lateinischer Sprache abgefaßt und teilen sich auf in die Übersetzungen aus dem Griechischen und in die selbstgefertigten. Bei diesen wiederum lassen sich die politischen und die personenbezogenen Epigramme unterscheiden.

Zum Wissenschaftsverständnis Baumanns gehört die weitestgehende Ausschaltung von Subjektivität. Der Übersetzer soll seiner Meinung nach geradezu ins Schattenreich zurücktreten, „ein möglichst hohes Maß an Wörtlichkeit erreichen; nicht eine elegante, schillernde Prosa-Übersetzung war unser Ziel, sondern eine Übertragung, die möglichst viele der Eigenheiten in Wortwahl, Satzbau und Ductus von Mores Humanistenlatein in schlichtem Deutsch zu erhalten suchte". Dies ist leider nicht immer gelungen. Das Deutsch geriet bisweilen nicht schlicht, sondern schlecht, verschraubt wie jene Übersetzungshilfen, die wir als Pennäler (verbotenerweise) benutzten. Da lese ich zum Beispiel: „Nun ist Sappho von Lesbos der Töchter des Pierus die zehnte ..." So etwas heißt „Wörtlichkeit" gewiß zu weit treiben.

Mit Spannung und Freude jedoch und in der Hoffnung, daß die Übertragungsprinzipien noch einmal überdacht werden – stellt doch die Sprachgestaltung *das* Hauptproblem des ganzen Unternehmens dar! –, sieht man dem weiteren Fortgang der Schulte-Herbrüggen-Edition „Thomas Morus deutsch" entgegen.

PETER BERGLAR

München erinnert an den Maler E. v. Kreibig

Seine Träume nach vorn

Ernst blickende Spaziergänger, artig herausgeputzte Kinder, lachende, tanzende, wirbelnde Menschen – und bewegte Hafenszenen mit abenteuerlichen Gestalten vor alten Segelschiffen: Das ist die malerische Welt des Erwin von Kreibig (1904–1961). Mit einer Retrospektive dieses Künstlers im Münchner Stadtmuseum wird ein Ausflug in die lokale Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts unternommen.

Kreibig, zunächst Metallbildner, dann Schüler Richard Riemerschmids, schlug sich seit Mitte der



Blick ins volle Menschenleben: „Der 14. Juli in Paris" (Öl auf Papier, 1933) von Erwin von Kreibig, aus der Münchener Ausstellung FOTO: KATALOG

20er Jahre als freier Künstler durch. Als Zeichner war er ständiger Mitarbeiter des „Simplicissimus", der „Jugend", des „Querschnitt" und des „Eulenspiegel". Er schuf Bühnenbilder für das Bauhaus-Ballett und die Münchner Kammerspiele. Zahlreiche Galerien präsentierten sein furioses malerisches Werk. Doch mit dem Zusammenbruch der ersten deutschen Republik im Jahre 1933 endete auch die „große" Zeit Kreibigs. Sein Werk wurde teils vernichtet, teils in alle Winde zerstreut. Nur einem kleinen Zirkel blieb er gegenwärtig. Erst bei der Ausstellung „Die zwanziger Jahre in München" (1979) tauchten Kreibigs Werke wieder auf.

Die jetzige Ausstellung mit 220 Werken stammt vor allem aus familiärem Besitz. Es lohnt sich, diesen Einzelgänger neu zu entdecken. Mit Kreibig wird das pulsierende, überschäumende Lebensgefühl der Weimarer Zeit wieder lebendig. Er ist nicht irgendein „moderner" Maler vor seiner Zeit, sondern er ist ein Typus schlechthin. Er kümmerte sich um keine „Richtung", schuf rauschhaft in unverwechselbarer Handschrift im Malen und Zeichnen aus sich heraus, schob einfach seine Träume nach vorn.

In seinem Werk knäult sich naiv gesteuerte Phantasie mit kultivierter Dekadenz eines großbürgerlichen Elternhauses, und dann wieder triumphiert dieser anarchische Freiheitsdrang von einem, der um jeden Preis leben wollte. Bilder, die wie in Trance entstanden sein dürften. Farbtrunkene Werke mit lässig ausholendem Rhythmus. Pinselschwünge liegen neben- und übereinander, als seien sie mit vollen Armen herausgeschleudert. Doch Linien, Striche, Farbflächen halten sich gegenseitig in Balance.

Die gleiche zupackende Kraft begegnet uns auch in seinen Zeichnungen. Nichts Zögerndes, nichts Ängstliches, sobald Kreibig die Feder ansetzte, ist der Strich fest und klar. Ein starker Rhythmus ist in ihnen, ein gleichermaßen disziplinierter wie lockerer, hüpfender Duktus. Wundersam ist das Panoptikum, das auf diese Weise so spontan entstanden ist: Großstadtmenschen im Trubel, die dumpfe, laute Welt der Wirtshäuser, des Jahrmarkts und des Faschings. Unvergleichlich der graphische Reiz seiner kleinen farbigen Kompositionen; jede würdig, um als Entwurf für ein großes Plakat zu dienen.

Doch ab 1933, als Kreibig ins Ausland geht (erst in den 50er Jahren kehrt er nach München zurück), ist diesem unpolitischen Maler die Luft zum Arbeiten wie abgeschnürt. Sein malerisches Feuerwerk ist erloschen. Die späteren Arbeiten bleiben nur noch im Dekorativen stecken (bis 29. 1. 1984, Katalog 20 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Mannheim: „Ariadne auf Naxos" unter Marelli

Für künftige Kommandos

Bei der Mannheimer „Ariadne auf Naxos", die Marco Arturo Marelli als Regisseur und Bühnenbildner verantwortet hat, läßt sich weder über verstockten Konservativismus noch über modernistische Hochmutsgebärden räsonieren. Deshalb sei eine vorsichtige Prognose gewagt: Wenn wir nicht in einer total verkehrten Theaterwelt leben, wird Marelli bald zum entscheidenden Sprung in die Kommandozentrale aktueller Opernregie ansetzen können.

Bei der „Ariadne auf Naxos" hat sich Marelli jedenfalls als ein gescheiter, verantwortungsbewußter Künstler bewährt, der in Bildern denkt, jede antimusikalische Geschmacklosigkeit verabscheut und unmotiviertem Aktionsehrgeiz entsagen kann. Ohne Einheitsbühnenbild kommen Vorspiel und Oper auf einen gemeinsamen Nenner. Die Commedia-dell'arte-Szenen müssen zwar auf artistische Extras verzichten, aber nichts ist ans Klischee verraten. Im „Haus des reichsten Mannes von Wien", in dem das Stück mit den zwei heterogenen Teilen spielt, hält man auf Pracht und kulturhistorische Bildung. Das Auge ist darum zunächst der eigentliche Gewinner.

In der mit roten Ariadne-Fäden umsponnenen Säulenhalle, ohne aufwandstrunkenen Luxus, wirkt das Pathos der Semiseria fast ein wenig vergeistigt, so, als wisse man um den Sinn der Dichtung und der Musik. Marelli gelingt jene Ambivalenz aus Gefühl und Ironie, Kummer und Hoffnung, die vor Hofmannsthal und Richard Strauss in gleicher Weise bestehen kann. Entschiedener als sonst ist die Figur des Komponisten in den Mittelpunkt gerückt. Auch während der Oper bleibt er als kritischer, doch vergebens korrigierender und kommandierender Beobachter auf der Szene, verfügt sich bei Zerbinettas großer Arie (Mary Hastings gelang fast eine koloraturtechnische Lektion) ans Pianoforte und muß erkennen, daß er nicht am feudalen Kunstdiktat verzweifelt, sondern gleich beim ersten Zusammenprall mit den Realitäten der Welt und des Theaters.

Beim naiv-kämpferischen Engagement für die hehre Kunst mobilisierte Gabriele Schnaut, die vorzügliche Sängerin des Komponisten, alle ihr zu Gebote stehenden Phrasierungsfinessen. Die Ariadne der Monica Pick-Hieronimi, sehr lyrisch und im Timbre doch ein wenig begrenzt in den vokalen Mitteln, vermied durchgehend doloroses Lamento. Wolfgang Neumann, in einigen Phrasen an den jungen Hans Hopf erinnernd, sang einen stattlichen und höhensicheren Baccus.

Keinen Zweifel gab es an der Strauss-Kompetenz des Dirigenten Wolfgang Rennert und seiner Musiker, die wissen, wie Strauss'sches Melos zum Ereignis wird: durch Ruhe und großen Atem, im Abschattieren der dramatisierten Kammermusik und im Ausmusizieren des klangsinnlichen Filigran. Es war von Mozart ebenso entschieden abgerückt wie von Wagner. Rennerts besondere Aufmerksamkeit galt dem Aufspüren der Zusammenhänge und Übergänge vom quasi Secco-Teil des Vorspiels zur Oper, freilich mehr der rhythmischen Detailakzentuierung als der Emphase des Finales, das man sich auch glühender, dithyrambischer vorstellen könnte.

HEINZ LUDWIG

KULTURNOTIZEN

„Luther in der Schule", eine Ausstellung in der Universitätsbibliothek Dortmund, wird am 31. Oktober eröffnet.

„Raumgestaltung", eine Ausstellung der Amerikanerin Marina Nordman, ist bis zum 4. Dezember im Westfälischen Landesmuseum in Münster zu sehen.

Der Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Oldenburg (10 000 Mark) geht zu gleichen Teilen an Gudrun Maecker und Michael Brenner.

Dem österreichischen Film ist die Woche vom 9. bis 14. November am Pariser Kulturzentrum Georges Pompidou gewidmet.

Der Pathologe Prof. Alfred Gropp, einer der Wegbereiter der Chromosomenforschung, ist im Alter von 59 Jahren in Lübeck gestorben.

Peter Yates' Filmmärchen „Krull" in den Kinos

Flammenpferde weiden

Die Märchen aller Völker künden von der Auseinandersetzung zwischen dem Guten und dem Bösen, sind Allegorien auf den uralten Streit zwischen Haß und Liebe, Tyrannei und Freiheit. So auch „Krull", ein Filmmärchen von Peter Yates, das den Zuschauer in einen fernen Kosmos entführt, in dem Flammenpferde weiden und ein sanfter Zyklop namens Rell um seine Gefährten trauert, die längst aus seiner Welt verschwunden sind. Wie in jedem Märchen gibt es auch in „Krull" einen jungen Helden, der sich auf die Suche macht nach seiner Liebsten. Colwyn (Ken Marshall) zieht aus, um Prinzessin Lyssia (Lysette Anthony) zu befreien, die vom „unbeschreiblichen Ungeheuer" auf der „schwarzen Festung" gefangengehalten wird.

Um seine Braut zu retten, muß der Prinz zunächst eine Zauberwaffe gewinnen, das „Fünfklingenschwert". Ein Schwert allein aber macht aus einem Prinzen noch keinen Unbesiegbaren. Denn ganz alleine ist auch in einem Märchen der Held verloren. So rauft Colwyn sich mit einer Bande lockerer Vögel zusammen. Gemeinsam mit dieser sonderbaren Armee aus Strauchdieben und Halunken will er die Festung des Bösen einnehmen. Und da das alles ein großes buntes Märchen ist, endet es mit dem ewig gültigen Satz: „... und wenn sie nicht gestorben sind ..."

Regisseur Peter Yates, gebürtiger Engländer und berühmt geworden durch Filme wie „Bullitt", hat nicht an Phantasie und technischen Tricks gespart, um sein Phantasy-Drama vom Planeten Krull in Szene zu setzen. Doch es gibt in diesen Film nichts, was es nicht schon irgendwo anders einmal gegeben hätte – in der Literatur oder im Film. Der Zyklop ist die freundliche Ausgabe des Polyphem aus der Odyssee, die Flammenpferde sind offenbar nahe Verwandte des Dichterpferdes Pegasus, das „Fünfklingenschwert" kennen wir auch unter dem Namen „Excalibur" aus der Artus-Sage, und die „schwarze Festung" spielt in den Romanen des britischen Phantasy-Schriftstellers Michael Moorcock eine wichtige Rolle. Bei diesem Autor scheint der Film ohnehin kräftig Anleihen gemacht zu haben, ohne das Vorbild aber je zu nennen.

Das alles würde nicht weiter stören, wenn Yates nicht auch noch bei seinem Kollegen George Lucas und dessen „Krieg der Sterne" einiges abgeguckt hätte. Er zitiert ferner aus John Boormans „Excalibur", aus dem Tolkin-Film „Herr der Ringe" und am ausführlichsten aus dem alten Filmklassiker „Der Dieb von Bagdad". Dabei sind diese Plagiate im Grunde völlig überflüssig, da Yates schon oft bewiesen hat, daß er ein guter Regisseur ist. Auch in „Krull" verrät er einiges Gespür für Tempo, Spannung und eine abgewogene Mischung aus Gruseleffekten und Humor.

Seine Mär vom tapferen Prinzen und seiner schönen Prinzessin ähnelt in ihren besten Sequenzen jenen mittelalterlichen Ritterromanen, in deren Mittelpunkt die „Queste" steht, die abenteuerliche Reise des Helden, der durch Erlebnisse und Begegnungen zum Mann und wahren Ritter heranreift. Hätte Yates diesen Charakterzug seines Dramas stärker herausgearbeitet, so wäre sein Film womöglich ein Meilenstein geworden in der Geschichte des Phantasy-Films. So aber ist „Krull" nur ein blutleeres Spektakel ohne jenen Zauber, der nun einmal zu den Charakteristika der Märchen gehört.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF



Das Böse hat nie eine Chance: Der Zyklop Rell aus dem Film „Krull" von Peter Yates FOTO: WARNER-COLUMBIA

JOURNAL

Schärfere Strafen für Video-Piraten gefordert

dpa, Hamburg

Eine schärfere Bestrafung von Urheberrechtsverletzungen haben der Deutsche Musikverleger-Verband (DMV) und die IFPI, der Zusammenschluß aller Tonträger- und Video-Hersteller, gefordert. Der Justitiar der IFPI, Bernd Boekhoff, berichtete, daß bei den Staatsanwaltschaften in den letzten zwei Jahren über 1300 Strafanträge gestellt worden seien. Die Musik- und Video-Piraten würden in diesem Jahr in der Bundesrepublik einen Schaden von 580 Millionen Mark anrichten. Doch 70 Prozent der Verurteilten seien nur mit Geldbußen zwischen 200 und 18 000 Mark davongekommen.

Musiktage von Metz: 16 Welturaufführungen

AFP, Metz

In Metz finden vom 17. bis 20. November die 12. Internationalen Tage zeitgenössischer Musik mit 16 Welturaufführungen statt. Es stehen Werke von 24 Komponisten aus zwölf Ländern auf dem Programm. Anwesend ist neben etablierten Musikern wie Boulez, Xenakis und Maderna diesmal Paul-Heinz Dittrich, der das Eröffnungswerk „Die Verwandlung" schrieb. Die von der gleichnamigen Kafka-Erzählung inspirierte Komposition wird in Metz uraufgeführt. Außerdem dabei: die Schola Cantorum aus Stuttgart mit einer Ligeti-Studie.

316 Steinbücher von Anna Kubach-Wilmsen

DW. Xanten

Für die „Stein-Bibliothek – Hommage à Déjaiffe" erhielt Anna Kubach-Wilmsen den 1. Förderpreis des Niederrheinischen Kulturvereins. Der mit 5000 Mark dotierte Preis wurde von der Issumer Privatbrauerei Diebels gestiftet. Das preisgekrönte Objekt trägt den Namen eines Steinbruchbesitzers aus Namur. Er hatte im Laufe seines Lebens 316 verschiedene Marmorsorten gesammelt. Der Förderpreis erlaubte es der Künstlerin, diese Sammlung nach dem Tode Déjaiffes zu kaufen. Sie arbeitete daraus 316 „Steinbücher", die nun zusammen mit anderen Plastiken des Kubach-Wilmsen-Teams bis zum 27. Nov. im Regionalmuseum Xanten zu sehen sind.

Internationaler Musical-Workshop

dpa, München

Einen Musical-Workshop plant das Zentrum Bundesrepublik Deutschland des Internationalen Theaterinstituts vom 9. bis zum 12. Dezember in München. Der internationale Erfahrungsaustausch von Experten soll auch einen Einblick in die Werkstatt von Komponisten, Liberettisten, Produzenten und Choreographen bieten sowie das Kennenlernen von neuen Werken aus verschiedenen Ländern ermöglichen.

Edith Oppens wird 80

Die Journalistin, Buchautorin und Globetrotterin Edith Oppens feiert heute in Hamburg ihren 80. Geburtstag. Als Tochter eines jüdischen Juristen und einer Hamburger Exportkaufmannstochter in der Hansestadt geboren, studierte sie in Hamburg, Heidelberg, München und Paris, konnte aber nach dem Staatsexamen ihren Beruf wegen der Rassengesetze nicht ausüben. Sie wanderte aus, verbrachte die Zeit zwischen 1933 und 1946 in Chile und Liechtenstein. 1949 begann sie in Hamburg bei der WELT eine neue Laufbahn. Sie schrieb witzige Glossen und Lokalspitzen über rein Hamburger Belange, aber auch – unter dem Pseudonym Verena Graf – gerngelesene allgemeine Feuilletons. Zu ihren erfolgreichsten Büchern gehören der „Mandrill", eine Chronik von Hamburgs zwanziger Jahren, „Hamburg zu Kaisers Zeiten", das Bestseller-Bändchen „Blaues Heft und grüne Kladde" sowie die Südamerika-Bücher „Karibik" und „Die Andenländer". Die Jubilarin plant ein weiteres Werk, das sich mit der Provinz Spaniens befassen soll, die einst die Conquistadores stellte: mit Estremadura.

eb

Ein Brief an Peter Stein oder Wo ist das Kissen?

DW. Berlin

In einem „Offenen Brief an Peter Stein und alle anderen Theatermacher" kündigt die Berliner Studentin Monika Handschuch-Hammann ihre „Mitarbeit" als Zuschauerin auf: „Ich kann nicht mehr, weil ich Ihre Sitzgelegenheiten nicht mehr ertrage, weil ich nicht denken und auch nicht sinnlich aufnehmen kann, wenn mir der Rücken über drei Stunden hin schmerzt. Ich verlange keinen Fauteuil, denn auch ich glaube, daß ein allzu bequemer Sessel und ein allzu bequemer Zuschauer sich gegenseitig anziehen. Ich bin bereit, mir ein Kissen mitzubringen oder mich auf den Boden zu legen, wenn mir dies eine neue Perspektive oder einen neuen Spielort erschließt." Dies der Auszug aus dem Klageruf einer allzufrüh bandscheibengeschädigten jungen Frau.

Drama in der Auvergne begann mit der Befreiung

Die „französische Schande" forderte ein spätes Opfer

A. GRAF KAGENECK, Paris

In den fünfziger Jahren schrieb Jean-Paul Sartre ein Stück, in dem er seine Lehre von den existentiellen Ängsten des Menschengeschlechts am anschaulichsten darzustellen vermochte. Es hieß „Die Eingeschlossenen" und war die Geschichte eines Wehrmachtoffiziers, der mit der Schande des Zweiten Weltkriegs nicht fertig wurde und sich auf Lebenszeit in einer Dachkammer des Hauses seines Vaters, eines reichen Reeders aus Altona, eingeschlossen hatte. Sartre hätte auf der Suche nach dem Stoff nicht über den Rhein ins geschlagene, für Franzosen so nebelhafte Deutschland zu blicken brauchen. Ein Blick nach Süden, in die Auvergne, da, wo Frankreich am urwüchsigsten, aber auch mittelalterlichsten ist, hätte genügt.

Als der Philosoph sein Stück schrieb, hatte sich Esther Albouy, eine ehemalige Postangestellte aus dem Städtchen Saint-Flour im Departement Cantal, bereits seit 13 Jahren in einem verfallenen Haus mitten im Herzen der 12 000-Einwohner-Gemeinde eingeschlossen. Auch sie war mit der Schande des Zweiten Weltkriegs, mit einer spezifisch französischen Schande, nicht fertig geworden. Aber das hat Frankreich erst jetzt, eine Woche nach ihrer Auffindung, erfahren. Stückweise, verbeult, mühsam dem Schweigen der Scham entrissen ...

Vordergründig war das Ganze ein „fait divers", ein skurriler Fall, wie viele andere in diesem Lande der Individualisten. Da hatte sich mal wieder einer verbarrikadiert, weil er Ärger mit der Familie, seine Steuern nicht bezahlt oder aus sonst einem Grunde plötzlich einen Rappel bekommen hatte. In solchen Fällen macht die Gendarmerie meist kein Federlesens. Im Fall der Esther Albouy ging die Sache sogar unblutig aus, obwohl der Bruder der Geistesgestörten, der sich seit einigen Jahren freiwillig ihrem Exil angeschlossen hatte, eine Schrotflinte auf die Beamten gerichtet hatte.

Maquisards fast ebenso gefürchtet wie Deutsche

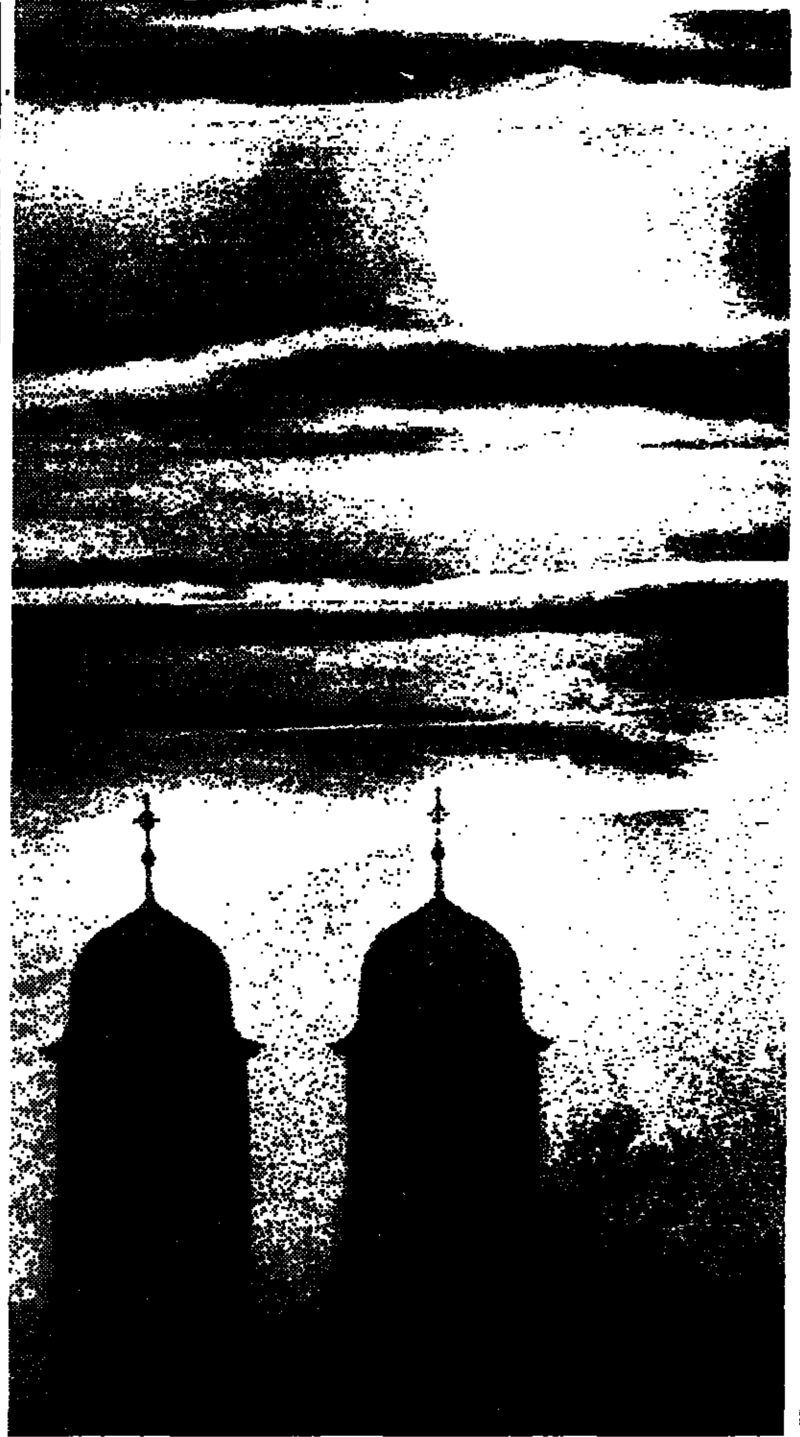
Unbeschreibliche Zustände traten zutage. Das dreistöckige Haus glich einem Abfalleimer. Seit drei Jahrzehnten war es nicht mehr gereinigt worden. Man hatte den Insassen Eßbares vor die Tür gestellt, das sie sich nächtens hereinholten. Ein dritter Insasse, wiederum ein Bruder, war 1979 in dem Haus gestorben, sein Skelett lag, noch in einem Anzug, auf dem leeren Bettgestell. Die Geschwister hatten seit vier Jahren daneben geschlafen. Die Gendarmen hatten Gasmasken anlegen müssen, um ihr Handwerk zu verrichten.

Die Leiche des Remy Albouy, die beiden lebenden Leichname seiner Geschwister waren, was niemand zu diesem Zeitpunkt wußte, Symbole für die vielen Leichen, die Frankreich in seinem Keller hat. Erst allmählich lösten sich die Zungen der wenigen Zeugen, die berichten konnten, warum es zu dieser schrecklichen Verirrung kam. Am 24. August 1944 hatte ein Trupp des „Maquis", des französischen Unterholz-Widerstandes gegen die deutsche Wehrmacht, das Städtchen Saint-Flour nach heftigen Scharmützeln mit den abziehenden Deutschen besetzt. Die „Maquisards" waren fast ebenso gefürchtet wie die Deutschen. Sie waren trunken von Siegestriumph und Wein, schwangen sich zu Richtern über gute und schlechte Franzosen auf und richteten unter denen, die sie für „schlecht" befanden, ein Blutbad an, das nach vorsichtigen Schätzungen mehr Opfer unter Franzosen forderte als die vier Jahre deutscher Besatzungszeit.

Wie aus Nationalstolz blanker Haß wurde

Unter denen, die für schlecht befunden wurden, war auch das damals 20jährige Postfräulien Esther Albouy. Sie hatte, 17jährig, sich in einen deutschen Leutnant verliebt und „nur diesen geliebt", wie ein Zeuge weiß. Aber wer sich mit einem Deutschen eingelassen hatte, war der öffentlichen Schande verfallen. In Saint-Flour wurden fünf Frauen zusammengetrieben, auf dem Marktplatz als „Boche-Huren" ausgestellt, und unter dem Gejohle der Menge kahlgeschoren und durch die Straßen getrieben – darunter auch Esther Albouy. Solches hat sich im Frankreich der „Befreiung" damals tausendfach ereignet. Die meisten Opfer wurden mit ihrer Schande fertig. Nicht so Esther. Als ihr Vater ihr Hausverbot erteilte, nahm sie dieses willig hin. Sie ließ sich sogar in Ketten legen. Als die Eltern starben, blieb sie in ihrer freiwilligen Einschließung. Nie mehr wollte das hübsche Mädchen sich einem Freier anvertrauen. Nur ihre beiden Brüder teilten später, als sie schon dem Wahnsinn verfallen war, ihr Schicksal. Erst 39 Jahre später entschieden die Volksgemeinschaft und der von ihr betraute Staat, dem unwürdigen Drama ein Ende zu machen. Esther wird ihre Tage im Irrenhaus beschließen.

„Frankreich, schau dir ins Angesicht, schau deine Vergangenheit an und schäme dich", schrieb der Kommentator Dominique Jamet dieser Tage im „Quotidien des Paris".



L-unierte Kirche
Mondaufgang über St. Märgen/Schwarzwald FOTO: DPA

Luxusyachten ankern standesgemäß an der Elbe

Lebhaftes Geschäft auf der 24. Hamburger Bootsmesse

INGRID BAAS, Hamburg

Kein Wind, kein Seegang, und doch fällt man sich an Bord über die Füße; noch bis Sonntag ist in Hamburg Bootsausstellung. Bei mallorquinischen Herbsttemperaturen streifen Tausende über Teakdecks und Cockpits, quetschen sich durch Niedergänge, Achterkajüten und winzige Toiletten. Knochentrocken schlabbern Nationalflaggen und kleinere Segel in der Flaute, der strenge Geruch von Lack mischt sich mit dem von Würstchen; Plastiktüten werden bleischwer von Prospekten.

Kleiner, aber durchweg seetüchtiger ist die Hamburger Bootsausstellung – die 24. – im Vergleich zur Düsseldorfer „Boot". Der Normaltypus des Besuchers scheint gerade aus dem Yachthafen zu kommen: Er hat langjährige Erfahrung im Umgang mit nordwestlichen Winden Stärke 6 bis 7, mit launischen Motoren und klammen Matratzen, hat natürlich einen Sportbootführerschein, und wird meist von der Familie begleitet. Viele erscheinen in Küstentracht: Schippermütze, Vereinspullover oder wetterfeste Jacke, vornehmlich in Dunkelblau, lederne Bootsschuhe. Mit skeptischer Miene werden die polierten Messestücke geprüft. Man rüttelt, klopft, streichelt und schnuppert an den insgesamt 1200 Booten, läßt sich auf Kojen sinken, späht unter Bodenbretter und macht sich kerzengerade – wegen der Stehhöhe.

Seit zehn Jahren kommen zum Beispiel Peter und Ursel Möller aus Bremen zur Bootsausstellung. Sie haben erst vor einem Jahr einen neuen Motorsegler gekauft, und klettern doch auf beinahe jede der hier aufgebockten Yachten. „Man muß sich informieren und Ideen sammeln für den Aufbau des eigenen Schiffes", sagen sie. Auf einer langen Liste steht, was sie einkaufen wollen: Rettungsanzug, Funkgerät, Ersatzteile, Farbe ...

Wenig begeistert sind die Jollen- und Surfbrett-Händler, die Hamburg durchweg für einen schlechteren Verkaufsplatz als die Düsseldorfer „Boot" halten. So macht zum Beispiel der „Vesting & Siegfried Yachtservice" aus Göttingen in Düsseldorf einen um 100 Prozent höheren Umsatz mit Regattajollen und Surfbrettern als in Hamburg. „Im Ruhrgebiet ist einfach mehr Geld", meint ein Vertreter der Firma. Die rauhe Küste freilich dürfte der entscheidende Grund sein.

Die Hersteller von Familienyachten, mit denen man nach Schweden und Schottland kommt, bevorzugen eindeutig die Schau am Tor zur Welt, denn ihre Kunden sitzen hier. Der größte schwedische Yachthersteller, Hallberg-Rassy, verkaufte 1982 immerhin 26 Tourenboote der gehobenen Klasse ab 100 000 DM. In der Mittelklasse, wo die Skandinavier stark im Geschäft sind und die Franzosen immer stärker werden, geht es im übrigen wieder aufwärts. Auch das Geschäft mit Motorbooten der Mittel- und der gehobenen Klasse läuft das Geschäft wieder besser.

Bei den Luxuslinern, die auch in Rezessionszeiten prächtig verkauft wurden, gilt Hamburg eigentlich als einzig standesgemäßer „Anlegeplatz". So geht die finnische Werft „Nautor", deren Swans sozusagen die Rolls-Royces unter den Segelbooten sind, überhaupt nicht nach Düsseldorf. „Wer eine Swan kaufen will, kommt nach Hamburg", heißt es kategorisch vom Verkaufsstand. Vergangenes Jahr wurden hier vier der schönen Schwäne im Gesamtwert von fast drei Millionen Mark abgesetzt. Von den finnischen Baltics, die den Swans Konkurrenz machen, konnten jetzt an den ersten zwei Messetagen schon zwei Exemplare, die je mehr als 600 000 Mark kosten, an den Mann gebracht werden. Also muß auch in Hamburg das große Geld liegen.

Naoko Hatta kehrt zurück

Bayern will die leidige Affäre aus der Welt schaffen

PETER SCHMALZ, München

Die gegen ihren Willen aus Bayern abgeschobene Musikerin Naoko Hatta kann unverzüglich auf Kosten des bayerischen Steuerzahlers von Tokio nach München zurückfliegen. Das bayerische Innenministerium hat die Landesanwaltschaft gebeten, gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts, wonach Bayern Flug- und Anwaltskosten von Frau Hatta übernehmen muß, keine Rechtsmittel einzulegen.

Inzwischen wird geprüft, weshalb die Pianistin, die in München die Musikhochschule besuchen wollte, trotz eines laufenden Gerichtsverfahrens von der Polizei sonntags aus dem Bett geholt und in eine Linienmaschine nach Tokio verfrachtet wurde. Das Verwaltungsgericht München will das zuständige Landratsamt gebeten haben, vor der Abschiebung den Ausgang des schwebenden Verfahrens abzuwarten, das Landratsamt will davon jedoch nichts erfahren haben. Das Innenministerium: „Wir wollen nun von den Beteiligten genaue Rechenschaft." Auf Antrag zweier SPD-Abgeordneter muß Innenminister Karl Hillermeier darüber im Landtag Bericht erstatten.

Als „unverständlich" bezeichnet das Ministerium allerdings Berichte, Frau Hatta sei bei der Abschiebung verletzt worden. Nach Angaben der eingesetzten Polizisten sei kein Zwang angewendet worden. Nach zuverlässigen Angaben aus Tokio hat die Pianistin am linken Arm eine Sehnenzerrung und blutige Schrammen erlitten.

Gurtmuffel nehmen zu

Der Verkehrsminister zögert gleichwohl mit dem Bußgeld

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger ist von den deutschen Autofahrern enttäuscht: Sie bleiben Gurtmuffel. Und das, obwohl seit Anfang Juni eine Gurt-Kampagne des Deutschen Verkehrssicherheitsrates läuft – bisher wohl ohne Ergebnis. Das signalisiert jedenfalls die Erhebung der Bundesanstalt für das Straßenwesen, die turnusmäßig feststellt, wie viele Fahrer den Sicherheitsgurt anlegen.

Dieses waren im September gegenüber März unverändert 81 Prozent auf Autobahnen; auf Landstraßen sank die Anlegequote während dieses Zeitraums von 67 auf 65 Prozent, während innerorts eine leichte Verbesserung von 44 auf 45 Prozent registriert wurde. Unter dem Strich bedeutet dies einen leichten Rückgang von 59 auf 58 Prozent.

Dollinger hofft immer noch auf die Vernunft der Autofahrer. Er sieht noch keinen Anlaß, die Gurt-Kampagne abschließend zu beurteilen, weil sie auch noch bis in das nächste Jahr hinein weitergeführt werden soll. Mit dieser Aktion soll gerade den Kraftfahrern, die sich zwar auf den Autobahnen anschnallen, nicht aber im Innerorts-Verkehr, deutlich gemacht werden, daß gerade hier der Sicherheitsgurt seine volle Schutzwirkung entfaltet. Dollinger will weiter gegen Bequemlichkeit und ein trügerisches Sicherheitsgefühl ankämpfen. Er beabsichtigt daher vorläufig noch nicht, ein Bußgeld bei Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes einzuführen.

Lynchjustiz an Rentner-Ehepaar aufgeklärt

dpa, Bocholt

Der Mordanschlag auf ein Rentner-Ehepaar, das in der Nacht zum 30. September in seiner Wohnung in Isselburg/Westfalen bis zur Unkenntlichkeit verbrannte, ist aufgeklärt. Wie die Staatsanwaltschaft in Bocholt mitteilte, haben ein 40 Jahre alter polnischer Asylant und seine 37 Jahre alte deutsche Freundin gestanden, die beiden mit einem Strick bis zur Bewußtlosigkeit stranguliert, anschließend mit Benzin übergossen und in Brand gesetzt zu haben. Sie hatten den 73 Jahre alten Rentner Heinrich Blum fälschlicherweise für einen „hohen SS-Mann" gehalten. Die mutmaßlichen Täter hatten nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft einen Fernsehfilm mit Aussagen ehemaliger KZ-Insassen gesehen, in dem ein „SS-Mann mit roter Gesichtsfarbe" namens Blum erwähnt worden war. Dabei hatten sie sofort an den ihnen gut bekannten Blum gedacht. Bei einem anschließenden Besuch genügte ihnen offenbar die Bestätigung seiner SS-Zugehörigkeit, um ihn für den SS-Mann aus dem Film zu halten und zur Lynchjustiz zu schreiten. Blum war im Krieg einfacher SS-Mann.

Selbstmord-Tips strafbar?

dpa, Paris

Einer der Autoren des umstrittenen Buches „Selbstmord-Gebrauchsanweisung" ist gestern in Paris der fahrlässigen Tötung und der unterlassenen Hilfeleistung angeklagt worden. Yves le Bonniec hatte einem 30jährigen unter Depressionen leidenden Leser seines Buches genaue Angaben über eine zum Selbstmord notwendige Medikamenten-Dosis gegeben. Die Eltern des Selbstmörders zeigten Le Bonniec an.

Operation für Todeskandidaten

SAD, Richmond

Einem zum Tode verurteilten Häftling in der Strafanstalt von Richmond soll durch eine 35 000 Dollar teure Herzoperation das Leben verlängert werden, damit er später hingerichtet werden kann. Der 30jährige Manuel Quintana ist vor zwei Jahren wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Eine By-Pass-Operation ist nach Ansicht der Gefängnisleitung dringend geboten, da der Mann sonst den Hinrichtungstermin „nicht erleben könnte".

Wieder auf freiem Fuß

dpa, Budapest

Der Zwangsaufenthalt der drei in einen Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang verwickelten Deutschen in Györ ist vorbei: Gestern durften der ehemalige Zehnkampf-Europameister Werner von Moltke und seine beiden Begleiter die Stadt nach dreitägigen Verhören wieder verlassen. Von Moltke war Samstag abend bei einem Überholmanöver mit einem nicht vorschriftsmäßig beleuchteten Pkw zusammengestoßen. Dabei war ein ungarischer Komponist getötet worden.

WETTER: Überwiegend trocken

Wetterlage: Ein Hoch über Mitteleuropa verlagert sich unter allmählicher Abschwächung südwärts, bleibt aber zunächst noch wetterbestimmend.

Deutscher Wetterdienst 26. Oktober 1983, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still, ≡ Nebel, ● Sprühregen, ● Regen, ✳ Schneefall, ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb–750mm).

Vorhersage für Donnerstag:
Gesamte Bundesrepublik: Im Norden wolkig mit Aufheiterungen, aber kaum Niederschlag. In der Mitte und im Süden der BRD gebietsweise neblig-trüb. Sonst nach Auflösung von Frühnebelfeldern heiter bis wolkig und trocken. Tageshöchsttemperaturen 9 bis 14 Grad C. Nullgradgrenze in den Alpen in 2900 Meter. Tiefstwerte in der kommenden Nacht zwischen 7 Grad C im Norden und null Grad C im Süden.

Weitere Aussichten:
Teils neblig-trüb, teils heiter. Im Norden am Nachmittag Bewölkungsaufzug und zeitweise Regen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	8°	Kairo	25°
Bonn	11°	Kopenh.	13°
Dresden	11°	Las Palmas	23°
Essen	10°	London	9°
Frankfurt	10°	Madrid	13°
Hamburg	11°	Mailand	11°
List/Sylt	12°	Mallorca	23°
München	12°	Moskau	4°
Stuttgart	11°	Nizza	18°
Algier	22°	Oslo	18°
Amsterdam	12°	Paris	10°
Athen	16°	Prag	10°
Barcelona	18°	Rom	14°
Brüssel	12°	Stockholm	13°
Budapest	10°	Tel Aviv	25°
Bukarest	9°	Tunis	21°
Helsinki	8°	Wien	13°
Istanbul	13°	Zürich	9°

* **Sonnenaufgang am Freitag:** 7.07 Uhr, Untergang 17.04 Uhr, **Mondaufgang:** 22.03 Uhr, Untergang 14.09 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mittelamerika zapft seine feuerspeienden Berge an

AFP, San José

Die mittelamerikanischen Vulkane, in der Vergangenheit oft genug gleichbedeutend mit Unheil und Elend, das sie über die Menschen brachten, sind zu Wohltätern geworden: Ihre geothermische Energie, systematisch ausgebeutet und als Ersatz für das teure Erdöl eingesetzt, hilft den betroffenen Staaten, ihre Energierechnung um beträchtliche Summen zu senken. Die Sparmethode reicht bis in Zeiten längst vor den Ölpreisschocks zurück: Schon vor 50 Jahren wurde im italienischen Laredo das erste geothermische Kraftwerk in Betrieb genommen. In den sechziger Jahren begannen sich auch die zentralamerikanischen Staaten für die Nutzung der Vulkankräfte und die Möglichkeiten dieser Energiegewinnung auf ihrem Terrain zu interessieren.

Auf Costa Rica wie in anderen Staaten der Region gehören Vulkane zum Landschaftsbild, sie tauchen nicht umsonst auf beinahe jedem Staatswappen dieser Weltgegend auf. Als erstes Land wagte El Salvador das Experiment und begann mit der Zähmung der feuerspeienden Berge im äußersten Westen des Landes, nahe der Grenze zu Guatemala. Die erste Stufe des geothermischen Kraftwerks Ahuachapan ging 1975 ans Netz. Seit 1980, als die dritte und letzte Stufe in Betrieb genommen wurde, liefert Ahuachapan rund 90 Megawatt und damit 40 Prozent der von El Salvador produzierten Elektrizität. Der Bau der Anlage hat rund 85 Millionen Dollar gekostet.

Das Momotombo-Kraftwerk, das, für 65 Millionen Dollar errichtet, an den Hängen des gleichnamigen Vulkans im Norden Nicaraguas seit diesem Sommer arbeitet, liefert mit 35 Megawatt schon ein Zehntel der Stromproduktion des Landes. Die Ersparnis in der Energierechnung Nicaraguas schlägt sich mit 50 000 Dollar pro Tag erheblich nieder.

Diese beiden bereits tätigen Kraftwerke sind nur der Anfang. Sie haben den Weg vorgezeichnet für weitere Projekte. In Guatemala soll das Werk Zunil in der westlichen Provinz Quezaltenango vom kommenden Jahr an Strom liefern. Geplante Betriebsstärke: 17,5 Megawatt. Kosten: 40 Millionen Dollar. Ein Viertel davon stammt von der Internationalen Entwicklungsbank.

Das ehrgeizigste Projekt entsteht im Nordosten Costa Ricas, in den Höhenzügen von Guanacaste: das Kraftwerk Miravalles. Vier Schächte wurden schon gebohrt, 14 sollen es werden, durch die der Dampf mit bis zu 230 Grad Celsius herausströmt. Produktionsziel: 50 Megawatt. Mit der Fertigstellung von Miravalles wird das letzte Erdölkraftwerk von Costa Rica überflüssig. Auch hier helfen kräftige Zuschüsse von der Internationalen Entwicklungsbank. Zu den Baukosten mochte sich im Augenblick niemand im nationalen Elektrizitätsinstitut äußern. Geldmangel ist in diesem Land das größte Problem. Insgesamt könnten jetzt schon 55 wissenschaftlich als „interessant" bewertete Stellen ausgebeutet werden.

El Salvador ist mittlerweile zum zweiten Produzenten geothermischer Energie in Zentralamerika nach Mexiko und Achter in der Weltrangliste geworden. Am Tacalpa-Vulkan, in der Nähe der mittelsalvadorianischen Stadt Berlin, soll eine zweite Anlage von der Größe Ahuachapans entstehen. Auch in Nicaragua wird die neue Energiegewinnung für zukunftsträchtig gehalten. Als erster Schritt wird voraussichtlich die Anlage am Momotombo aufs Doppelte erweitert. Derzeit gibt der Staat 30 Millionen Dollar im Jahr für den Betrieb der existierenden Werke aus, die bisher etwa ein Drittel des Strombedarfs decken.

Das bisher mit neun Schächten arbeitende Momotombo-Kraftwerk soll nach seiner Erweiterung auf einer Fläche von 25 Quadratkilometern insgesamt 21 Schächte besitzen. Weitere geothermische Studien im Westen Nicaraguas lassen die Experten auf ein Gesamtpotential von 1000 Megawatt von aus der Erde gewonnenem Strom hoffen.

In Guatemala wird der Bau von geothermischen Kraftwerken hingegen von den Experten als „sehr rentabel" gelobt, zumal er vollkommen ohne fremde Hilfe finanziert werden könne. Acht weitere „mögliche" Standorte für die Ausbeutung der in den Vulkanen schlummernden Glut wurden bereits ausgemacht, einer nur 25 Kilometer von der Hauptstadt entfernt.

JEAN PIERRE BOUSQUET

ZU GUTER LETZT

Nach dem Auftritt Peter Maffays auf der Großkundgebung in Ulm an eine Wand gesprüht: „Lieber Pershing 2 als Peter Maffay". Aus: Schwäbische Zeitung"